

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8208. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interflous-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle über deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Das Baugewerbe und die Krisis.

Von dem vom Verein für Socialpolitik herausgegebenen Abhandlungen über die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. beschäftigen sich zwei mit dem Baugewerbe. Regierungsbaumeister Goldschmidt-Berlin und Baumeister Schuster-Mannheim untersuchen jeder für sich die Einwirkung der Krisis in der Industrie auf das Baugewerbe. Goldschmidt kommt dabei zu dem Resultat, daß das Baugewerbe in den größten Teilen Deutschlands in seinen meisten Betrieben von der eigentlichen Krisis nicht berührt worden ist. Das Baugewerbe habe weder in den Zeiten vor der Krisis in der Hochkonjunktur eine Ueberproduktion gezeitigt, noch seien nach Ausbruch der Krisis große Erschütterungen, Zusammenbrüche, starke Vermehrung der Substantionen usw. eingetreten. Dagegen habe es seit Ende 1897 bis Ende 1901 an dem Mangel an Kapital für hypothekarische Verleihungen gelitten. Der Anreiz zur Anlage und Spekulation in Industrieunternehmen, die eine wesentlich höhere Verzinsung und größere Verdienste in Aussicht stellten, habe das Publikum veranlaßt, der sicheren, aber geringer verzinslichen Anlage in Hypotheken oder in Pfandbriefen der Hypothekenbanken fernzubleiben. Die Verhältnisse spitzten sich so zu, daß Hypotheken auf den besten Grundstücken bis zur Hälfte des Wertes Ende 1899 selbst gegen hohe Zinssätze nur schwer aufzutreiben waren, und sie wurden noch schlimmer, als der Zusammenbruch einiger unsolider Hypothekenbanken stattgefunden hatte.

Mit dem Mangel an Hypotheken begw. Baugeldern mußte naturgemäß auch ein großes Nachlassen der Bau-tätigkeit eintreten. Nur diejenigen Bauherren konnten mit Erfolg eine Bau-tätigkeit ausüben, welche über größere Mittel verfügten, und sie sind meist trotz der hohen Selbstkosten sehr gut dabei gefahren, da sie die fertiggestellten Räume schnell und zu guten Preisen vermieten konnten. Die fast in allen größeren Städten Deutschlands aufgetretene Wohnungsnot ist zu einem großen Teile auch auf den Mangel an Baugeldern zurückzuführen. Gerade in den Zeiten der Hochkonjunktur der Industrie konnte das Häuserbaugeschäft nicht einmal den Bedarf an den nötigen Wohnungen beschaffen.

Der Verfasser untersucht sodann die Bewegungen des Hypothekemarktes während der Jahre vor Ausbruch der Krisis. Schon Ende 1897, in den Zeiten der beginnenden Konjunktur der Industrie, fingen die ersten Schwierigkeiten der Hypothekenbeschaffung an. Erst Ende 1901 trat eine Besserung ein, es fanden wieder gute Hypotheken unter nicht zu hohen Zinssätzen Abnehmer. In noch höherem Maße als die schlechte Lage des Hypothekemarktes hat die Verteuerung der Baugelder und ihre schwierige Beschaffung auf die Bau-tätigkeit in den Jahren der Hochkonjunktur gewirkt. Trotz alledem war die Bau-tätigkeit 1898 bis 1901 eine rege und zufriedenstellende, da in dieser Zeit die Anzahl der Gebäude, welche ohne Ansprüche an den Hypothekemarkt gebaut wurden, verhältnismäßig groß war. Es entstanden neue Werkstattegebäude für Fabriken, Verwaltungsgebäude, Warenhäuser, Kurbauten aller Art, Villen und Häuser mit großen teuren Wohnungen. Der Häuserbau auf eigene Kosten und Gefahr für Mittel- und Kleinwohnungen dagegen lag ganz danieder.

In welcher Weise der Wohnungsbau zurückgegangen ist, zeigen die folgenden Zahlen: Noch im Jahre 1895 gab es 31 599 leerstehende Wohnungen in Berlin, am 1. Januar 1899 nur noch 8446, 1900: 3230, 1901: 1761, 1902: 2584. Nimmt man an, daß bei den 470 000 Wohnungen, die Berlin besitzt, 3 Proz. derselben als genügender Spielraum für die jährlichen Zuzüge und Umzüge wenigstens freistehen müssen, so handelt es sich hierbei um eine Anzahl von mindestens 14 000. Man hätte also in den Jahren von 1895 bis 1901 in Berlin 13 000 Wohnungen mehr bauen müssen, als tatsächlich gebaut sind, wenn man einer Wohnungsnot hätte vorbeugen wollen.

Auf die Terrainspekulation hatte die Schwierigkeit der Beschaffung der Baugelder keinen Einfluß; der spekulative Terrainspekulant in Berlin befindet sich eben in seiner Mehrheit in starken Händen, die auf günstigere Zeiten warten können. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Charlottenburg und andern Berliner Vororten.

Wie ist es nun um die Löhne der Bauarbeiter bestellt? Goldschmidt bezeichnet die Lohnverhältnisse der im Baugewerbe thätigen Arbeiter in den Zeiten der Hochkonjunktur in ganz Deutschland als günstige, und er fügt hinzu, daß die günstige Lage der Bauarbeiter sich auch in den Jahren der wirtschaftlichen Depression im allgemeinen nicht verschlechtert habe. Diese Behauptung ist mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen. Wie aus der vom Centralverband der Maurer Deutschlands bearbeiteten Statistik hervorgeht, giebt es eine ganze Reihe von Orten, in denen die Löhne der Maurer gesunken sind, und das, obwohl an den betreffenden Orten gute Organisationen vorhanden waren. Goldschmidt vergißt ferner, daß die Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe stellenweise einen recht erheblichen Umfang angenommen hatte. Hätte der Verfasser, anstatt aus den von den Arbeitern gewonnenen Streiks auf die günstige Lage derselben zu schließen, seiner Abhandlung die genannte Statistik

zu Grunde gelegt, so wäre er wahrscheinlich zu andern, richtigeren Schlüssen gelangt.

Ein Gegenstück zu der Goldschmidtschen Arbeit bildet die von Schuster, der seinen Untersuchungen das Material der Berufsgenossenschaften zu Grunde legt. Es ergibt sich daraus, daß die Lohnsummen verschiedener Baugewerks-Berufsgenossenschaften im Jahre 1901 bedeutend zurückgegangen sind, und zwar führt Schuster diese Erscheinung in der Hauptsache auf die Krisis in der Industrie zurück. Nach seiner Ansicht war die Krisis auf das Baugewerbe von sehr nachteiligem Einfluß. Ganz im Gegensatz zu Goldschmidt vertritt er die Ansicht, daß in den Städten außerordentlich viele Wohnungen leer stehen, da viele Arbeiter wieder auf das Land zogen, um billiger zu leben, und ferner, daß es infolge der Ueberproduktion an Wohnungen und des Rückganges der Mieten für die Unternehmer unrentabel sei, Neubauten zu erstellen.

Es mag ja ein gutes Zeichen für die Unparteilichkeit des Vereins für Socialpolitik sein, wenn er in ein und denselben Werk unmittelbar hintereinander den Vertretern zweier ganz verschiedener Ansichten das Wort erteilt; ob aber die Arbeiter des Vereins dadurch an Wissenschaftlichkeit gewinnen, bleibe dahingestellt. Auf der einen Seite die Abhandlung von Goldschmidt, die zeigt, wie unberechtigt die Bestrebungen der Hausagrarien sind, auf der andern Seite die von Schuster, die Wasser auf die Mühle der Hausagrarien ist! Nach unserer Meinung hätte der Verein für Socialpolitik allen Grund, in der Auswahl seiner Mitarbeiter recht vorsichtig zu sein und nur wirklich wissenschaftliche Arbeiten zu veröffentlichen. Die Abhandlung von Schuster eignet sich eher für einen agitatorischen Vortrag auf irgend einem Hausbesitzertag, als für ein wissenschaftliches Werk, das doch das Sammelwerk des Vereins für Socialpolitik sein will.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September.

Schmoller, der Einerseits-Republicaner. Bei dem Festessen des in Hamburg tagenden Vereins für Socialpolitik hielt der Berliner Professor der Nationalökonomie Schmoller eine Rede, in der er die Republik mit dem Titel republikanischer Verfassung als „geeignet für kleinere Staaten“ bezeichnete, in denen die Monarchie leicht zur Karikatur wird.

Herr Schmoller muß natürlich als richtiger deutscher Professor alles was ist wissenschaftlich begründen. Herr Schmoller ist Professor in der großen Monarchie Preußen, und der Kongreß war in der kleinen Republik Hamburg. Wäre Herr Schmoller unter Wahrung seiner deutschen Gemütszustände Professor in der großen Republik der Vereinigten Staaten und wäre der Kongreß im Herzogtum Sachsen-Altenburg gewesen, so hätte er erklärt, die Monarchie mit dem Titel konstitutioneller Verfassung sei die geeignete Regierungsform für die kleineren Staaten, in denen die Republik leicht zur Karikatur wird.

Eine staatsfeindliche Agitation darf sich darum heileibe nicht darauf berufen, daß der berühmte Berliner Staatsgelehrte für die nichtpreussischen Bundesstaaten, die ja alle kleinere Staaten sind, die Republik für die geeignete Regierungsform betrachte und ihr Hofleben als Karikatur bezeichne. Der berühmte Berliner Staatsgelehrte ist vielmehr immer für jede Staatsverfassung, bei der er ist!

Unfreiwillige Agitation für die Socialdemokratie betreibt die Armeeverwaltung durch ihre periodisch sich wiederholende Warnung vor socialdemokratischer Agitation im Heere. Der Kriegsminister v. Einem hat die bekannte Verordnung gegen das Eindringen der Socialdemokratie in die Armees dieser Tage erneuert. Verboten wird darin u. a.

„jede andern erkennbar gemachte Vethätigung revolutionärer oder socialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gefänge oder ähnliche Kundgebungen; das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder socialdemokratischer Schriften, sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale. Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder socialdemokratischer Schriften in Kasernen oder andern Dienstlokalen sofort dienliche Anzeige zu erstatten.“

Man sollte doch allgemach eingesehen haben, daß diese Verordnung eigentlich überflüssig ist, da sowohl die Socialdemokratie an sich als auch die Angehörigen der Partei gar nicht daran denken, unter der aktiven Armees Propaganda zu betreiben. Die proletarischen Elemente derselben bekommen später schon noch genug Massenbewußtsein eingebaut, manchmal freilich auch schon während ihrer Dienstzeit durch übereifrige Vorgesetzte. Solange die Soldatenmishandlungen noch in solchem Umfange vorkommen, ist eine socialdemokratische Agitation wirklich überflüssig. Die Warnungen vor der Socialdemokratie durch Erlasse, wie der des Kriegsministers, und gelegentlich der Jurisdiction können höchstens indifferente Soldaten auf die Existenz der Socialdemokratie aufmerksam machen und den Wunsch erwecken, diese Partei später einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Zimmermann — eine Befeldigung. Aus Halle berichtet man uns: Ein Nachspiel zur Reichstagswahl brachte eine vor dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung gegen den Zimmermann Schaaf aus Hölberg. Sch. hatte am Wahltag im Vorgimmer des Wahllokales Stimmzettel angeboten, welche Thätigkeit ihm von dem Wahlvorsteher untersagt worden war. Kergerlich über das unberechtigte Verbot, entgegnete er dem Wahlvorsteher: „Sie sind früher auch bloß Zimmermann gewesen.“ Auf Grund dieser Aeußerung verurteilte das Gericht Schaaf wegen Befeldigung zu 5 M. Geldstrafe!

Begen Verweigerung der vorchriftsmäßigen Ehrenbezeugungen wurde zu Jittau in Sachsen ein Arzt Dr. Verdmeyher von drei Kollegen, die er zu grünen unterlassen hatte, vor das Ehrengericht gestellt. Da aber der Verzetstand bisher weder eine Rangliste, noch ein Militär-Strafgesetzbuch besitzt, wurde die Anklage auf den § 2 der ärztlichen Standesordnung für das Königreich Sachsen aufgebaut, wonach „jeder Arzt ein gutes Einverständnis mit seinen Kollegen zu erstreben“ hat. Eine Kritik, die die „Reichenberger Zeitung“ in Wöhmen an diesen Vorgang knüpfte, führte zu einer Gerichtsverhandlung vor dem Reichenberger Schwurgericht, die mit einer vollständigen Niederlage des Klägers, des Vorsitzenden jenes Ehrengerichts, endete.

Der Sinn für preussische Schmeidigkeit und Disciplin hat zwar schon sächsische Kerzte erfaßt, aber österreichische Geschworene haben ihn leider noch nicht begriffen.

Konferenz der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz in Basel. Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die Kommission der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz hat in Basel hinter verschlossenen Thüren eine dreitägige Konferenz abgehalten. Was Herrn v. Verlesch und seine Freunde veranlaßt hat, wie eine Verschwörer-gesellschaft geheime Beratungen zu pflegen, ist ihr Geheimnis, aber eine merkwürdige Arbeiterschutz-Gesellschaft ist es auf jeden Fall, die das Licht der Öffentlichkeit scheut. Die an der Konferenz beteiligten wenigen Socialdemokraten sind dadurch in eine eigentümliche Lage gekommen und der Fall zeigt wieder, wie bedenklich es ist, wenn Socialdemokraten mit Bürgerlichen zusammenarbeiten und diese die ausschließliche Führung in Händen haben.

Auffallend war auch die wahrhaft dumme Rede, die offenbar vom internationalen Arbeiterschutz in Basel aus für die Konferenz gemacht wurde. Ein spaltenlanger, inhaltsloser Wuschzettel suchte die Aufmerksamkeit auf die Konferenz in Basel zu lenken.

Die ganze „Ausbeute“ der dreitägigen Konferenz besteht nach den Agenturberichten in mehreren Resolutionen, betreffend das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, einem Gesuch an den schweizerischen Bundesrat, eine internationale Regierungskonferenz einzuberufen behufs Abschlußes eines diese Sache ordnenden internationalen Vertrags, einem ebensolchen Gesuch betreffend das Verbot der Verwendung des giftigen Phosphors in der Zündwaren-Industrie und das Verbot der Bleifarben.

Aus der Rede, die der socialdemokratische Regierungsrat Wullschlegler zur Eröffnung der Konferenz namens der Völler Kantonsregierung hielt, sind seine Mitteilungen über den Stand der Arbeiterschutzpläne im Kanton Basel erwähnenswert. Danach liegen amtliche Befehlsentwürfe zum Schutze der Lehrlinge beider Geschlechter und zur Weiterentwicklung des schon bestehenden Schutzes der Arbeiterinnen vor und haren der Erledigung durch die oberen Instanzen. Mit dem Studium der Frage, wie sich der Arbeiterschutz im Vädereigewerbe bewerkstelligen ließe, sind wir beschäftigt und für die von uns in Angriff genommenen Untersuchungen über die Möglichkeit einer gesetzlichen Einschränkung der gesundheitsgefährlichen Weltweihverwendung erhoffen wir von den Beratungen Ihrer Kommission wertvolle Belehrung. Es ist naturgemäß nur kleine Arbeit, die wir zu leisten vermögen. Allein wir glauben damit gleichwohl zum Weiterausbau der nationalen und zur Ermöglichung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung unseren beschiedenen Teil beizutragen.“ — Kollisch wäre der Stand dieser Arbeiten auch ohne die internationale Vereinigung derselbe, der er heute ist.

Ausland.

Der Streit um die Handelspolitik in England.

Premierminister Balfour hat als Vorläufer einer politischen Rede, die er am 1. Oktober halten wird, eine Schrift über den insularen Freihandel, die er unter seinen Ministerkollegen verteilt hat, erscheinen lassen. Zu dieser Broschüre sagt er, die englischen handelspolitischen Reformer vor 50 Jahren hätten nicht vorausgesehen, daß die Welt den Freihandel verworfen werde. Sie hätten deshalb auch unterlassen, die für das britische Reich zu erwartenden kommerziellen Vögllichkeiten in Betracht zu ziehen. Balfour giebt zu, daß der englische Ausfuhrhandel zugenommen habe, doch sei die Zunahme nur eine absolute und liege nicht im Verhältnis zum Wachstum des Wohlstandes und der Bevölkerung Großbritanniens. Die relative Verminderung sei nicht die Folge eines Gesetzes, dem nicht zu entgehen sei, sondern die Wirkung feindlicher Tarife. Es seien auch keine befriedigenden Anzeichen einer Besserung in dieser Hinsicht vorhanden. Deutschland, Amerika und Frankreich liegen keinerlei dahingehende Absicht erkennen, während die weniger entwickelten schutzöllnerischen Gemeinwesen wie Rußland und einige der englischen Kolonien mit Selbstverwaltung angelegentlich damit beschäftigt seien, die durch Zölle geschützten Interessen zu kräftigen.

Balfour erkennt die mit dem Schutzöllnsystem verknüpften Uebel, mit denen die Schrift sich im einzelnen näher beschäftigt, an und sagt, England müsse eine Milderung derselben zu erreichen streben aber nur in einer Richtung, nämlich durch Unterhandlung. Anstatt sich auf wirtschaftliche Theorien zu berufen, denen die fremden Nationen durchaus ungläubig gegenüberständen, müsse England handelspolitische Rodmittel anwenden, welche jene völlig verstehen. Englands erstes und wichtigstes Ziel müsse sein, sich aus den Banden Los zu machen, in die es sich aus freien Stücken verstrickt habe. Die genaue Art, in der es dann von der wiedergewonnenen Freiheit Gebrauch mache, sei nur eine Frage zweiten Ranges.

Von den englischen Blättern werden, je nach ihrem handelspolitischen Standpunkt, diese Ausführungen völlig verschieden beurteilt. „Daily Graphic“ erblüht in diesen Darlegungen eine Ignorierung der Chamberlainschen Vorschläge und meint, es könne nicht bezweifelt werden, daß Chamberlains Stellung im Lande wesentlich erschüttert werde. — „Daily News“ andererseits sind der Ansicht, Balfour habe sich offen zu Chamberlains Politik bekannt.

„Standard“ schreibt, Walfour glaube offenbar, daß das Prinzip eines Tarifes, der lediglich die Erzielung von Einnahmen bezwecke, nicht länger die englische Politik beherrschen dürfe. Der Minister lasse das Land jedoch in einem Zustande qualender Ungewissheit hinsichtlich der Schritte, zu denen er rate. — „Daily Telegraph“ sagt, Walfours Schlußfolgerung gipfeln in dem einen Worte „Vergeltung“. Seine Broschüre bringe den völligen Bruch mit dem Cobden-System zum Ausdruck. Die Veröffentlichung sei ohne Zweifel gleichbedeutend mit dem Verzicht der Minister, die für Freihandel seien. — „Daily Chronicle“ meint, Walfour verdränge die Frage, die Chamberlain aufgeworfen habe. Seine Broschüre scheine jedoch zu zeigen, daß er sich mit Chamberlain zu einem Plane verbünde, an dem keiner von beiden in der Praxis festhalten geneigt sei. Das Wort warnt weiter die Nation vor den Gefahren der Vergeltungspolitik. —

Zugleich mit Walfours Schrift ist vom britischen Handelsamt ein Glaubensbuch veröffentlicht worden, das sehr ausführliche Statistiken und Diagramme über Handel und Industrie Englands sowie des Auslandes enthält. In einem Vorwort wird erklärt, daß die Aufstellungen zum großen Teil die Antworten auf spezielle Fragen der Minister an das Handelsamt sind. Schlußfolgerungen werden in dem Glaubensbuch nicht gezogen, vielmehr werden nur die Tatsachen und Zahlen angegeben. Ausführlich werden die Fragen des Einfuhr- und Ausfuhrverkehrs Englands und der hauptsächlich in Betracht kommenden Länder, wie Frankreich, Deutschland, Amerika und die britischen Kolonien behandelt. Ferner werden die Zollveränderungen in diesen Ländern dargestellt, und eingehend wird die Frage der Lebensmittel, ihre Zufuhr, Preise und Besteuerung, in England und dem Auslande behandelt. Auch wird die Behandlung erörtert, die die Produkte Englands und seiner Kolonien seitens der fremden Länder erfahren, ein Vergleich der Arbeitslöhne in den verschiedenen Ländern aufgestellt und die Exportpolitik der Türkei in Deutschland, Amerika und Oesterreich-Ungarn dargestellt. —

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Herr v. Thielenmann ist gegangen und Herr v. Stengel wurde berufen, weil man sich sagte, wir brauchen einen neuen Mann, der durch seinen Einfluß und seine Stellung als eine der angesehensten Persönlichkeiten des zweitgrößten katholischen Bundesstaates Bayern in der Lage ist, den Widerstand des Centrums gegen neue Steuern zu befeitigen. Für mich hat aber dieser Wechsel der Persönlichkeiten, beim ein Systemwechsel ist es ja nicht, noch eine andre Bedeutung. Wenn selbst in unseren Kreisen es bis in die letzte Zeit noch Personen gab, welche glaubten, sie könnten es durch ihre Taktik dahin bringen, den Widerstand der Einzelstaaten gegen den Hauptstaat und seine Forderungen nachzurufen, daß speziell Bayern zu einer gewissen Oppositionsstellung werde scharf gemacht werden können, so sind diese Anschauungen und Hoffnungen jetzt vollständig zu nichte geworden. (Sehr gut!) Jedem Bayern für den Posten des Reichsfinanzsekretärs einen seiner größten Staatsmänner, die hat es zugleich in programmatischer Weise kundgegeben, und das mögen die bayrischen Genossen in erster Linie für künstlich merken, daß es nicht nur die bisherige Reichspolitik gebilligt hat, sondern daß es für sein Teil auch bereit ist, die Bahnen dieser Politik künftig weiter zu beschreiten und zu diesem Zwecke seine eignen Staatsmänner herzugeben. Das ist ein wichtiges Moment auch für gewisse Richtungen in unserer sozialdemokratischen Bewegung. Herr Stengel hatte es gar nicht nötig, das zu erklären. Wer die Verhältnisse ernsthaft erwägt, der weiß auch so, daß nach der ganzen Sachlage auf absehbarer Zeit und ohne eine Veränderung der ganzen Verhältnisse von Grund aus gar nicht daran zu denken ist, daß es jemals gelingen würde, die bestehenden Klassen zu Beiträgen für die Reichslasten herbeizuziehen. Das bringen wir nicht fertig, das bräute selbst das Centrum nicht fertig, wenn es auch wollte. Aber es will ja nicht. Wenn eine Partei Anlaß hätte, gegen eine Politik der indirekten Besteuerung Stellung zu nehmen, dann ist es das Centrum kraft seines parlamentarischen Standpunktes. So werden also schöne Resolutionen geredet, viele Versen gemacht, und wenn dann die erste beste Steuervorlage kommt, set es auf Vier oder auf Tausend oder auf sonst irgend etwas, ich wüßte zwar eigentlich nicht, was man noch heranziehen wollte, man müßte dem etwa das Wasser oder die Luft besteuern (Weiterkeit), so wird das Centrum schließlich doch zu haben sein.

Wir haben nie geglaubt, daß wir direkte Reichsteuern durchsetzen könnten. Wir sind überhaupt vieles gedungen zu thun; es kommt nicht darauf an, ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist. Durch die Gründe, die wir anführten, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, daß diese ganze Politik, wie sie heute gehandhabt worden ist im Reich und in den Einzelstaaten ohne Ausnahme, mag auch hier und da ein Feigenblatt vorhanden sein, eine Klassenpolitik ist, daß Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, so lange sie in der jetzigen Gestalt bestehen. (Sehr wahr!)

Und wie sieht es mit den Finanzen des Reiches? Der laufende Etat konnte nur dadurch balancieren, daß eine Zuschußanleihe von 72 Millionen beschloß wurde, eine Zuschußanleihe, die schon nach dem klaren Verstand der Verfassung einen Verfassungsbruch bedeutet. (Zustimmung.) Man scheidet unter der Herrschaft des Centrums nicht bloß vor Geschäftsordnungsbrüchen, sondern auch vor Verfassungsbrüchen nicht zurück (Sehr richtig!), und wer einmal einen Verfassungsbruch begangen hat, mag die Notwendigkeit dazu auch noch so groß sein, — ach Gott, was man einmal getan hat, das thut man auch das zweite, dritte und vierte Mal, das thut man so oft, als man glaubt, daß die Staatsraison dazu zwingt. Also nur auf diese Weise ist die Bilanzierung des Etats möglich gewesen. Ob die Zuschußanleihe langen wird, wollen wir abwarten, denn bereits jetzt stellt es sich heraus, daß das letzte Etatsjahr mit einem Defizit von 30 Millionen abgeschlossen hat. Zur Deckung dieses Defizits müssen die Einzelstaaten herhalten. Ich habe vor einigen Tagen aus einer Quelle, aus der ich es nicht erwartet hätte eine solche Nachricht zu bekommen, erfahren, daß während früher das Reich ein prompter Zahler war, während früher die Lieferanten sofort ihr Geld erhielten, dies heute schon in hohem Grade nicht mehr der Fall ist. (Hört! hört!) Das Reich kann oftmals nicht mehr zahlen, die Klassen sind leer, das Reich muß sich von seinen Gläubigern einen längeren Kredit geben lassen. Es ist weiter Thatsache, daß namentlich infolge des Drängens des Reichstags die Invalidenpensionen erhöht werden müssen und daß das abermals wieder eine bedeutende Mehrausgabe erfordert. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Friedenspensionen wird allein ein Mehr von 20 Millionen erfordern. In allen Ministerien, selbst in dem der Marine und der Armee, hat man sich in den letzten Jahren einschränken müssen. Dazu kommt die neue Heeresvorlage, denn wenn Gohler ging und Einem kam, dann geschah das in der Hauptsache, weil Herr v. Gohler sich sagte, ich habe keine Lust mehr, diese neue Vorlage zu vertreten, das Vergnügen überlasse ich einem andern. Nun, man wird mit gehörigen Forderungen kommen, davon bin ich fest überzeugt, aber der Knäuel liegt beim Hund, man kann nicht Ausgaben bewilligen, wenn man gar nicht mehr weiß, woher das Geld nehmen. Dazu kommt weiter die neue Marinevorlage, und auch da scheint einiges vorzugehen, was nicht so ganz in Ordnung ist. Wiederholt hat es verlautet, daß auch Herr v. Tirpitz omtöndbe sei und gehen wolle, weil er es nicht für möglich halte, noch mehr als bisher vom Reichstag zu erhalten. Es kommen Ausgaben für die Neubewaffung der Armee, kurz und gut, Ausgaben, die auf Hunderte von Millionen anzuwachsen werden. Wenn in diesem Etat die Ausgaben für Militär,

Marine, die Kosten des Friedens-Pensionsfonds, die Zinsen der Reichsschulden für Militär- und Flottenausgaben sich auf die kolossale Summe von 1030 Millionen belaufen, dann werden sie in nächsten Jahre mindestens auf 1400 Millionen anwachsen.

Man wundere sich über die Erfolge, die wir erzielt haben. Nun, die festesten Säulen des Reichs sind im Innern bereits bis zu einem gewissen Grade zerfallen, die Armee ist in der größten Unzufriedenheit, selbst die Offiziere sind nicht mehr mit allem einverstanden. Allberall neue Kräfte, neue Ausgaben, und das zu einer Zeit, wo wir wirtschaftlich einer verhängnisvollen Krisis entgegengehen. Denn wenn der ökonomisch-wirtschaftliche Zusammenbruch, der drüben in Amerika eingetreten ist und in den nächsten Wochen und Monaten in erhöhter Potenz eintreten muß, sich in Europa bemerkbar macht, dann sind es in erster Linie unsere Arbeiter, die die schweren Schläge zu kosten bekommen. Im vorigen Jahre haben wir noch, wenn ich nicht irre, allein für 600 bis 700 Millionen Mark Eisenwaren auf dem Weltmarkt abgesetzt, speziell in Nordamerika, und dadurch hatte die wichtigste unserer Industrien noch Arbeitsgelegenheit. Das hängt an aufzuheben, Amerika braucht nichts mehr, und es dauert gar nicht lange, so wird Amerika auf Grund der kolossalen Entwicklung seiner eignen Produktion eine Ueberproduktion haben, seine ungeheuren Eisen- und Stahlmassen auf den Weltmarkt werfen und die Preise brüden. Dann aber haben wir eine unabsehbare Krisis mit allen Folgen. Wenn ich in meiner vorgestrigen Rede sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so habe ich damit nicht etwa sagen wollen, daß es schwere Zeiten für die Sozialdemokratie sind, daß ich etwa glaube, die Sozialdemokratie habe Ausnahmemaßregeln, Gewaltmaßnahmen zu fürchten. Ach nein! Da bin ich wirklich sehr ruhig, da bin ich vollendeter Optimist. Aber unsere allgemeinen Verhältnisse, unsere wirtschaftlichen, unsere sozialen Zustände gehen in den nächsten Jahren schweren Erschütterungen entgegen, namentlich wenn das Regiment, das jetzt am Ruder ist, weiter dauert. Ich glaube an keine Ausnahmemaßregeln, ich glaube, ganz offen gesagt, nicht einmal, daß man es wagt, das Wahlrecht zu ändern. Wenn unsere Stimmengahl sich um Zwei- bis Dreimalhunderttausend vermehrt hätte, dann ja. Denn das wäre ja ein Rückschritt gewesen; aber wenn eine Partei von neun bis zehn Millionen abgegebenen Stimmen drei Millionen allein auf ihre Kandidaten berechnen, dann muß man sich auch an den entscheidenden Stellen sehr sorgfältig fragen, ob man den Kampf mit diesen drei Millionen aufnehmen darf. Und nicht allein das. In einem Augenblicke, wo man solche Gewaltmaßnahmen gegen uns wagte, würden hinter uns stehen weitere Millionen, dann würden hinter uns stehen die ganze Nation, die katholischen Arbeiter, ja, alle Arbeiter überhaupt, und dann fragt es sich, ob die Herren da oben und das Centrum ein Tanzlein mit uns wagen wollen. Will man's wagen, wir sind bereit dazu. Und über den Ausgang des Tanzleins bin ich schon heute nicht im Zweifel.

Nun einleitet die Frage, ob wir unsere bisherige Taktik ändern sollen. Wann hat eine Partei ihre Taktik zu ändern? Denn daß eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst. Liebknecht hat einmal in seiner drahtischen Art gesagt: Wenn notwendig, ändere ich binnen 24 Stunden meine Taktik 24 mal. Das war sehr drahtisch, aber sehr richtig ausgedrückt. Die Taktik jeder Partei jedoch muß den Grundlagen entsprechen, auf denen die Partei aufgebaut ist, und wenn ich wirklich in 24 Stunden 24 mal meine Taktik ändern muß, dann darf sie von den 24 mal auch nicht einmal mit den Grundlagen der Partei in Widerspruch stehen. (Sehr richtig!) Das ist das Entscheidende! Nun kann man ja darüber streiten, ob wir denn in der That mit unseren Grundlagen in Widerspruch geraten sind. Darüber kann nur die Partei selbst und der Erfolg der Dinge entscheiden. Nun ist aber der Erfolg für die Partei bisher ein solcher gewesen nach jeder Richtung hin, daß wir von diesem Gesichtspunkt aus auch nicht den geringsten Anlaß haben, unsere bisherige Strategieprobe Taktik zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann weiter eine Veränderung der Taktik notwendig sein, weil sie sich als falsch oder ungenügend herausgestellt hat. Auch in dieser Richtung liegt nichts vor. Allerdings, etwas doch, wir sind gewachsen, wir haben mehr Abgeordnete und deshalb müssen wir in gewissem Sinne unsere Taktik ändern, aber nicht etwa in dem Sinne, daß wir bremsen oder zurückhalten, nein, nachdem diese ungeheuren Wählermassen auf Grund unserer bisherigen Taktik, Kampfe und Haltung uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, thätigster und schärfer vorgehen als bisher. (Stillschweigender Beifall.) Allerdings gibt es auch in unsern Reihen Leute — und die Betreffenden stehen keineswegs auf der Seite, die wir uns gewohnt haben, die Revisionisten zu nennen — die nach der letzten Wahl eine umfassende parlamentarische Thätigkeit in Bezug auf die Einbringung von Initiativanträgen, Gesetzgebungs-Entwürfen usw. von uns verlangen. Da muß ich denn doch mit wenigen Worten diese Forderungen recht gründlich zerlegen. Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß Parteien große Gesetzentwürfe ausarbeiten und diese durch den Reichstag beraten lassen; denn dies ist eine Riesearbeit. Ich weiß noch ganz genau, wie mir mal unter gütter alter Liebknecht eine Suppe einbrachte mit solchem Gesetzentwurf. (Weiterkeit.) Es war im sächsischen Landtag, wir hatten das Vergessen angegriffen und eine Veränderung verlangt. Der Minister sagte, die Regierung erkennt ein Veränderungsbedürfnis an, aber das kostet Zeit, Ueberlegungen, Erhebungen und Studien. Nun, unser Alter, ein Dufar, der er immer war, reitet darauf los (Weiterkeit) und sagt: Was? In fünf Minuten mache ich das. (Große Weiterkeit.) Na, das Wort war heraus, und da sagte ich mir, jetzt ihn wir aber drin! (Weiterkeit.) Der Minister war natürlich so klug, daß er sagte: wenn die Sozialdemokraten es so schnell machen können, so mögen sie es thun. Wir mußten es also thun, denn wir konnten uns doch nicht klammern. (Weiterkeit.) Ich sage Euch, ich habe 14 Tage und Nächte gefessen und geschwitzt, um den Entwurf zu Stande zu bringen. Na, er war auch danach, aber es war wenigstens einer da. Ich erinnere weiter an unsern großen Arbeiterkongress-Entwurf und will Ihnen da ein Bekenntnis machen. Ich gehöre ja in den Augen der Gegner und selbst eines großen Teils meiner Anhänger zu den Leuten, die keine praktische Verthätigung wollen (Widerpruch), erst in den letzten Wochen bin ich ja als Prinzipienreiter bezeichnet, der immer nur mit seinen Phrasen kommt und stets negiert. Nun, ich gehöre mit einer kurzen Unterbrechung 36 Jahre dem Reichstage an, und es giebt keinen einzigen unter uns, der mehr Initiativanträge eingebracht und mehr Gesetzentwürfe ausgearbeitet hat als ich, der Mann der Regation. Unsem Arbeiterkongress-Entwurf wird in dem Buch von Herker über die Arbeiterfrage ein großes Lob erteilt. Als wir den Entwurf später von neuem einbrachten, da war namentlich die Presse der Herren Raumann und Gerlach so des Lobes voll, daß sie verlangten, der Reichstag solle ihn en bloc annehmen. Ja, verehrte Herren (Medner wendet sich an die am Tische der Presse sitzenden Herren Raumann und v. Gerlach), wissen Sie denn, wer den ersten Entwurf ausgearbeitet hat? Das war ich, der Mann der Regation! (Große Weiterkeit.) Gesetzentwürfe einbringen ist gewiß ganz schön, aber es ist nicht so leicht, sie auszuarbeiten. Das müssen wir ändern Leuten überlassen; die dafür ange stellt und bezahlt werden, den Herren Geheimräten; diese haben das Material, sie haben die Sachkenntnis und die Möglichkeit, Erhebungen zu veranstalten. Wir haben parlamentarisch so gearbeitet, daß wir uns überarbeitet haben. Glauben Sie etwa, daß wir jetzt, wo wir 81 Mann stark sind, die Mehrheit zwingen können, unsere Initiativanträge anderen vorzuziehen? Stinger und ich, wir haben uns im Seniorenkongress vergeblich bemüht, den Herren klar zu machen, daß das Parlament noch zu etwas andrem da ist, als Regierungsvorlagen zu beraten. Wir haben lauden Ihren gerechtfertigt. Ich kann Ihnen nur sagen, wir können nicht mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag von Linn in den „Monatsheften“ eine soziale Kommission einlegen, die sich mit den Arbeiterkongress-Gesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hätte, bilden Sie sich wirklich ein, es sei dank etwas zu machen? Gewiß, das Bedürfnis ist in hohem Maße vorhanden, und da komme ich noch auf den entscheidenden Punkt, den

leider auch wir bisher zu sehr übersehen haben. Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem anderen Veranlassungspunkt — dazu müßte der Reichstag das ganze Jahr zusammenbleiben — nein, das Entscheidende ist, daß die ganze Gesetzgebungsmacherei im Deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, daß wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, daß es abermals wieder geändert werden muß. (Sehr richtig!) Wir können keine großen, grundlegenden Gesetze mehr machen, weil es für solche Gesetze keine Mehrheit mehr giebt. Die Behauptung, die Sabigny vor 100 Jahren aufstellte, daß unsere Zeit keinen Verfall zur Gesetzgebung habe, gilt auch heute noch. Woher kommt das? Weil die Klassenverhältnisse immer größer geworden sind, so daß man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Vor hundert Jahren entstand der Code Napoleon, das bürgerliche Gesetzgebungswerk Frankreichs. Der Code Napoleon war das Werk der Revolution, also jener glorreichen Zeit, wie sie die bürgerliche Gesellschaft seitdem nicht wieder erlebt hat. Die erlauchten Geister hatten an diesem Werk gearbeitet — und das wollte damals etwas heißen — und es den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend gestaltet. Das Werk war aus einem Guß und es besteht bis auf den heutigen Tag in Frankreich. Nun frage ich die Prohme und Stadthagen, die an dem bürgerlichen Gesetzbuch in der Kommission mitgearbeitet haben: Seit drei Jahren haben wir das bürgerliche Gesetzbuch, und schon haben wir an allen Ecken und Enden Lücken, Unklarheiten Zweideutigkeiten! Nehmen Sie die Gewerbe-Ordnung. Was ist seit 30 Jahren an der Gewerbe-Ordnung herangebracht! 1869 war die Gewerbe-Ordnung ein ganzes, gutes Werk. Dann kamen die Robellen und heute ist sie ein elendes zusammengestoppertes Ding voll von Widersprüchen. Die Zeit hat keinen Verfall mehr zur Gesetzgebung; man kann keine geschlossenen Gesetze mehr machen. Ich habe mich oft gefragt: Ist denn das Ganze die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert, angeht dies parlamentarischen Tretnühle? Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als daß ich dem lange nachgegangen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgesehen werden! Man thut, was man kann, aber man täuscht sich dann nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ansprechen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, müßten wir parlamentarische Räume ausreichen. In einer der Schriften, die hier verteilt worden sind, ist von dem Kongress von 1871 die Rede, auf dem bereits der Rehmstundentag beantragt worden ist. Vor 32 Jahren! Und damals war ich allein. Um dieselbe Zeit trat in Eisenach die sog. sociale Konferenz zusammen, die sich auch für den Rehmstundentag erklärte. Ja, Rudolf Meyer hat behauptet und, wie ich glaube, bewiesen, daß Bismarck damals den Auftrag gab, einen Gesetzentwurf mit dem zehnjährigen Arbeitstag auszuarbeiten! (Hört! hört!) Der Entwurf sollte den zehnjährigen Arbeitstag für die Städte enthalten und für das Land im Winter 8 Stunden, im Frühjahr und Herbst 10 Stunden, im Sommer 12 Stunden. 30 Jahre sind seitdem ein Land gegangen, und heute? Ich bin gewiß ein überzeugter Anhänger des Rehmstundentages. Es ist in diesem Saale niemand, der mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt wäre als ich, aber ich sage ganz offen: wenn wir heute den 10stündigen Arbeitstag bekämen, so wären wir tot froh. Also keine Illusionen, auf keinem Gebiete! (Unruhe.) Ach, das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen. — Also das ist unsere Situation. Wir werden nach wie vor in einer gewissen Isoliertheit bleiben und in der schärfsten Opposition. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir Konzeptionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Mühe wert erscheint. Wir haben uns allerdings über den Wert dieser Konzeptionen gestritten. Das war ja die ganze Differenz. Die rechte Seite in der Fraktion — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — war für die kleinsten Konzeptionen zu haben, wenn sie auch nach meiner Ueberzeugung ganz unbedeutend waren. Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzeptionen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich denn dadurch, daß ich für diese Konzeption stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren? So wie aber zu der Auffassung kamen, daß es sich um eine wertvolle Konzeption handele, da haben wir dafür gestimmt. Bei der letzten Novelle zur Invaliden-Versicherung haben wir schwer gekämpft; da fielen die Diebe hageldicht und schließlich wurde die Annahme der Novelle von der Fraktion mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nachdem wir dann so gestimmt hatten, kam Dr. Jaström, den Duard gestern als einen der liberalen Judenwasserverkäufer hingestellt hat, und schrieb in der „Frankfurter Zeitung“, das sei doch unerhört, daß sogar die Sozialdemokratie für diese erbärmliche Novelle gestimmt habe. So waren die Kämpfe in der Fraktion, und ich kann Ihnen offen sagen, daß bei der neuen Zusammenfassung der Fraktion solche Kämpfe sich nicht vermeiden, sondern vermehren werden. Das was ich vorhin als die rechte Seite der Fraktion bezeichnet habe, wird im neuen Reichstage leichter die Oberhand gewinnen können, und deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die Partei über die Situation klar wird und sozusagen der Fraktion ihre Taktik vorschreibt. (Lebhafte Beifall.) Soweit es überhaupt möglich ist. Es ist natürlich unbedenklich, daß der Parteitag definitiv feststellt, wie sich die Fraktion zu verhalten hat. Der Parteitag kann nur Direktiven geben, er kann die Marschroute angeben. Thut er das, so muß die Fraktion danach marschieren, sie mag wollen oder nicht. (Heine: Sehr richtig!) Das werden Sie wohl müssen, Genosse Heine, das versteht sich ganz von selbst. Es wäre auch noch schöner, wenn es anders wäre, da würde es allerdings heißen: Wer nicht pariert, fliegt hinaus. (Lebhafte Beifall.) Ich bemerke das ohne Beziehung auf irgend eine Person, rein objektiv. Wenn der Parteitag der Fraktion eine Direktive giebt, so muß die Fraktion sich danach richten. Kommt der Parteitag zu der Ueberzeugung, daß die Fraktion schwere Verstöße sich hat zu Schulden kommen lassen, so wird er selbstverständlich zunächst mit scharfen Rügen vorgehen. Nachher allerdings würde die Sache anders werden. Das ist in großen Zügen die politische und parlamentarische Situation, wie ich sie auffasse, die Partei muß sich darüber klar werden, und der Standpunkt, den wir einnehmen, muß so klar und durchsichtig sein wie Kristall oder Glas, da darf nichts kommen, was auch nur entfernt dem Gegner die Möglichkeit gäbe zu sagen: also das sind die Resultate dieses gewaltigen Sieges, daß es der Sozialdemokratie geht wie bisher allen bürgerlichen Parteien; wenn sie einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, dann fallen sie um, geben ihre Grundzüge preis und dann ist es aus mit ihnen. (Sehr richtig!), so daß wir in vielen Beziehungen die Erben der bürgerlichen Parteien geworden sind, die Erben der bürgerlichen Parteien aber nicht in dem Sinne, wie Heine in seinem Artikel in den „Monatsheften“ schrieb, daß wir den bürgerlichen Liberalismus zu „erlegen“ hätten, nein; sondern daß wir ihn zu überbieten haben. (Heine ruft: Zu „erfüllen“, habe ich geschrieben, was jener sich vorgenommen hat! Das heißt ihn überbieten!) Nein, das heißt es nach meiner Auffassung nicht. (Zurufe.) Sie haben nachher das Recht, das zu sagen. Die Parteipresse hat ja diesem Artikel leider nicht diejenige Bedeutung beigegeben, wie ich. Ich habe ja meine Anschauung über diese Ihre Äußerung bereits ausgeprochen. Es heißt in dem Artikel: „Nun klarer tritt ihre (der Sozialdemokratie) Aufgabe hervor, die liberalen Parteien nicht einfach abzujagen, sondern zu erlegen.“ (Hört! hört!) Erlege ich jemand, der abgesetzt worden ist, dann heißt das: ich soll das erfüllen, was der bisher geleistet hat und nun nicht mehr leisten kann. Sie (zu Heine) sind doch Jurist, Philologe, ein Mann, der Logik studiert hat, und wir verlangen allerdings von einem Artikel, der gewissermaßen ein Programm darstellt, daß er klar ist, daß man nicht nötig hat, darüber zu streiten, was er bedeutet. (Heine ruft: Lesen Sie doch weiter!) Hier steht weiter: „... indem sie es über- nimmt, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen.“ Ja, verehrter Genosse, haben wir das denn bisher nicht getan? Haben wir im Reichstage etwa

bisher die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit negiert? Wir haben ja das „Fühlen“ in Ihrem Sinne bisher schon gethan. Aber das wird uns noch öfter bei der ganzen Debatte passieren, daß wir uns über Begriffe streiten. Sie haben es ja bereits erlebt: Bernhard hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung kein Zweifel obwalten konnte. Er sagte aber: „Ja, das habe ich nicht sagen wollen, aber ich war nicht im Stande, mich klar auszudrücken; ich bedauere, das gethan zu haben. Ich gebe auch das Wort, ich thue es nicht wieder.“ Da mußten wir als milde Richter sagen: „Wenn Du etwas gethan hast, über dessen Bedeutung Du Dir nicht klar warst, muß Dir freilich verziehen werden.“ Dann kam Göhre mit dem Artikel der „Zukunft“ — den hatte er nicht gelesen. Als er durch die „Neue Zeit“ darauf aufmerksam gemacht wurde, legte er diesem Artikel keine Bedeutung bei. Als ich ihm Verfahren charakterisierte, da war er ganz entsetzt, außer sich, schiederte mir die größtlichen Worte ins Gesicht und erklärte, er habe den Artikel nicht gelesen, er sei nicht genug — nicht dem Worte, sondern dem Sinne nach —, dem Artikel der „Neuen Zeit“ nicht die genügende Bedeutung beigelegt zu haben usw. usw. Wenn wir diesem Schauspiel entgegengehen, werden wir immer erleben, daß man sich unklar ausdrückt hat, daß man das, was man nach dem logischen Wortlaut hineinlegen mußte, nicht hätte sagen wollen. Und zuletzt könnte es kommen wie in Hannover und später, daß man nach tapferem Streiten eine Resolution angenommen hat, aber hinterher ebenso uneinig war wie bisher. (Zustimmung.) Man rede doch nicht von der Einheit oder Einigkeit in der Partei! Diese Sache hat ja gestern bereits Braun angeschlagen, wir seien ja einig in der Partei. Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneinig als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! (Vielfaches Sehr richtig!) Das zu vertuschen und darüber abermals mit Zuckerwasser hinwegzukommen, das habe ich für meine Person herzlich satt! (Lebhafte Zustimmung und Händelschlagen.)

Ich habe seit zwölf Jahren, seit der großen Debatte in Erfurt, von Vollmar so viel hünenhaftigst geredet und oftmals mich geirrt und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Ueberbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So geht's nicht mehr weiter! Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Licht machen und uns mal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich. (Weivegung.) Die Grundlage der ganzen neuen „revisionistischen“ Bewegung ist bekanntlich die Schrift von Bernstein, der damals zu seinem Glück in London war, denn seit er Gelegenheit hatte, nach Deutschland zu kommen, was ich ihm von Herzen gönne, — habe ich doch selbst, so weit ich konnte, dazu beigetragen — seit er sich in Deutschland praktisch betätigt hat, hat er nach meiner Ueberzeugung an Ansehen nicht gewonnen, sondern verloren (vielfaches Sehr richtig!) und ferner nicht nur bei den Radikalen, sondern auch bei seinen Freunden, den Revisionisten, und bei diesen am allermeisten. (Sehr richtig!) Was ist ihm denn, der erst von seinen Freunden wie ein Messias jubelnd begrüßt wurde, und von dem sie ein neues Evangelium, einen neuen Glauben, eine neue Zukunft erwarteten, in der letzten Zeit nicht alles gesagt worden! (Sehr richtig!) Jetzt heißt es auf einmal: Steinigt ihn, steinigt ihn! Nicht, weil er auch nur ein Wort von dem, was er gesagt hat, zurückgenommen hat, sondern weil er nach seiner Meinung gar zu ungeschickt oder auch gar zu rüchlos (Sehr gut!) sich ausgesprochen hat. Deshalb hat man ihn so scharf getadelt, ja sogar gesagt: „Wenn das so weiter geht, dann muß er aus der Partei hinaus!“ Das hat keiner von uns bis jetzt noch gesagt, sondern das wurde dem Bernstein von denjenigen zugeworfen, die bis vor kurzem als seine Anhänger gegolten haben. Bernstein hat sich eben gewissermaßen als das antwortende Thier, als das Schredenskind (Heiterkeit) seiner Freunde entpuppt. Weil sein Ansehen aber bereits in weiten Kreisen diskreditiert war, deswegen legte man auch der ersten Auforderung Bernsteins, einen Vicepräsidenten zu wählen, der selbst die durch die Praxis des Reichstags festgesetzte Verpflichtung des Hofbesuchs zu erfüllen hätte (Große Ironie), keine allzu große Bedeutung bei. Ich war in der That — das kann mir Auer nach meinen Briefen bezeugen — viel weniger erbittert, daß die Frage überhaupt aufgeworfen wurde, als daß sie in dieser Weise öffentlich aufgeworfen wurde, weil ich mir sagte: Kommt Bernstein selbst von seinem eignen Standpunkt aus etwas Dämmereres, Verlehteres machen, als daß er in einem Moment, wo in der Partei der größte Jubel über den Wahlerfolg herrscht und wo in der ganzen Partei mit Ausnahme einer verschwindenden Minorität die Ueberzeugung bestand, jetzt gelte es, diesen Sieg auszunutzen, vorwärts zu gehen, zum Angriff überzugehen, scharfer zuzugreifen, durch die Kraft der größeren Zahl die bisherigen Leistungen zu überbieten, daß er da in diesem großen Moment kam mit der Vicepräsidentenfrage (Lachen und Beifall) und erklärte: „Auch wenn wir dabei zu Hofe gehen müssen, darf uns das nicht kümmern!“ Und das in einem Moment, wo die Reden von Breslau und Essen (Stürmischer, anhaltender Beifall) noch im Gehör eines jeden Socialdemokraten brennen, als hätte er eine physische Saubweise der allerhöchsten Art empfangen! (Stürmische Zustimmung.) Das in einem Moment, wo sich immer mehr für jeden, der ein wenig denken kann, zeigt, was da oben sich vorbereitet, in einem Moment, wo man sich sagen muß: da haben wir es mit einem Repräsentanten der herrschenden Macht zu thun, der so oft angelündigt hat: „In letzter Instanz ist die Armee dazu da, um gegen Vater und Mutter zu schießen!“ (Erneute laute Zustimmung.) Glaubt Bernstein, daß alles das in deutschen Proletariatskreisen ausgelöst sei? (Lauter Beifall.) Glaubt er, daß einer von uns darüber im Zweifel sei, daß die gewaltige Macht, die dieser Mann zu Wasser und zu Lande kommandiert, eines Tages mobil gemacht wird, wenn er glaubt, es sei an der Zeit, um gegen uns geführt zu werden? Wer das nicht einseht, wer das nicht weiß, der soll überhaupt aufhören, Politiker zu spielen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Bernstein hatte in meiner Schätzung bereits bedeutend an Ansehen eingebüßt, und, soweit ich das von Rücksicht aus von meiner Sternwarte (Große Heiterkeit) beobachten konnte, hat auch ein großer Teil der Parteipresse es nicht für wert gehalten, große Abwehr gegen ihn zu üben. Ich war ja empört, daß der große Moment durch dies täppische Eingreifen gestört wurde. Aber eins will ich Ihnen sagen: wenn ich auch in einem größeren Teil der Parteipresse, auch in dem Teil, der sonst nicht gegen mich Stellung zu nehmen pflegt in taktischen Fragen, getadelt wurde, so habe ich doch anderswärts — und ich kann Ihnen die schriftlichen Beweise dafür vorlegen —, so lange ich in der Partei thätig bin, und Sie wissen ja, es hat schwere Kämpfe gegeben seit Jahren in der Partei — so habe ich niemals aus den Kreisen der Parteigenossen so viel Zustimmungen bekommen, wie gerade jetzt. Unsere Genossen freuen sich, wenn ein richtiges Wort zur rechten Zeit kommt. (Heiterkeit und Beifall.) Mir ist es noch nie passiert, daß ich aus den Kreisen der Fraktion, der Partei — und bis in diese Stunde habe ich noch Briefe über Briefe bekommen — so zahlreiche Versicherungen der Zustimmung empfangen hätte, wie gerade jetzt von der Masse der Parteigenossen, auch aus der Schweiz, Desterreich, Belgien, England. Von deutschen Genossen, nicht von den andern. Die alle sind froh, daß man endlich einmal sozusagen der Sache die Stelle ungehängt ist. (Lebhafte Beifall.) Das war die Stimmung, von der man in Berlin und speziell in unserm Centralorgan so ganz und gar nichts gesehen und gehört hat. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Leider!) Es ist rein zum Verwundern, aber es bleibt dabei, man hat an den entscheidenden Stellen die Richtung verloren, das Verständnis verloren, man ist nicht mit der Parteiführung in Kontakt, man ist nicht im Stande, aufzufassen, was da vorgeht. Haben wir jemals in den 40 Jahren seit Bestehen der Partei einen solchen Sturm der Entrüstung erlebt, wie anlässlich dieser Frage? Im wesentlichen freilich, nachdem nun seinerseits Vollmar in die Arena trat und nicht nur das aufnahm, was Bernstein gesagt hatte, sondern es in seiner Art noch erweiterte, vertiefte und scharfer begründete. Vollmar liebt es, sehr selten auf-

zutreten, namentlich in einer programmatischen Form, aber wenn er glaubt, daß die Stunde gekommen sei, einmal mit der ganzen Größe seiner Veron einzutreten für eine Sache, dann thut er es in einer gewissen feierlichen Weise, es ist dann gerade so, als wollte er jetzt auf einmal eine neue Lehre verkünden. (Heiterkeit und Zustimmung.) So war es auch in München. Ich war schon der Meinung, die Geschichte sei aus und wir würden uns nur noch in der Fraktion damit beschäftigen, und ich dachte mir schon: nun laßst Du auch einmal ruhig schlafen. (Heiterkeit.) Da kam auf einmal die Radkritik aus München. Nun erinnert man sich ja an das Auftreten Vollmars 1891; im Kolosseum, wo er seine Programmrede in alle Welt hinaus hielt, wo er von den bürgerlichen Parteien mit Jubel begrüßt wurde und wo gefagt wurde: Ja, das ist der einzige Mann in der Partei, der weiß, der Zeiten Puls zu fühlen. Es war ja speziell Herr Raumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich auf den Knien beschwor: „Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bairischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, alles Volk wird Sie mit Jubel empfangen.“ Mit dem Jubel war es freilich verwünscht unangenehm. Ein Jubel war zwar in München vorhanden; dort ist er immer vorhanden, wenn Vollmar kommt. Es war ja speziell Herr Raumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich auf den Knien beschwor: „Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bairischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, alles Volk wird Sie mit Jubel empfangen.“ Mit dem Jubel war es freilich verwünscht unangenehm. Ein Jubel war zwar in München vorhanden; dort ist er immer vorhanden, wenn Vollmar kommt. (Heiterkeit.) München ist ja das Caput der deutschen Socialdemokratie. (Große Heiterkeit.) In München wandert keiner auf die Dauer ungestört unten den Vierkränen. (Erneute Heiterkeit.) In München gehen die stolzeften Parteisäulen nach einer Zeit zu Grunde. Da steht Euch diesen Vorbus an (Heiterkeit), auf den jeder noch vor kurzem geschworen hätte, daß er ein ganz unverfälschter Radikaler sei. Und diese stolze Säule, nachdem sie einige Zeit in München gestanden hat, ist gebrochen, ist zerbrochen im Kaiserbräu. (Große Heiterkeit.) Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchen, der nach München zog, als ein braver, principientreuer, fester Genosse — ich sehe so einige hier sitzen an seinen Tischen. (Große Heiterkeit.) Nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele tot. So ist es, so sind meine Eindrücke, und wenn ich selbst nach München ziehen sollte, ich würde mich vor mir selber fürchten. (Stürmische Heiterkeit.) Vollmars Auftreten wurde nicht nur von der Mehrzahl der Münchener Genossen bejubelt und belläuft, sondern auch von der bürgerlichen Presse fast ohne Ausnahme. (Sehr richtig!) Es ist ja allmählich in unserer Partei dahin gekommen, daß es gewisse Kreise von Leuten giebt, die eine ganze Corona bürgerlicher Journalisten als Korymbanten um sich versammelt haben. Ich sage nicht, daß sie gerufen worden seien. Nein, sie haben sich herangemacht, sie kamen freiwillig, um zu bejubeln, zu beweihräuchern. Dabei ich nicht erst kürzlich gelesen: Vollmar, der ungekrönte König von Bayern! (Große Heiterkeit.) Aber das bairische Volk will in seiner großen Mehrheit von seinem ungekrönten König in dieser Frage nichts wissen. (Heiterkeit.) Die Stimmung in Bayern hat mich außerordentlich erfreut. Bayreuth, man denke Bayreuth, ist vorangegangen und hat sich zuerst gegen Vollmars Rede erklärt. Das hat mich mit großer Genugthuung erfüllt. Und so war es in allen großen Städten Bayerns. Da hat es in der bürgerlichen Presse geheißt, die ganze bairische Landtagsfraktion ist der gleichen Meinung wie Vollmar. Aber wenige Tage später erklärt unser alter 78-jähriger Parteigenosse Gabriel Löwenstein, der als Delegierter hier ist: Ich nicht! Ich nicht! (Lebhafte Beifall.) Und Segis fertigt ebenso prompt: Ich nicht! Ich nicht! (Bravo!) Daß Haller gleichfalls den Vollmarschen Standpunkt ablehnt, nun, das war nicht anders zu erwarten. (Heiterkeit.) Nur einer, Franzel Ehrhart, der Folgraf am Rhein (Stürmische Heiterkeit.) hat bis heute geschwiegen (Reifer: Rein, er hat auch schon gesagt, daß er da nicht mitmacht.) So? Das freut mich. Ich dachte schon, auch Du (zu Ehrhart) bist verloren. (Große Heiterkeit.) Wenn man so einen Bundesgenossen gewinnt, wie Dich, dann ist das viel wert. Und diese Stimmung brach aus in der ganzen Partei (Stürmische Zustimmung!), nicht veranlaßt von oben. Ich habe nicht angefangen, sobald Vollmar gesprochen, nahm die ganze Parteipresse klare präcise Stellung, zu nem Juchel gegen Vollmar. So brach an allen Ecken aus. In der ganzen Partei drang von unten her ein einziger Schrei der Entrüstung empor. (Stürmischer Beifall.) Nun, auch das ist bestritten worden. Da hat z. B. Auer in der letzten Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ — er schreibt ja nur noch dort, die „Neue Zeit“ scheint nicht für ihn zu existieren (Hört! hört!) — in seiner bekannnten wüthigen Weise gesagt, daß eine sehr nebenläufige Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeputzt worden sei. An gehörigem Echo habe es nicht gefehlt, wobei der Umstand, daß die Bewegung gerade in die Zeit der sauren Gurke fiel, wohl nicht ohne Bedeutung gewesen sei. Ich bin überzeugt, daß das seine ehrlichste Ueberzeugung ist, die ganz seinen Wesen entspricht. Aber bei keinem Mann in der Partei bedauere ich so tief wie bei Auer, daß er Vorgänge, die da beweisen, daß die Parteiseite in vollster Blut ist, so beurteilen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß der Streit aus bedeutungslosen Ursachen entstanden ist, das ist eben so falsch, wie die andre Behauptung, daß die vorhergehenden Debatten dieses Parteitages ein Litteratenganz gewesen seien, während diese Reden doch die Partei in ihren Grundfesten erschüttert haben. (Weivegung.) Ein solches Urtheil kann nur fällen, wer die eigentliche Grundlage, den principielle Boden verloren hat. (Sehr richtig!) Was bedeutet es, wie kommt es, daß Auer diesen Vorgängen nicht die geringste Bedeutung beigelegt hat. Gewiß, darin hat er recht, die Parteikämpfe füllen bei uns in der Regel die Sommermonate aus. Diesmal aber hatten wir keine eigentlichen Hundstage. (Heiterkeit.) Daß wir gerade im Sommer diskutieren, kommt daher, weil wir alle, Parteiführer, Fraktionsmitglieder während des Herbstes, während des Winters, bis tief in den Frühling hinein parlamentarisch thätig sind, und erst während des Sommers Zeit haben, uns auf uns selbst zu besinnen, theoretisch zu arbeiten und wenn es not thut zu polemisieren. Ueber die Vicepräsidentenfrage selbst habe ich mich bereits ausführlich in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen. Hier habe ich mich nicht im einzelnen darüber zu äußern. Ich will die Angriffe auf meinen Artikel beantworten und habe hoffentlich noch Gelegenheit, darauf zu antworten. Man hat gefagt, die ganze Sache beruhe auf einer falschen Auffassung von mir: Nebel glaube an eine Verhöhnung. Dieser Glaube ist vielleicht angeregt durch Briefe von mir an Auer (Auer: Die habe ich gar nicht gelesen [Weivegung]), ich lege immer alle Briefe während solcher Streitigkeiten zurück, es handelt sich um mehrere Briefe, die ich Dir vor 5 bis 6 Wochen geschrieben habe. (Auer: ja, ja!) Und nun sagt er, er habe bis heute diese Briefe nicht gelesen. (Hört! hört!) Das ist mir ja sehr lieb zu hören. Ich nehme mir von meiner kostbaren Zeit, um in einer so wichtigen Sache an Dich zu schreiben — er hat mir ja auch seine Ansicht geschrieben — und Du liest sie gar nicht! (Hört! hört!) Da ich meine Briefe nicht zum Vergnügen schreibe, werde ich künftig meine Konsequenzen ziehen. — Wie das Gerücht von meinem Glauben an eine Verhöhnung nun auch entstanden sein mag — eine Verhöhnung braucht unter Gleichgesinnten nicht zu bestehen, das macht sich ganz von selbst. In dem Augenblick, wo Genosse Vollmar gesprochen hatte, sprangen seine Freunde von überall her ihm bei, und das war ganz in der Ordnung. Da kam das Eingeladene in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, da veruchte Südehm in Nürnberg in diesem Sinne zu wirken, da traten Dreesbach und Kolb für ihn ein, da kam Genosse Göhre mit einem großen Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme“. Da war man gar nicht der Meinung, daß es sich um eine kleine, nebenläufige Frage handle. Erst als man sah, wie die Stimmung in der ganzen Partei war, merkte man, daß man eine böse Sache eingerührt habe; und um eine Niederlage zu vermeiden vor dem versammelten Parteitag (Lebhafte Zustimmung), da kam aus Fürstentum (Heiterkeit!) — die Fürstentümer sind gute, brave Genossen, aber, sie werden mir's verzeihen, führend sind sie nicht (Sehr richtig!) — kam aus Fürstentum die bekannte Resolution, die da sagt: ach, das ist dummes Zeug, die Vicepräsidentenfrage ist eine ganz unbedeutende Sache. Und alsbald echote und echote es aus allen Ecken und Enden,

aus denen es vorher geklungen hatte: Jetzt muß die Partei zur Machtteilnahme kommen — denn das ist der Sinn der Vollmarschen Rede — jetzt echote es: Es ist ja gar keine Haupt- und Staatsaktion. Man schwenkte ein. (Sehr richtig!) Allerdings, als man dann sah, daß Neunzehntel der Partei den Vollmarschen Standpunkt mißbilligte, da war es auf einmal keine Frage der Machtteilnahme mehr, sondern eine ganz kleine unbedeutende Nachsage, und da kamen auf einmal von allen Seiten voll merkwürdiger Uebereinstimmung Anträge, der Parteitag solle sich nicht damit beschäftigen. Ja, wenn wir hinter einer dingeisigen Mauer leben, dann wäre die Sache eine andre. Aber so ist es nicht; die ganze Welt — wir können es mit einem gewissen Stolz sagen — sieht auf uns und jede Regung in unserm Reichen wird von ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf der andern Seite werden alle diejenigen, die seit zwölf Jahren alle paar Jahre wenigstens einmal und in den letzten fünf Jahren jedes Jahr ununterbrochen zu diesen Dissonanzen Veranlassung gegeben haben, von der bürgerlichen Presse, von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht, gelobt und als die großen Staatsmänner mit dem weiten Blick usw. geschildert. Man will auf diese Weise, wie ich schon einmal gefagt habe, die Partei förmlich auseinanderloben. Das ist unter Formen und in einer Weise gefahren, daß ich sagen muß, es hat mich manchmal angeleitet. (Beifall.) Gewiß, dafür können die Betreffenden nichts, sie haben es nicht beabsichtigt. Aber wenn mir so etwas passiert — es kann mir ja nicht passieren, und ich freue mich dessen. So lange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. (Lebhafte Beifall.) Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, so lange ich lebe und existiere, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen. (Stürmischer Beifall.) Wo es wäre Thorheit zu verlangen, daß mich die bürgerliche Presse loben sollte — aber wenn mir je solche Lobhudelei zu teil würde, so würde ich doch einmal dazwischen fahren und diesen Leuten sagen: was gehen Euch unsere Angelegenheiten an, kümmert Euch um Eure Sachen und haltet den Mund über unsere Angelegenheiten. Alle Eure Vobersetzungen sind vergeblich und haben keinen Zweck. Das hätte gefagt werden müssen! Dort sitzt der Genosse Heine. Im Winter 1901/02 kam ich im Reichstage eines Tages zu ihm und sagte ihm: Heine, haben Sie gelesen, was Herr v. Gerlach über Sie geschrieben hat? Nein, jagte er; worauf ist ihm jagte; dann lesen Sie es, bitte, dieser Herr v. Gerlach lobt sie noch aus der Partei heraus. Das ist ein gefährlicher Freund; sagen Sie Herrn von Gerlach, er möge diese unangenehme, ihnen notwendig widerliche Freundschaft nicht so offen zu Tage treten lassen! Darauf antwortete mir Heine: Sie haben recht, das will ich ihm bei erster Gelegenheit sagen. Aber bis in die letzte Zeit hat Gerlach weiter gelobt. Er hat Artikel über Heine geschrieben, von denen ich sagen muß: wenn über meine Person so etwas geschrieben würde, ich hätte mich geschüttelt. Was es nun mit diesem „Machtzuwachs“ auf sich hat, ist ja mittlerweile bis zum Ueberdruß klar geworden. Ich habe ja schon in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ die Urtheile der bürgerlichen Presse erwähnt. Ich bin mit Vollmar, mit dem ich bis Ende der achtziger Jahre immer in Uebereinstimmung war und den ich immer an meiner Seite hatte, in eine Reihe von schweren Konflikten gekommen. Seit 1890/91 sind wir in einer Reihe der wichtigsten Fragen immer mehr auseinander gekommen. Aber ich kann wohl sagen, daß das unsere gegenseitigen persönlichen Achtung nicht den geringsten Eintrag gethan hat. Da hat man nun gefagt: das ist die rivalität der Führer, für zwei Alexander ist in der Partei kein Platz und bei diesen ganzen Differenzen ist Unerkand mit im Spiel. Ich habe darauf schon wiederholt geantwortet: Für uns beide ist reichlich Platz in der Partei und für viele andre noch dazu. Die Kreise, die Vollmar verehren, sind ganz andre, als diejenigen, die mir Sympathie bezeugen. Und wenn es auch die gleichen Kreise wären, so würde ich sagen, was Goethe in Bezug auf Schiller und sich gefagt haben soll: Hört doch auf zu streiten, wer von uns beiden der Bessere und meinetwegen der Größere ist, seid froh, daß ihr uns beide habt. (Lebhafte Beifall.) Ich sage, es wäre lächerlich, wenn solche Gefühle der Eifersucht uns beherrschten sollten. So oft wir auch in der heftigsten Weise aneinandergeraten sind, zuletzt haben wir doch immer wieder in der freundschaftlichsten Weise verkehrt. Unserm persönlichen Verkehr haben diese Differenzen in keiner Weise geschadet, also bleibt uns mit diesem elenden erbärmlichen Gerede vom Leibe, das ist nicht wahr. Niemand ist mir auch nur eine Sekunde lang der Gedanke gekommen, Vollmar will Dir nicht wohl, weil Du eine große Popularität in der Partei hast, und ich denke, er hat etwas Derartiges auch nicht von mir gedacht. Das Traurigste nun bei dieser ganzen Affaire ist, daß schließlich selbst die Blätter der bürgerlichen Presse, die anfangs die Revisionisten in dieser Frage unterstützt hatten, sie am meisten verhöhnnten und im Stich ließen, daß diese bürgerlichen Blätter, nachdem sich gezeigt hatte, wie die Stimmung der großen Mehrheit der Partei war, es zuletzt nicht unterlassen konnten, gewissermaßen dem toten Esel noch einen Fußtritt zu versehen. Das thut mir um diese Männer leid. Ich habe schon in der „Neuen Zeit“ auf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ hingewiesen, und ich habe hier eine neue Auslassung des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung“. Auch von dieser Auslassung brachte der „Vorwärts“ kein Wort. Ich will hier nebenbei bemerken: Genossen, das muß anders werden, daß die wichtigsten Parteiblätter es nicht für der Mühe wert halten, ihre Leser von solchen Stimmungen und Urtheilen zu unterrichten. (Sehr richtig!) Hätte speziell das Centralorgan in den letzten Jahren in dieser Beziehung seine Pflicht und Schuldigkeit gethan und ohne Ansehen der Person gefagt: das wird über Vollmar, Nebel, Kautsk, über die in der Partei herrschenden Strömungen gefagt! Da darf man nicht sagen: Was wird das auf die „Herdenkinder“ für einen Eindruck machen, die ja nicht richtig urteilen können, nein, ich will die Partei zur Wahrheit und Klarheit und Rannbarkeit auch in dieser Beziehung erzogen haben. (Lebhafte Beifall.) Ich will, daß die Genossen über alles aufgeklärt werden, und wenn das allezeit geschehen wäre, dann wären die Dinge niemals so weit in der Partei gekommen, wie sie leider gekommen sind, dann hätten die Parteigenossen heutzutage eingegriffen und den Betreffenden gefagt: Hört mal, das geht so nicht weiter! Wie sehen, wie das, was Ihr thut oder sagt, in der gegnerischen Presse ausgedeutet wird, wie man Euch da mißverstieht, das geht nicht! Hätte der „Vorwärts“ den Artikel „Parteimoral“ in seinen entscheidenden Stellen mitgeteilt und hätte dann der „Vorwärts“ nur 10 Zeilen angehängt, dann würde die Partei bei ihren jetzigen Verhandlungen einen vollen Tag gefpart haben. (Eisner ruft: Ich hatte den Artikel ja nicht gelesen!) Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf; deswegen werde ich aber vorschlagen, das künftig zu ändern. Und wenn ein so fleißiger Mann wie Sie, den ich für den politischen Teil des „Vorwärts“ geradezu für unerlässlich halte, für diese Sachen keine Zeit haben, so antworte ich Ihnen: Ich wünsche überhaupt nicht, daß Sie sich darum kümmern. Sie sind ein vorzüglicher Genosse und ein ungewöhnlich tüchtiger Journalist, aber für diese Sachen wünsche ich einen andern, denn dazu sind Sie mir ein zu junger Genosse. Sie kennen die Verhältnisse der Partei nicht, Sie kennen die Persönlichkeiten und die Verhältnisse nicht und so kommt es, daß Sie neben Ihren im allgemeinen so glänzenden und geistig hoch stehenden Artikeln zuweilen Dinge schreiben, bei denen wir älteren Genossen einfach die Hände über den Kopf zusammenschlagen. (Eisner ruft: Das ändert sich aber doch mit jedem Tage.) Ja, Genosse Eisner, das dauert mir aber zu lange (Große Heiterkeit), da kann die Partei inzwischen unendlich viel Schaden leiden. Deswegen wünsche ich, daß Sie in diesem Teile des „Vorwärts“ depostediert und auf den Teil beschränkt werden, in dem sie in großartiger Weise der Partei dienen, und ihre Aufgabe voll erfüllen können. Es ist nicht irgend welche persönliche Animosität, die mich hierbei leitet, sondern im Gegentheil Hochachtung und Hochschätzung für Ihre Person. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder Genosse an die Stelle gefetzt werden muß, an die er nach seinen Fähigkeiten gehört. Nun hören Sie weiter: Als derselbe Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, der anfangs alles that, um Vollmar zu engagieren, merkte, wie die

Dinge in der Partei lagen, führte er in einer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus, wenn man glaube, daß sich die Mehrheit selbst wenn die Sozialdemokraten auf die gestellten Bedingungen eingingen, auf einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten einlassen würde, so sei man sehr im Irrtum. Soweit seien wir noch lange nicht, davon werde erst die Rede sein können, wenn Vollmar die Partei umgewandelt habe. . . Wenn dieser neue Geist in die Partei eingekehrt sein würde, dann sei die Stunde gekommen, wo man der Frage näher treten könne! Auch den Nationalliberalen und selbst dem Centrum fällt es nicht ein und könnte es nicht einfallen, einen Sozialdemokraten auf den Vizepräsidentenstuhl zu setzen. Das soll jetzt nachdem dieser Streit sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung ausgewachsen hat, mit aller Offenheit noch einmal gesagt werden. Da kommt zum Schaden noch der Hohn! Da sagt man zu uns: Wir haben euch dahin gebracht, daß ihr euch jetzt in den Parteien liegt; aber das ist ein Streit um des Kaisers Bart, wir denken gar nicht daran, euch den Vizepräsidentenposten zu gewähren; ihr habt euch wochenlang gestritten, aber alles um nichts! Kann man sich denn eine größere moralische Niederlage von den Leuten holen, die einen nicht unterstützt haben? Machtfragen! Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man sagt es nicht, aber man denkt es haben wie jenseits der Bogen; ja, wenn wir doch mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Ja, was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und mache etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gelegenheitswerke machen könnte, wie er wollte. Da steht die ganze Bourgeoisie, die ja heute kaum ihre eigenen Ränder in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau weiß, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmert und zu etwas anderem machen würde, als sie jetzt ist. (Stürmischer Beifall.) Der Kaiser hat ja jene Handbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen Millerand hätten!“ Ich würde, wenn man mich fragte, sagen: wir haben ja Vollmar, der ist Millerand mindestens ebenbürtig. Wenigstens läuft seine Taktik darauf hinaus, und das ist meiner Meinung nach der große Fehler. Die Dinge gehen eben bei uns anders, als anderswärts. Bei uns heißt es in letzter Stunde stets: biegen oder brechen, und da es nicht biegt, so bricht es. Segen Sie einmal den Fall, man verspräche sich in den maßgebenden Kreisen Vorteile davon, man würde glauben, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unseren Reihen in die Regierung aufnehme. Glauben Sie denn, daß das ohne Konzeptionen abginge? Do ut des! Diesen Grundsatz der Politik kennt niemand besser als Vollmar und dafür werden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die Nationalliberalen haben seit Jahr und Tag den langen Moller in der Regierung sitzen. Vor vierzehn Tagen las ich in dem nationalliberalen „Hannoverschen Kurier“ einen Artikel, der darauf hinauslief: Berechter Genosse, machen Sie so schnell wie möglich, daß sie aus dem Ministerium herauskommen; Sie können uns dort nichts nützen, sie kompromittieren uns nur. (Hört! hört!) So geht es sogar der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsre Partei etwas Ähnliches möglich wäre, dann würde man uns sagen, Wurst wider Wurst, wir machen euch Konzeptionen, aber nun seid so gut und stimmt auch für den Reichsrat! Ihr müßt jetzt das Militär-, das Marinebudget, das Kolonialbudget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebensmittel — Rölle, die Liebesgaben acceptieren, den ganzen Etat mit Haut und Haaren verschlucken, dann machen wir euch Konzeptionen. Wie hieß es doch einmal in jener Rede von Heine: Kanonen gegen Volksschrei! (Heine: Also Sie bringen diese Geschichte doch wieder vor!) Etwas Anderes als diese Rede habe ich nie gehört. Ich habe schon wiederholt gesagt, eine starke Regierung bedeutet ein schwaches Parlament. Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr festigt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, um so wieder und alles zu verweigern. Man sagt, wer denkt denn überhaupt an solche Dinge. Man denkt freilich daran. Vollmar stellte in München den Satz auf: man solle den Kampf speziell auf einzelne Aufgaben und einige naheliegende Punkte konzentrieren, und er nannte als solche Punkte das Koalitions-, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Befreiung der Lebensmittelzölle, den Normalarbeitstag. Wie es mit den Lebensmittelzöllen aussieht, haben wir ja eben erlebt. Bis hier nannte man diese Politik englische Gewerkschaftspolitik. Das ist keine prinzipielle Politik mehr, damit kommen wir in eine schiefe Position. Auf dem Frankfurter Parteitag haben wir uns ja über die Budgetfrage unterhalten. Die bayerischen Genossen hatten für das Budget gestimmt. Damals hielt die stärkste Rede gegen Vollmar Genosse Auer, heute würde er diese Rede allerdings wohl nicht mehr halten. Die Frage wurde damals infolge eines sehr ungeschickten Amendements von Stadthagen nicht klar gelöst. (Stadthagen: Das Amendement war sehr gut.) Na Sie sind ja unfortschrittsbar! (Große Heiterkeit.) Ich weiß mal eine Ansicht haben, so lassen Sie sich nicht davon ab. Das Amendement war ein großer Fehler. Der Revisionismus ist ja bei den Süddeutschen gewissermaßen zu Hause, das ist wohl nicht allein der Einfluss von München — Copula oder von Bier und Wein, der die Leute gemüthlicher macht, sondern es sind die weniger entwickelten ökonomischen Verhältnisse in Süddeutschland (Auer: (Sehr richtig!) Deshalb sollte man aber gerade von Süddeutschland aus nicht versuchen, dem weiter entwickelten Norddeutschland eine neue Taktik aufzuzwingen. Das ist es, was ich mit Nachdruck bekämpfe. Die Sache ist dann später in Lübeck nochmals zur Verhandlung gekommen. Die süddeutschen Genossen versammelten sich darauf in Würzburg, luden aber nur die sogenannten Bernsteinianer ein, und dort kam man dann überein, künftighin für das Budget zu stimmen. (Ehrhart ruft: Die süddeutschen Abgeordneten!) Gewiß, Abgeordnete! Ich habe nicht gesagt, daß Bernstein geladen war, aber diese Genossen nannten sich damals Bernsteinianer. Man kam dort überein, für das Budget zu stimmen, obwohl natürlich ein Teil der Genossen anderer Ansicht war, z. B. v. Haller. Gewiß steht es ja mit Bezug auf die Budgetfrage mit den süddeutschen Staaten etwas anders als mit Preußen, aber die Regierungen der Einzelstaaten sind doch zugleich die Regierungen, aus denen der Bundesrat zusammengesetzt ist. Man könnte höchstens dann für das Budget stimmen, wenn in dem betreffenden Bundesstaat das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper bestände, wenn keine bürgerlichen Parteien und dort vorgezogen würden, wenn die ersten Kammern, überall der Hemmschuh des Fortschritts, beseitigt wären, wenn jeder Sozialdemokrat in jede staatliche Stellung gelangen könnte. Wenn auch die Angehörigen der Armee sich nicht zu scheuen bräuchten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, wenn wirkliche Pressefreiheit vorhanden wäre. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt wären, dann würde ich mir allenfalls die Frage vorlegen, ob ich das Budget bewilligen könnte. Ich würde dann aber die betreffende Regierung weiter fragen: Wie steht Ihr denn zum Reich, wie habt Ihr Euch da verhalten? Wer hat denn das Sozialistengesetz 12 Jahre lang über uns verhängt? Es ist einstimmig vom Bundesrat angenommen worden. Wer hat 1890, als das Sozialistengesetz fiel, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung mit der famosen kriminellen Bestrafung des Kontraktbruchs und der Verschärfung des § 163 eingebracht? Sämtliche Regierungen, die süddeutschen mit einbezogen. Wer hat die Umsturzvorlage, wer die Justizreformvorlage eingebracht? Es waren sämtliche Regierungen, die süddeutschen eingeschlossen. Wie stehen denn alle diese Regierungen zu Militär-, Marine- und Kolonialfragen? Wollt Ihr hier etwa eine Zweifels-Theorie konstruieren? Da haben wir jahrzehntelang die Nationalliberalen verhöhnt, daß sie eine solche Theorie anerkennen, und jetzt sollte sie bei uns aufleben? Das darf nicht sein, und deswegen schon muß jeder Schritt in dieser Richtung auf das entschiedenste bekämpft werden. Haben wir nicht gehört, wie Auer und Schippel in Hamburg die neue Kanonenvorlage zu rechtfertigen suchten? War es nicht Schippel, der in den „Socialistischen Monatsheften“ in der bittersten Weise unsere

Wahlforderungen verhöhnt hat? Als diese Artikel in der Fraktion besprochen wurden, hat niemand von Ihrer Seite Schippel die verdiente Abfertigung zu Teil werden lassen. (Hört! hört!) Ist mir nicht in der Fraktion von einem Genossen gesagt worden: Ja, glaubt Ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichs-Budget werden verteidigen können? (Hört! hört!) Und große Bewegung.) Wie ist es möglich, daß in dieser Weise in Frage gestellt wird, was zur Basis unseres ganzen Kampfes gehört? (Lebh. Beifall.) Ja, wenn bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder in dieser Richtung gearbeitet wird, so sage ich doch: vorgaukelnd, wenn es so weit geht, dann ist das ja die alte Sozialdemokratie gar nicht mehr, dann werden wir ja zum Gespött der Gegner, dann ist es wirklich sehr weit gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Was weiter die Wahlforderung unserer Freunde in Bayern im vorigen Jahre anlangt, so habe ich diesen schon damals erklärt, wenn das Gesetz auf Grund Eurer Resolution angenommen wird, dann hat ja das Centrum auf absehbare Zeit die absolute Mehrheit in Eurer Kammer, dieselbe Partei, die wir jetzt auf Leben und Tod bekämpfen und die heute mehr denn je die kulturfeindlichste und reaktionärste ist. Wenn überhaupt eine Partei ihre Interessen in der bayerischen Wahlforderung vertreten hat, so ist es das Centrum. Dies Lob muß ich hier aussprechen, meinen eignen Parteigenossen kann ich es leider nicht aussprechen. (Gut! hört!) Weiter der Mainzer Beschluß über die Eisenbahn-Gemeinschaft! Wir hatten darüber in Mainz vollständig klare Bahn geschaffen. Gerade Calver, der wahrhaftig kein Abstrahler ist und sich vielfach Vollmar viel mehr nähert als mir, hatte die Resolution beantragt, wonach die Verlehrswege unter die Oberhoheit des Reiches kommen sollten. Gegen diese Resolution hat man ein Pronunciamento infanteriert und beschloffen, für eine süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft Propaganda zu machen. Als man dann aber heimging, sah man, daß die Situation in den süddeutschen Staaten so verfahren war, daß man nicht einmal wagte, diesen Antrag auch nur anzugehen in einem der süddeutschen Länder. Wenn Männer von der Bedeutung Vollmars solche Fehlschlüsse und Fehltritte machen, so muß das doch an etwas anderem als am Zufall liegen, so liegt das daran, daß ihr ganzes Fühlen und Denken in Bezug auf die Partei, ihre Grundtatsache und ihre Taktik gegen früher sich total geändert haben. (Lebhafte Zustimmung.) Der Revisionismus zeichnet sich ja vor allem auch durch seine große Heuchelei aus. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das ist sogar ein Hauptunterschied. Mit der geringsten Kleinigkeit ist man zufrieden, nur nicht drängeln, nur keine Aufregung, nur die Massen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Wenn irgendwo, so hätte man in der bayerischen Wahlforderung die ganzen katholischen Arbeiter auf unsre Seite bringen können. Aber dann hätte man dagegen protestiert, daß man das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an aufheben wollte, protestiert dagegen, daß man die Stimmzeit von 6 Monaten auf ein Jahr erhöhen wollte, protestiert dagegen, daß man die Aufenthaltzeit verlängern wollte und damit 150 000 Männer, die jetzt das Wahlrecht haben, entrechtet hätte. Das hätte man sich in den Volksversammlungen in München, Nürnberg, Würzburg, Erlangen usw. nicht gefallen lassen, das hätte man der Fraktion gehörig gesagt, und um das zu vermeiden, dachte man: „Nur Ruhe, Ruhe! Mein Verdruss gemacht, bei Tage nicht und nicht bei der Nacht!“ Wir mögen hinter verschlossenen Türen, wir werden die Sache schon zu deckeln wissen; nur nicht die Masse aufrühren, das könnte uns unsre Ziele stören!“ (Lärm.) Das ist, ins Praktische übersetzt, ein Stück von der Parteimoral, die Vernunft in seinem Artikel ausgesprochen hat. (Sehr richtig!) Jene denken: „Je bescheidener wir sind, desto leichter fliegen wir“; ich sage: „Je bescheidener wir auftreten, desto weniger kriegen wir“. (Zustimmung.) Marx sagt in seinem „Kapital“: „Man kann keine notwendige Entwicklungsphase überspringen, so kann man doch ihre Dauer abkürzen.“ D, es giebt keinen größeren Realpolitiker, als den in unsren eignen Reihen viel verleumdeten Marx. Man kann eine Entwicklungsphase nicht überspringen, aber abkürzen. Unsere ganze Thätigkeit geht darauf hinaus, die Entwicklungsphasen abzukürzen, die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Revisionisten aber heißt es gerade umgekehrt: „Ach, nicht so rasch! nicht so drängeln! Das sind nicht die Worte, aber der Sinn: die Massen sind noch nicht reif! Wie könnt Ihr Euch einbilden, daß diese Massen im Stande wären, wenn uns heute die Regierungsgewalt zufiele, sie benutzen zu können? Ach, zerbrocht Euch doch nicht die Köpfe der andren! Was wißt Ihr denn davon, was wir für Intelligenz auf unsrer Seite haben, wenn wir die Massen in der Hand haben?“ (Sehr gut!) Was haben doch die Arbeiter in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den Gewerbevereinen, in den Parlamenten geleistet! Was haben speziell die Männer, die aus dem Proletariat in das Parlament gekommen sind — ich rede jetzt nicht von den Akademikern — geleistet! Wie haben diese Männer im letzten Frühjahr und Sommer ihre Stellung in der Kommission für den Zolltarif ausgefüllt! Ich sage Euch ehrlich: ich habe ja erwartet, daß sie ihren Mann stellen würden, aber darüber, daß sie ihre Pflicht in so großartiger Weise getan haben, bin ich von Bewunderung erfüllt gewesen. Fragt einmal die Regierungsvertreter, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, welches jammervolle Schauspiel es war, wenn bei einzelnen Positionen höchstens mal ein Interessent aus eigennütigen Motiven sprach, von seinem engherzigen Standpunkt aus, während von unsrer Seite die Wandert, die Jubel, die Antrid und wie sie alle heißen, zum Teil über die schwierigsten Themen mit vorzüglicher Sachkenntnis sprachen. So hat z. B. Antrid über eine Reihe der schwierigsten hygienischen Fragen in einer Weise referiert, daß die Regierungsvertreter Mund und Augen aufsperrten. Also, was wißt denn Ihr von der Intelligenz in den Arbeiterkreisen? Ihr habt ja gar keine Ahnung davon! (Sehr gut!) In jeder großen Volksbewegung kamen die Geister aus einmal von unten heraus, an die bisher kein Mensch gedacht hatte. Wenn es je eine große Kulturbewegung in der Welt gegeben hat, die ihre Wäner und auch ihre Frauen erzeugt hat, so ist es die der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir morgen durch irgend einen Umstand unsre Gegner von ihren Egen verdrängen und uns selbst hinführen könnten, so macht Euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu thun hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Ach, dieser kleinliche Gesichtspunkt, die Engherzigkeit, diese Eitelkeit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromittieren! (Große Heiterkeit und Beifall.) Natürlich ist alles diplomatische Genie auf Seite unsrer Revisionisten (Heiterkeit), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon auf tausend Meter Entfernung (Heiterkeit) und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon von weitem. (Erneute große Heiterkeit.) Trotzdem sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann“ ist, dann ist er schon keiner mehr. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Reint, sich den Diplomaten anmerken lassen und es wozüglich auch noch auszusprechen, das giebt es nicht. Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verunsicherung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (Zustimmung.) Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst hören: „Wie steht's da, wie steht's hier?“ (Heiterkeit.), die immer spüren, wo die Majorität ist, und da gehen sie dann hin. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unsrer Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen aus Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denuncieren (Zuruf: denuncieren!) ja, ich

sage ja, denuncieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die aller schlimmsten! (Lebhafte Zustimmung.) Die bekämpfe ich am allermeisten. (Stürmischer Beifall.) Wenn hier noch ein Zweifel wäre, ob diese Ansicht richtig ist, so würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Reueheringen der Feinde. Die sind für mich das beste Barometer. (Lebhafte Zustimmung.) Ich frage aber: ist nicht die revisionistische Richtung von unsern Gegnern in jeder Weise gehätschelt und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung“ ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau daselbe hätte man von der Raumannschen „Hilfe“ sagen können. So sehr ich von Herrn Raumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (Auf: Und Erfolg hatte er doch nicht!) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unsrer Partei einmal Erfolg haben wird? (Stürmische Zustimmung.) Reint, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. (Sehr richtig!) Er zersplittert unsre Kräfte (Sehr wahr!), er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Genossen wird irre geführt. (Sehr wahr!) Daß die Leute ehrlich kämpfen, das bezweifle ich ja gar nicht, ich habe es auch ja selbst in Bezug auf unsre Akademiker erklärt, wie es da steht, wie die meisten nur allzu bald wieder das vergessen, was Sie als Sozialdemokraten gelernt haben, wie Sie mehr oder weniger alle glauben, Sie seien eigentlich die geborenen Führer des Proletariats (Zustimmung), wie mehr als einer glaubt, das Proletariat müsse stolz sein, daß er ihm die Ehre erweist, ein Mandat anzunehmen. (Sehr wahr!) Das ist kein böser Wille, das ist kein absichtlicher Verrat, aber es ist ein Uebel für die Partei. Neben den Akademikern kommt dann der andre Teil unsrer Revisionisten, die ehemaligen Proletarier in gehobener Lebensstellung. (Sehr richtig.) Leute, die eben jetzt einen gewissen Wohlstand ihrer Lebenslage sehen. Die materialistische Gesichtsauffassung braucht ihr nur anzuwenden, und ihr habt das Rätsel gelöst. Was für alle Gegner gilt, gilt auch für uns. Und dann der Glaube, man habe eine staatsmännische Ader, man sei als diplomatisches Genie geboren. Dieser Glaube in Verbindung mit dem Verkehr mit Leuten der andren Richtung bringt es allmählich dahin, daß man auf Wege kommt, wie ich heute hier angedeutet habe. Dann gehören weiter natürlich auch sogenannte Proletarier dazu! Ja, das sind die Unwissenden, die Unflugen, das sind diejenigen, die einem Manne folgen, dem sie persönlich verbunden zu sein glauben. Aber wenn es einmal möglich wäre, festzustellen, wie das wirkliche Proletariat in der Partei über den Revisionismus denkt, der Revisionismus würde einen schönen stattlichen Generalstab haben, aber die Armee hinter ihm wäre verflohen! (Lebhafte Zustimmung.) Und weil nun der Revisionismus nach den letzten Wahlen — ich mache daraus kein Hehl, ich verurtheile nicht mehr — in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren hat (Hört! hört!), weil ich weiß, daß die Leute ganz naturgemäß ihre Ueberzeugung in der Fraktion zur Geltung zu bringen suchen, weil ich weiß, daß das aufs neue, wie es schon dargelegt ist, zu unangenehmen Kämpfen und Reibereien der unangenehmsten und widerlichsten Art führt, da habe ich mir gesagt: Jetzt soll endlich einmal der Parteitag, jetzt soll die Repräsentation der Partei entscheiden, wie von ihrem Standpunkt aus künftig die Taktik der Fraktion festzulegen ist. (Beifall.) Ich habe schon in einer meiner ersten Erklärungen gesagt: „Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schiefen Kämpfen entgegen über die Taktik, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders entschieden werden, als in der Fraktion. (Sehr richtig!) Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Fraktion trifft.“ Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir ihnen die Resolution mit der Würdigung, die ich zu Anfang verlesen habe, vorgelegt. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, diese Resolution betrachten und beurteilen zu wollen. Und wenn Sie glauben, daß die Resolution das ausdrückt, was ausgesprochen werden muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (Aufe: Einstimmig!) zu, und ich bin überzeugt, wenn diese Nichtstun gegeben ist und wenn die andren Wahregeln ergriffen sind, die notwendig sind, um künftige Arbeit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten: dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren stolzen Siegeslauf weiter fortsetzt und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen vertagt. Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von Genossen aus der Geistliche Grabowsee. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Zum Wahlkravall in Laurahütte.

Beuthen, 17. September. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Verhandlung des Laurahütter Wahlkravalls vor der Beuthener Strafkammer begründet der Staatsanwalt Zippert in dreifündiger Rede die Schuldfrage. Seine Anträge lauten: Vier Angeklagte freizusprechen, fünf Angeklagte zu je 3 Jahren Gefängnis, 17 Angeklagte zu je 2 Jahren, sieben Angeklagte zu je 1 Jahr, sechs Angeklagte zu je 6 Monaten, einen Angeklagten zu 5 Monaten, vier Angeklagte zu je 4 Monaten, einen zu 3 Monaten, vier Angeklagte zu je 2 Monaten, elf Angeklagte zu je 6 Wochen, fünf Angeklagte zu je 1 Monat Gefängnis. Die beiden Korfanths hat der Staatsanwalt mit je 2 Jahren bedacht. Die Waidohers der Verleibiger, welche zum großen Teil für Freisprechung eintraten, waren 6 1/2 Uhr abends beendet. Rechtsanwalt Herrnschadt forderte die Freisprechung sämtlicher jugendlichen Angeklagten wegen mangelnden Strafbewußtseins. Rechtsanwalt Seyda schloß seine Rede mit den Worten: „Der Staatsanwalt wies als straffähig auf die Verleugungen der Beamten hin; nun auf seiten der Beamten waren Verleugungen, welche schnell geheilt sind, auf seiten der Arbeiter zwei Tote.“ Herrnschadt verwies nachdrücklich auf den unstimigen Feuerlärm, der einen großen Teil der Schuld trage. Während der eindrucksvollen Rede des Rechtsanwalts Reumann wurde ein großer Teil der jugendlichen Angeklagten. Das Urteil wird Sonnabendnachmittag 3 Uhr verlesen. Die vom Staatsanwalt beantragten Strafen betragen zusammen etwa 64 Jahre Gefängnis.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Demission Chamberlains. London, 17. September, 10 Uhr abends. (B. L. B.) Der Minister Chamberlain und Ritchie, sowie der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton haben demissioniert.

Chemnitz, 17. September. (B. L. B.) Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Verwalter des Haltepunktes Buchholz bei Annaberg, Reinhardt, der angeklagt war, das Eisenbahngelände auf dem Haltepunkt Buchholz am 24. Juli, bei dem 5 Personen getödtet und eine Anzahl verletzt wurden, verurteilt zu haben, zu 6 Monaten Gefängnis, davon wurden 6 Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dresden, den 16. September.

(Schluß der Nachmittags-Sitzung vom Mittwoch.)

Es folgt der Teil des Vorstandsberichts, der sich auf die polnische Frage bezieht.

An Stelle von Pfannkuch referiert

Bericht: In München wurde uns u. a. der Auftrag, eine Verständigung mit dem Vorstande der polnischen Sonderorganisation herbeizuführen. Es ist Ihnen gewiß noch erinnerlich, daß damals in Oberschlesien sowohl von Seiten der deutschen als auch der polnischen Genossen Kandidaten aufgestellt waren, und es bestand die Gefahr, daß Socialdemokraten gegeneinander kandidieren würden. Der Parteivorstand ist dem Auftrage nachgekommen, aber die Verhandlungen haben zu einem negativen Ergebnis geführt, unser Verhältnis zur polnischen Bruderpartei ist dasselbe wie aller anderen Bruderparteien gegenüber. Nun ist von Seiten der polnischen sozialistischen Partei ein offener Brief an die deutsche Socialdemokratie gerichtet, worin dem deutschen Parteivorstand die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen aufgebürdet wird. Das nötigt mich, mit einigen Worten auf den Gang der Verhandlungen einzugehen. Auf unsere Anregung fand am 19. Oktober eine Konferenz statt, in der wir uns über die Mittel und Wege zu einer Einigung aus sprachen. Von Seiten des deutschen Parteivorstandes wurden bezüglich der Organisation folgende Vorschläge gemacht: Anerkennung der polnischen Organisation unter der Voraussetzung, daß die polnische Organisation die Agitation und die Organisation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands zu betreiben hat. Zugehörigkeit der polnischen Organisation zu der Gesamtpartei Deutschlands. Anerkennung des Parteiprogramms und der Parteinstanzen. Delegation zum deutschen Parteitag nach den Vorschriften des Organisationsstatuts. Zulässigkeit der Selbstbildung innerhalb der einzelnen Parteiorde. Ueber diesen Vorschlag wurde keine Einigung erzielt, die polnischen Genossen stellten Forderungen, die wir ohne Änderung des deutschen Organisationsstatuts nicht erfüllen konnten. Dazu aber haben wir kein Recht, wir können den polnischen Genossen keine anderen Rechte einräumen als anderen Landesorganisationen in Deutschland. In Bezug auf die Presse machten wir folgenden Vorschlag: Ein polnisches Organ, redigiert nach den unter Organisation gestellten Forderungen, Errichtung einer Preiskommission, in die ein Vertrauensmann des Parteivorstandes delegiert wird. Hierüber entstand keine Differenz. Die letzte und schwierigste Aufgabe war die Verständigung über die Reichstagskandidaturen. Da hatte der deutsche Vorstand folgende Vorschläge aufgestellt: Aufstellung der Reichstagskandidaturen durch die organisierten Genossen der einzelnen Wahlkreise. Wir hielten uns also streng im Rahmen unserer für alle Genossen geltenden Organisation. Die polnischen Genossen verlangten zunächst, der Genosse Winter dürfe unter keinen Umständen mitkandidieren. Dazu unsere Zustimmung zu geben, haben wir und geweigert, weil wir nicht in die Rechte der einzelnen Kreise eingreifen wollten. Wir haben vielmehr gefordert, daß wenn der Wahlkreis Weichen-Tarnowitz Winter aufstellt, Winter auch anerkennen ist. Es kam zu keiner Einigung, die Konferenz ist resultatlos verlaufen. Der deutsche Parteivorstand sagte dann das Ergebnis der Verhandlungen in einem Protokoll kurz zusammen und stellte es den Beteiligten zu. Wir forderten auch den polnischen Parteivorstand auf, sich zu erklären, ob er weiteres Entgegenkommen zeigen wolle. Bezüglich der Reichstagskandidaturen hatten die polnischen Genossen gefordert: In den polnischen Landesteilen, wo in den einzelnen Wahlkreisen die polnische Bevölkerung nach der letzten Volkszählung die Majorität ausmacht, werden in der Regel nur solche Genossen als Kandidaten aufgestellt, die deutsch und polnisch sprechen, wenn solche vorhanden sind. In dem Protokoll ist nun ein Irrtum unterlaufen. Wir haben nicht, wie es dort heißt, diesen Vorschlag in vollem Umfange acceptieren wollen, wir waren nur bereit, die Forderung der polnischen Genossen zu erfüllen, daß in den Bezirken mit gemischt-sprachiger Bevölkerung, wenn irgend möglich, Kandidaten aufgestellt werden sollen, die beide Sprachen sprechen, wir wollten aber in dieser Hinsicht keinen Zwang und wollten vor allem nicht, daß das Ergebnis der letzten Volkszählung zu Grunde gelegt wird, sondern daß den organisierten Genossen freie Hand gelassen wird. Gestützt auf unser Protokoll, das einen Irrtum enthält, nahm nun der polnische Parteivorstand die Leitfrage an und auf derselben Grundlage gelangten die Einigungsvorschläge auf dem polnischen Parteitag zur Annahme. Wir sagten uns: Das trifft nicht zu, ein solches Zustandnis haben wir nicht gemacht, wir können und dürfen es auch nicht machen, es liegt ein Irrtum vor. Weiter kamen unsere Genossen aus Oberschlesien und sagten: Wenn die polnischen Genossen auch erklären, daß sie das Erfurter Programm anerkennen, so haben sie doch früher Beschlüsse gefaßt, die für sie bindend sind, die aber mit dem Erfurter Programm nicht zu thun haben, sondern Dinge berühren, die uns als Socialdemokraten nichts angehen. Die Beschlüsse betreffen die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates. Um die Gemüter zu beruhigen, habe ich dann im Auftrage des Vorstandes ein Rundschreiben an die Kantonskomitees von Breslau, Posen und Oberschlesien gerichtet. Dies Rundschreiben ist in dem offenen Brief des polnischen Parteivorstandes auszugswise wiedergegeben. Es ist ein Irrtum, wenn dasselbe als eine Erklärung des Parteivorstandes bezeichnet wird; es war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern lediglich zur Information unserer Genossen in den in Frage kommenden Bezirken. In diesem Rundschreiben habe ich im Auftrage des Parteivorstandes, der es vom ersten bis zum letzten Wort gebilligt hat, unsern Genossen gesagt: Was beunruhigt Ihre Euch denn? Wenn die polnischen Genossen unser Programm anerkennen, dürfen sie kein Nebenprogramm haben. (Sehr richtig!) Das wäre ja wider Treu und Glauben. Alles, was vorher beschlossen ist, ist dann null und nichtig. Und, fügte ich hinzu, soviel Vertrauen müssen vertragschließende Teile zu einander haben. Wenn wirklich die polnischen Genossen uns über den Vöbel barbieren wollten, dann würde das ja sehr bald erkannt werden, und dann wären wir mit ihnen fertig. Aber zunächst bauen wir auf Treu und Glauben! In diesem Rundschreiben, das die selbstverständlichen Dinge von der Welt enthält, erschließen die polnischen Genossen einen Wechsel unserer Bestimmung. Das ist um so merkwürdiger, als wir ihnen gegenüber stets den Standpunkt vertreten hatten, daß wir uns auf national-polnische Bestrebungen grundsätzlich nicht einlassen können. Aus diesen Grunde hatten wir ihnen ja auch die „Gazeta Robotnicza“ entzogen, weil da Dinge vertreten wurden, die mit unserem Programm nicht zu thun haben. Also die polnischen Genossen waren sehr genau unterrichtet, welche Stellung der Vorstand einnehme. Sie konnten unmöglich annehmen, daß wir unsere Bestimmung ihnen gegenüber gewechselt hätten. So lagen die Dinge bis zu jener Konferenz. Nun sind aber die Warnungen der Genossen aus Oberschlesien und Posen nicht ein drucklos an uns vorübergegangen. Treu und Glauben in allen Ehren; aber besser ist doch eine schriftliche Abmachung. Die polnischen Genossen wurden zu einer Schlußkonferenz eingeladen, wo der gegenseitige Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte. Die Beschlüsse wurden protokolllarisch festgestellt und im „Vorwärts“ abgedruckt. Nur der Vorbericht halber wurde das Nebenprotokoll noch aufgenommen. Ich kann zugeben: das Ding sieht verdächtig aus (Sehr richtig!); aber es sieht schlimmer aus, als es ist. Freilich muß es den Eindruck machen, als seien hier Dinge vorgegangen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Nach Lage der Sache aber blieb uns kein anderer Weg offen.

Unter den deutschen Parteigenossen sind die einzelnen Landesorganisationen wie eine Familie, die Gesamtpartei ist jederzeit in

der Lage, die Handlungen der einzelnen Landesorganisationen zu kontrollieren und wenn Fehler vorkommen, ein ernsthaftes Wort einzulegen. Das haben wir auf unsern Parteitagen oft erlebt. Ich erinnere nur daran, wie Vebel den Badenern den Kopf gewaschen hat. Diese Möglichkeit aber fehlt gegenüber den polnischen Genossen. Mit wenigen Ausnahmen sind die deutschen Parteigenossen außer Stande, die Handlungen der polnischen Partei zu kontrollieren und ihre Beschlüsse zu verfolgen. Nach alledem, was gerade in der polnischen Agitation bisher geschehen ist, war dringende Vorsicht geboten. Sollte die deutsche Partei sich Opfer auflegen für Dinge, von denen sie gar nichts weiß und die sie eventuell gar nicht verhindern kann? Bei der großen Verantwortlichkeit, die wir da zu tragen hätten, entschlossen wir uns zu dem Nebenprotokoll. Ich kann mir ferner denken, daß es eine Behörde sonderlich gelassen mag, der polnischen Organisation einen Vorstoß an den Hals zu hängen. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn die deutsche Socialdemokratie darin verwickelt ist. Wir sprechen den polnischen Genossen ausdrücklich das Recht zu, im Rahmen des Beschlusses des Londoner Kongresses zu handeln. Die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung wird von uns und ist von uns jederzeit auf das entschiedenste bekämpft worden. Die polnische Nation hat gar keinen besseren Verteidiger als die Socialdemokratie. (Sehr richtig!) Diese unsere Stellung werden wir nicht aufgeben, aber es ist etwas anderes, ob da nebenher noch Bestrebungen laufen, die mit der Arbeiterbewegung nicht nur nichts zu thun haben, sondern sie sogar gefährden und hemmen können. Dazu wollten wir unsere Hand nicht bieten. Abgesehen von der Form, die im ersten Augenblick anstößig erscheinen kann, ist unser Verhalten durchaus loyal gewesen. Wir wollen nur die Gewissheit haben, daß in einer Organisation, die wir nicht kontrollieren können, nicht Dinge geschehen, die wir nicht verantworten können. Wir glauben vollkommen korrekt gehandelt und die Interessen sowohl der polnischen Arbeiter, als der Partei waltgenommen zu haben. Wenn irgendwer, so können wir einen Vorwurf erheben. Die ganzen Verhandlungen wären nicht nötig gewesen, wenn die Genossen uns von vornherein erklärt hätten: In erster Linie kommt bei uns das Nationalgefühl. Aber gerade darüber haben sie uns hinweg zu täuschen gesucht. Wir glauben, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. (Weisfall.)

Hänisch-Dortmund: Für eine ausgedehnte Polendebatte dürfte hier keine Stimmung vorhanden sein. Deshalb nur einige wenige Bemerkungen, die ich aber machen muß als Vertreter eines Wahlkreises des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, wo eine zahlreiche polnische Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, mit der wir in gutem Einverständnis leben wollen. Die Thatsachen, die in dem offenen Briefe der polnischen Partei mitgeteilt sind, haben auf mich einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. (Sehr richtig!) Aus dem Ton dieses Briefes geht hervor, daß von Seiten der Polen alles versucht ist, eine Verständigung zu erzielen, der Brief ist in sehr sympathischen Ton gehalten. (Widerpruch!) Das peinlichste ist für mich das Nebenprotokoll, das ja Bericht schon erwähnt hat; es scheint danach, als habe unser Parteivorstand etwas von den bürgerlichen Diplomaten gelernt. Es wird da verlangt, der polnische Parteivorstand solle erklären, daß sein Sonderprogramm besteht. Das ist nicht nötig, denn das, was im Sonderprogramm stehen soll, ist ja bereits im Erfurter Programm enthalten. Es fragt sich nur, ob von polnisch-socialdemokratischer Seite eine chaotische Propaganda betrieben wird, die mit unsern Grundsätzen nicht im Einklang steht. Das wird von der einen Seite behauptet, von der anderen bestritten. Leider verfahren die meisten von uns nicht polnisch, wir sind auf die Uebersetzungen aus der polnischen Presse angewiesen. Nach dem, was Dr. Gumplowicz mir zur Verfügung gestellt hat, beurteilt die „Gazeta Robotnicza“ den Chaotismus aufs Entschiedenste. Ich stehe in der polnischen Frage noch heute auf dem Standpunkt von Marx und Engels, dem Standpunkt, dem auch Liebknecht in Hamburg unter ähnlichem Vorbehalt Ausdruck gegeben hat, als er sagte: Wir dürfen unter unsern polnischen Genossen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso gerechtfertigt halten, wie die jedes andern Volkes. (Weisfall.)

Kaheisenstein: Parteigenossen! Ich will nicht eingehen auf die inneren Streitigkeiten unser polnischen Genossen. Ich will nur hinweisen auf einige Punkte, in denen meiner Uebersetzung nach der Parteivorstand in dieser Frage nicht den Parteigrundsätzen entsprechend gehandelt hat. In dem Nebenprotokoll, das Genosse Hänisch hier angezogen hat, wird den polnischen Genossen zugemutet, auf die Wiederherstellung eines nationalen polnischen Staates zu verzichten. Unser Parteiprogramm stellt den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker und der Selbstbestimmung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinden an. Dazu gehört natürlich auch das Recht der nationalen Selbstbestimmung, und dazu hat der Parteivorstand sich in Gegensatz gestellt. Das Nebenprotokoll verweist die polnischen Genossen auf die vom Internationalen Kongress 1896 angenommene Resolution betreffend das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Wohl in diesem Beschlusse heißt es: „Der Kongress erklärt, daß er für jedes Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder andern Despotismus leidet.“ Welcher Unterschied besteht zwischen diesem „Eintritt“ und dem „Fördern“ des nationalen Staates, das hier den Polen unterlag werden soll? Wer würde von unsern armenischen Genossen etwas verlangen, daß sie für alle Zeiten den türkischen oder arabischen Despotismus anerkennen? (Zustimmung.) Und, von Einzelheiten abgesehen, im Grunde ist der preussische Despotismus in Polen, der den deutschen Namen zur Uebersicht gereicht, um nichts besser. Wir stehen doch nicht auf dem Boden der Wiener Kongresse. So gut wir den Landesorganisationen volle Selbständigkeit in Fragen einräumen, die Landesangelegenheiten sind, so gut haben wir auch die nationalen Selbstbestimmungsbestrebungen gelten zu lassen. Dafür trägt die Gesamtpartei keine Verantwortung. Es genügt, wenn wir die Polen zur nötigen Klugheit und Besonnenheit veranlassen. Der zweite Punkt betrifft die Forderung der Polen, die man ihnen erst zugefunden und dann abgeschlagen hat, daß in überwiegend polnischen Kreisen die Kandidaten nach Möglichkeit der polnischen Sprache mächtig sein sollen. Man greift sich an den Kopf, daß derartige erst gefordert werden muß. Unsere Kandidaten sollen doch Vertrauensmänner der Arbeiterklasse sein, die man mit Recht tabelt, wenn sie sich dem Verlechte mit ihren Wählern entziehen. Wie sollen sie das sein, wenn sie nur durch Dolmetscher mit ihnen verkehren können? Daß die Polen ihre nationalen Forderungen mehr in den Vordergrund stellen, müssen wir, die unter nationalen Bedingungen nicht leiden, doch verstehen. Es handelt sich hier nur um eine Frage der Gerechtigkeit, die zugleich in Säule und Kaserne wie vor Gericht eine wichtige materielle Frage ist.

Von polnischer Seite erfuhr ich, daß die Haltung des Parteivorstandes unsern Genossen in Oberschlesien die Agitation erschwert hat und sie überall der chauvinistisch-demokratischen Partei des andauernden Kleinbürgertums gegenüber in eine schwierige Lage bringt. Wir dürfen zu der grundsätzlichen Haltung des Parteivorstandes volles Vertrauen hegen. Darum hoffe ich, daß er auch in dieser Frage den Grundsätzen der Partei und der Gerechtigkeit künftig Rechnung tragen werde. (Weisfall.)

Lebedour-Berlin: Ich bin mit den beiden Vordemern durchaus einverstanden und will ihre Ausführungen nur durch einige wichtige Thatsachen ergänzen. Wie kam der Vorstand überhaupt zu seiner Forderung des vollständigen Verzichts auf irgend welche nationale Selbständigkeit Polens? Ursprünglich hatte sie der Vorstand gar nicht gefaßt; er hatte aber außer der Polnisch-Socialistischen Partei noch die Gruppe Rosa Luxemburg eingeladen und diese Gruppe war es, die folgende Forderung an die polnischen Socialisten stellte: Als Programm der Partei gilt das Erfurter Programm; die Propaganda der

Unabhängigkeit des polnischen Staates kann nicht als bindender Programmpunkt gelten und in der Agitation betätigt werden. Diese Forderung wäre, wenn sie so angenommen worden wäre, ein Schlag ins Gesicht der polnischen Socialisten in der ganzen Welt gewesen. (Sehr richtig!) Der Vorstand läßt sich von der Genossin Luxemburg in dieser Weise beeinflussen, weil er selbst die Verhältnisse nicht genügend kennt, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Da wird denn die Genossin Luxemburg gerufen, aber sie kommt von selbst, und auf die Information dieser Genossin hin, die eine ausgeproben Feindin der polnischen Organisation ist, nimmt er dann Stellung und beschließt über die Schritte, die zur Einigung mit dieser Organisation führen sollen. Ich bin fest überzeugt, daß das Scheitern der Einigung nur auf die Genossin Luxemburg zurückzuführen ist. Allerdings hat der Vorstand die Forderung der Genossin Luxemburg wenigstens abgeklärt, indem er statt der „Unabhängigkeit des polnischen Staates“ „Wiederherstellung Polens“ setzte, das so ausgelegt werden kann, als ob man sich nur gegen die Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Polen wende, das auch ein Gewaltstaat schlimmster Art war. Die Genossin Luxemburg thut aber so, als ob die Polen überhaupt nicht auf nationale Selbständigkeit in irgend welcher Zukunft rechnen und danach streben dürften. Die polnischen Socialdemokraten wären Schiffe, wenn sie diese Forderung nicht zu eigen gemacht hätten. (Sehr richtig!) Aber wie kommt der Vorstand dazu, die Gruppe Luxemburg zu diesen Verhandlungen überhaupt einzuladen? In Lübeck stellte es die Genossin Luxemburg ja so dar, als ob sie die Mehrheit der polnischen Genossen vertrete. Das ist ein bodenloser Schwundel, und das will ich beweisen! Und diesen Beweis habe ich nicht von den polnischen Genossen, sondern von den deutschen Genossen in der Provinz Posen, wenigstens einem Teil derselben. Es handelt sich um eine Revision bei der „Gazeta Ludowa“, des Organs der Gruppe Luxemburg, das von der Partei im vergangenen Jahre mit 2000 Mark unterstützt worden ist. Leider hat der Vorstand es verümt, sich über dies Blatt genügend zu informieren; erst jetzt soll die Unterstützung der Zeitung aufhören. Ueber diese Revision habe ich folgenden Brief erhalten: „Zur Information teile ich Ihnen unterzeichnete Revisionskommission ergebnis mit, daß dieselbe bei der von ihr vorgenommenen Revision der Bücher der „Gazeta Ludowa“ festgestellt hat, daß das genannte Blatt nur ca. 40, genau 37 zahlende Abonnenten zählt. Mit Parteigruß (folgen Namen).“

Dieser Brief beweist, daß die sog. Gruppe der „Gazeta Ludowa“ gar keine Bedeutung hat. Die Thatsache, daß dies in der Zahlzeit, wo alle andern Blätter anshwellen, bis auf 37 Abonnenten zusammengeschrumpft ist — anfangs soll es etwa 100 gehabt haben — beweist, daß die angeblich mächtige Organisation, die hinter der Genossin Luxemburg steht, nur in ihrer Phantasie lebt. So steht's mit Rasprezal u. Co. Ich glaube, daß der Vorstand künftig die Partei davon bewahren wird, alljährlich für jeden Abonnenten der „Gazeta Ludowa“ 70 Mark auszugeben. Das ist ein etwas zu teurer Preis dafür, daß die Genossin Luxemburg fortwährend die deutschen Genossen mit dem polnischen verhegen kann. Ich hoffe, daß wir heute das letzte Mal von Rasprezal u. Co. gehört haben.

Rosa Luxemburg: Falls irgend jemand nach den bisherigen Verhandlungen vielleicht den falschen Verdacht schöpfen könnte, daß in der deutschen Socialdemokratie der Gerechtigkeitsgott nicht genügend vertreten wäre, so würde er nach dieser kurzen Debatte auf das angenehmste enttäuscht sein. Ich war selbst sehr erfreut, so viele Verteidiger des angeblich unterdrückten polnischen Volkes, zu dem zu gehören auch ich die Ehre habe, hier zu finden. Nur habe ich nicht feststellen können, daß die Sachkunde auf derselben Höhe stünde wie das Gerechtigkeitsgefühl. (Weiterleit.) Hänisch stellt es so dar, als ob der offene Brief ein Zeichen des außerordentlichen Friedensbedürfnisses der polnischen Sonderorganisation sei. Ich habe genau dasselbe sagen müssen. Nun sagte ich mir auch — was sich Hänisch nicht sagen konnte, weil dies wahrscheinlich das erste Schriftstück ist, das er über diese Frage liest, während ich abseht alles kann und weiß, was darüber geschrieben ist —: Es ist doch merkwürdig, trotz soviel Liebe und Friedensbedürfnis ist diese Sonderorganisation vor zwei Jahren aus der deutschen Socialdemokratie ausgetreten! Trotz dieses Friedensbedürfnisses hat diese Sonderorganisation im vorigen Jahre gegenlandkandidaten gegen die deutschen Kandidaten in Oberschlesien aufgestellt! Trotz dieses Friedensbedürfnisses mußte der deutsche Parteivorstand sich in drei langandauernden Konferenzen mit diesen Organisationen plagen, um den unbedingt notwendigen Frieden in den polnischen Provinzen herzustellen. Es ist eben nicht alles so, wie es aussieht in den Schriften, mit denen man an den Parteitag kommt. Gewöhnlich ist von diesem Friedensbedürfnis sehr wenig zu hören, und das haben wir, die wir in jenen Gegenenden zu thun haben, auf das schwerste empfunden. Nach dem offenen Briefe und den Ausführungen der Verteidiger der polnischen Sonderorganisation mußten Sie den Eindruck gewinnen, als ob die polnische unterdrückte Nation von der deutschen Socialdemokratie unterdrückt würde. Wenn dieser Verdacht berechtigt wäre, so würde ich als Polin nicht, nur als Socialdemokratin, trotz aller Liebe, die mich in letzter Zeit mit dem deutschen Parteivorstand verbindet (Weiterleit), die erste sein, die die Fahne der Rebellion gegen den deutschen Parteivorstand erheben würde. (Erneute Weiterleit.) Aber wer sich ruhig und objektiv über die Vorgänge informiert hat, der muß zu der Uebersetzung kommen, daß niemand die Rechte, die Freiheit, die Selbstbestimmung und die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des polnischen Volkes verteidigt wie unsere Socialdemokratie. Wenn Lebedour Gelegenheit gehabt hat, in den letzten Jahren im Reichstag so schöne Reden zur Verteidigung meines lieben polnischen Volkes zu halten, so hat er damit nur einen Auftrag des Rainzer Parteitages ausgeführt. (Lebedour: Das habe ich gar nicht gewußt! — Weiterleit.) Nun, dann war es unbedeutend. (Große Weiterleit.) Es handelte sich um einen Antrag, der nach einer Begründung von mir angenommen wurde. Ich würde die Socialdemokratie beleidigen, wollte ich des längeren anführen, daß nur sie in ganz Deutschland der wirkliche Hort, die Verteidigung und der Schutz des unterdrückten polnischen Volkes ist. Aber nicht darum handelt es sich, ob wir die unterdrückten Polen schützen sollen, denn das ist selbstverständlich, sondern darum, ob die polnischen Socialisten zusammen mit den deutschen auf gemeinsamen Boden als eine Klassenpartei arbeiten sollen oder ob in der Agitation das nationale Moment in den Vordergrund gestellt werden soll. Es versteht sich für uns von selbst, daß jedes unterdrückte Volk das heilige Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit hat, aber wie viele schöne Rechte haben wir nicht! Jeder von uns hat z. B. auch das Recht, zu fliegen (Auer: Hinausfliegen!), aber ich kenne keinen Genossen, der davon Gebrauch macht, wenn man, wie z. B. Lebedour, sich auf ein Gebiet begibt, wovon man keine Ahnung hat und wo man in der Luft schwebt. (Weiterleit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir das Recht, sondern ob wir die Möglichkeit haben, etwas zu erringen, und gerade wir, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, müssen uns vor allem die Frage stellen, ob diese Aufgabe auf dem Wege der Wirklichkeit zum Socialismus liegt, ob sie sich in unsere allgemeinen Bestrebungen auf Emanzipation der Arbeiterklasse einfügt. Es kann nicht Aufgabe des Proletariats sein, neue Klassenstaaten zu schaffen, und wenn die Londoner Resolution von einem Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Nationen spricht, so hatte es in Auge das Recht der Selbstbestimmung in der socialistischen Gesellschaft, nicht aber die Schaffung eines neuen Klassenstaates auf kapitalistischem Boden. (Zustimmung.) Es könnte scheinen, als handelte es sich hier nur um eine Doktorfrage; in Wirklichkeit aber handelt es sich um etwas sehr Reales, um ein Moment, das uns in der Agitation stets störend entgegentritt. Auch

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich in ihrem Bericht an den Stuttgarter Kongress in demselben Sinne ausgesprochen. Da haben Sie den Beweis dafür... (Singer giebt durch ein Glodenschild zu verstehen, daß die Redezeit gleich abgelaufen ist). O Gott! (Große Heiterkeit). Ich bitte die Versammlung zu fragen, ob ich noch reden darf. (Lebedour ruft: Ich beantrage, die Redezeit für die Genossen zu verdoppeln. — Heiterkeit) — das ist ein Beweis dafür, daß auch die Gewerkschaften mit denselben Schwierigkeiten bezüglich der Polen zu kämpfen haben.

Und die gleichen Streitigkeiten finden sich in Rußland, wenn das nationale Sozialisten sind, dann sind es internationale Stänker. (Große Heiterkeit.) Lebedour verbreitet sich hier über die Polenfrage und dabei versteht er kein Wort polnisch, er hat auch weder mit mir, noch mit Wintler, noch mit Gogowsky gesprochen, um sich zu informieren. Ich würde ihm die Informationen gern geben. Denn ich würde lieber mit Lebedour arm in Arm gehen (Große Heiterkeit), um die Revisionisten in die Schranken zu fordern, als daß ich ihn zum Gegner habe. Er stützt sich nur auf ein paar Informationen von Stänkern, wie wir sie überall haben, wenn auch zum Glück nicht überall Lebedoure sind, die sich zum Schlichter dieser Stänker aufwerfen. (Heiterkeit und Weisheit.)

Ich schlage folgende Resolution vor:
„Der Parteitag erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes in den Verhandlungen mit der polnischen Sonderorganisation einverstanden und geht über die Angelegenheit zur Tagesordnung über.“

Lebedour (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, daß die Genossin Luxemburg nochmals zehn Minuten redet, damit sie sich über die 37 Abkommen der „Gazeta Ludowa“ ausspricht. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Singer: Ich muß nach der Geschäftsordnung diesen Antrag zur Abstimmung bringen, aber die Art, wie solche Anträge gestellt werden, trägt auch nicht sehr dazu bei, die doch sehr ernste Frage zu klären. (Zustimmung.) Genossin Luxemburg kennt die Geschäftsordnung; hat sie noch mehr zu reden, so hat sie das Recht, sich wieder in die Liste einzutragen zu lassen. Der Parteitag wird die Diskussion nicht eher schließen, als bis er glaubt, genügend informiert zu sein. Lebedour hätte gut, seinen Antrag zurückzuziehen. (Sehr richtig!)

Lebedour: Ich ziehe meinen Antrag zurück in der Voraussetzung, daß Genossin Luxemburg der freundlichen Einladung Singers folgt.

Singer: Schon bevor Lebedour sprach, war ein genügend unterstützter Schlußantrag eingebracht.

Abos Braun-Rinbrand begründet den Schlußantrag. Die Polenfrage könne man heute doch nicht lösen und der Parteitag sei in seinen Arbeiten noch weit zurück.

Abos-Dreslau spricht gegen Schluß. Bis jetzt haben nur Genossen gesprochen, die in den polnischen Gegenden ziemlich oder ganz unbekannt sind. Es wäre wünschenswert, daß noch diejenigen zu Worte kommen, die aus der letzten Wahl noch einiges mitzuteilen haben über das Verhalten der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

Hannoch: An Stelle des Genossen Gerlich, der gezwungen war abzureisen, um morgen einen Termin wahrzunehmen, habe ich das Schlußwort übernommen. Das Sachverhältnis wird hier immer so dargestellt, als wenn wir mit den Polen im Kampf lebten, als wenn ein tiefgehender Zwiespalt im Kampf auf Leben und Tod zwischen der deutschen und polnischen Sozialdemokratie entrant sei. So stehen die Dinge nicht. Wir stehen mit ganz denselben Gefühlen, wie wir jeder anderen Nation gegenüber stehen, auch den Polen und den Polen im eigenen Lande gegenüber. Wenn der Vorstand in München den Auftrag erhalten hat, eine Einigung herbeizuführen, so konnte das kaum einen anderen Sinn haben, als daß das frühere Verhältnis der Zusammengehörigkeit und Einheit zwischen den deutschen und den polnischen in Deutschland lebenden Genossen wieder herbeigeführt werden sollte. Diese Aufgabe suchen wir nach bestem Ermessen zu erfüllen, leider ist ihre Lösung nicht gelungen. Nun werden wir so hingestellt, als wenn wir Barbaren wären. Wir haben, als die Einigung nicht gelungen war, nach wie vor die aus der internationalen Solidarität sich für uns ergebenden Pflichten in vollem Umfange zu erfüllen gehabt und wir haben sie erfüllt. Man soll doch die Kirche im Dorf lassen. Wir haben die Einheit herzustellen gesucht, die Polen wollten sie nicht, sie meinten, sie müßten den Wettlauf mit den nationalen Großpolen aufnehmen. Wenn sie in dem Wahne leben, damit der Verbreitung des sozialdemokratischen Gedankens unter der polnischen Bevölkerung zu dienen, so sind wir anderer Meinung. In erster Linie ist es, meinen wir, notwendig, das Proletariat zur sozialdemokratischen Weltanschauung heranzuführen. (Zustimmung.) Wir werden der Partei stets am besten dienen, wenn wir das sozialdemokratische Prinzip als Grundlage der Organisation und Agitation nehmen. (Sehr richtig!) Nun wird auf das Nebenprotokoll hingewiesen und gesagt, das erinnere an die Gepflogenheiten bürgerlicher Ministerien. Warum haben wir denn eine besondere Bestimmung darin niedergelegt? Um den Polen, die der Meinung sind, sie müßten, um das polnische Proletariat zu erziehen, den nationalen polnischen Gedanken pflegen, nicht irgend welche Verlegenheit zu bereiten. Wir haben im guten Glauben gehandelt und Genosse Webel war es, der den glücklichen Ausweg dieses Nebenprotokolls fand, durch das die Polen nur erklären sollten, sie ständen in der nationalen Frage auf dem durch den Internationalen Kongress in London gefassten Beschluß. Ist das so ein unbilliges Verlangen? Nur ein geringes Entgegenkommen hätten die Polen zeigen müssen und das Mandat der Friedenskommission wäre erfüllt gewesen. Die Polen als gesondertes, gleichberechtigtes Glied innerhalb der deutschen Organisation ohne diese Bedingung zuzulassen, dafür übernehme ich kein Mandat. Nachdem die Polen so großen Wert auf den Namen: Polnisch-Sozialistische Partei gelegt hatten, sprachen wir in den Einigungsvorschlägen ganz allgemein von den polnischen Parteigenossen. Die Einigungsvorschläge sollten einem von sämtlichen Polen zu beschließenden Kongress vorgelegt werden, und der Kongress sollte souverän der Partei den Namen geben. Darauf eilte der geistige Leiter der Polen, Verfus, zu uns und sagte: Was ist das, warum steht in den Einigungsvorschlägen nicht der Name unserer Partei: „P. S.“? Wir erklärten, den Namen solle der Kongress der Partei geben. Nun war weiter mit den Leuten nichts zu machen. Die Bedingung des Nebenprotokolls ist das Mindestmaß, was von den Polen zu verlangen ist. Die Polen sind nicht von uns verprovoktiert, nicht an die Wand gedrückt und nicht gestellt worden. Früher waren sie ein integrierender Bestandteil der deutschen Partei, jetzt müssen wir uns mit der Thatsache abfinden, daß sie sich außerhalb dieses Rahmens gestellt haben. Wie auch eine Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich den Verpflichtungen der internationalen Solidarität nicht entziehen. Nur müssen wir die Polen jetzt ihre Anträge unterbreiten, wir sind nicht mehr eo ipso verpflichtet, für sie, als wenn sie zur deutschen Partei gehörten, zu sorgen. Noch auf eins will ich zum Schluß hinweisen. Nachdem die Polen sahen, daß wir auf unserm Beschluß bestanden, wonach nur organisierte Genossen das Recht hätten, einen Reichstagskandidaten zu nominieren, und nicht die Bevölkerung eines Kreises, was ja schon zu den wunderbaren Erfahrungen geführt hat, gaben sie in dieser Hinsicht nach, und als die Mandate zur Verteilung gelangt waren, hat die deutsche Partei als die kapitalistischere sich sofort bereit erklärt, auch für die polnischen Kreise zum großen Teil die Wahlkosten zu tragen. Wir haben gethan, was die Parteipflicht erfordert, deshalb ist der Antrag Luxemburg vollkommen berechtigt und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Zustimmung.)

Vors. Singer: Wir haben nun noch die Diskussion mit Wagenstein zu Ende zu führen. Wagenstein hat gemeint, daß über den Antrag Luxemburg, weil er nicht diskutiert worden sei, auch nicht abgestimmt werden könne. Er hat dabei wohl an den Antrag Luard und meine Ansicht darüber gedacht. Aber da lag die Sache ganz anders. Ich habe nie behauptet, daß über einen nicht zur Diskussion gestellten Antrag nicht beschlossen werden könne. Ich habe nur bei dem Antrag Luard darauf aufmerksam gemacht, daß es wunderbar wäre, wenn über einen solchen Antrag zuerst abgestimmt

würde. Das ist doch ein Unterschied. Hier liegt nur ein Antrag vor, der unter Billigung des Vorstandes des Vorstandes vorschlägt, zur Tagesordnung überzugehen. Darüber können wir ohne weiteres abstimmen.

Die Abstimmung wird vorgenommen und ergiebt die Annahme des Antrags Luxemburg.

Lebedour bittet um die Gegenprobe.

Singer: Wenn das Bureau einig ist, haben wir keinen Anlaß, die Gegenprobe vorzunehmen. (Heiterkeit.)

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Donnerstag 9 Uhr verlagert.

Die Genossen Baplow, Efftinge und Beck erklären zu Protokoll, daß sie für den Antrag 7 nicht gestimmt haben, weil er nicht weitgehend genug sei.

Schluß 7 1/4 Uhr.

Vierter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Dresden, den 17. September 1903.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Kadon.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Kadon mit, daß das Graudenzener Mandat von Schwarz nunmehr vom Vertrauensmann und vom Bureau der betreffenden Versammlung bestätigt worden sei.

Das Mandat wird debattenlos für gültig erklärt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung kommt:

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 60—88, Resolution 100, Antrag 121 und das Amendement 131 zu Antrag 85a vor. Antrag 86*) ist zurückgezogen.

60. Parteigenossen in Marburg: Das Verhalten der Reichstags-Fraktion zur Regierung hat überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unserer Partei zu entsprechen.

70. Parteigenossen in Stettin: Die Fraktion hat thunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach das Koalitionsrecht so ausgebaut wird, daß es von Gerichten und der Polizei nicht mehr angetastet werden kann.

71. Parteigenossen in Eberfeld: Die Fraktion wird beauftragt, in der kommenden Session des deutschen Reichstages unverzüglich die Anträge auf Vereinfachung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen und die Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes zu wiederholen.

72. Parteigenossen in Berlin I: Die Reichstags-Fraktion wird mit der Einleitung einer planmäßigen Propaganda gegen den Militarismus durch Einbringung eines Gesetzentwurfs beauftragt, unter besonderer Betonung folgender Forderungen:

a) Abschaffung der Militärjustiz und des Militär-Strafrechts.

b) Anerkennung des Rechts auf Nothwehr gegen Mißhandlungen.

c) Allgemeine einjährige Dienstzeit.

73. Parteigenossen im zweiten württembergischen Wahlkreis: Die Reichstags-Fraktion möge in möglicher Kürze dem Reichstage für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens durch Schaffung einer Reichs-Betriebsgemeinschaft und für eine Verbilligung der Personentaxe eintreten.

74. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Die Fraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Reichstagswahlen künftig am Sonntag stattfinden.

75. Parteigenossen in Kassel: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird ersucht, nach Thunlichst dafür Sorge zu tragen, daß die Mandatsprüfungen der Abgeordneten wo nicht vor Eintritt in die meritorischen Verhandlungen, so doch wenigstens nach Beendigung des ersten Jahres nach dem Zusammentritt erledigt werden.

76. Parteigenossen in Jüterbog: Die Fraktion soll einen Antrag einbringen, wonach denjenigen Abgeordneten, deren Wahl von der Wahlprüfungs-Kommission beanstandet wird, bis zur endgültigen Entscheidung Sitz und Stimme im Reichstage aberkannt wird.

77. Parteigenossen in Elbing, Hildesheim und ersten hannoverschen Wahlkreis: Die sozialdemokratische Fraktion hat dahin zu wirken, daß die Regierungen bei künftigen Wahlen eine einheitliche Form über die Beschaffenheit der Wahlurnen anordnen.

78. Parteigenossen in Elbing: Die Wahlurnen müssen verschließbar sein. Die Stimmen werden nach Beendigung des Wahlaftes nicht gezählt, sondern die verschlossene Urne wird an den Wahlkommissar eingeliefert, der dann das Ergebnis des ganzen Kreises feststellt.

79. Parteigenossen in Flensburg: Einen Antrag zu stellen, der den Behörden die Pflicht auferlegt, jedem Abgeordneten eines Wahlkreises — einerlei, welche politische Parteirichtung derselbe auch vertritt — zwecks Vereinfachung seiner parlamentarischen Thätigkeit passende Versammlungslokale zur Verfügung zu stellen.

80. Parteigenossen in Eberfeld: Bei den kommenden Novellen zur sozialen Versicherungs-Gesetzgebung ist energisch dafür einzutreten, daß alle im Interesse der Versicherten geschaffenen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten.

81. Parteigenossen in Essen: Es ist für eine wirksame Bekämpfung der Dummheit durch gesetzliche Maßnahmen im Reichstage einzutreten.

82. Parteigenossen im Wahlkreis Straßburg-Land: Bei Beginn der nächsten Legislaturperiode einen Antrag auf Einführung des gesetzlichen Jehntundentages zu stellen und mit aller Kraft auf die Erlangung dieses vorläufig erreichbaren Zieles hinzuwirken.

83. Parteigenossen in Bremen, Eberfeld und Bromberg: Es sei die Agitation für den Künftigen Tag in Zukunft energischer als bisher zu gestalten; es ist erforderlich, daß die Reichstags-Fraktion in Wäde mit einem die Einführung des gesetzlichen achtstündigen Normal-Arbeitstages bezweckenden Gesetzentwurf hervortritt und im Reichstage mit aller Energie für dessen Realisierung Sorge trägt.

84. Parteigenossen in Kassel: Die Reichstags-Fraktion ist verpflichtet, für die verschiedenen Häuser der Socialgesetzgebung Kommissionen einzusetzen, welchen die Aufgabe zufällt, das dazu erforderliche Material zu sichten und zu verarbeiten.

85. Die Parteigenossinnen in Berlin, Dresden IV., V., VI. Kreis, Eberfeld, Eßlingen, Eichlingshofen, Glauchau, Görlitz, Plauen a. E., Halberstadt, Jserlohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Auheim, Leipzig, Ohrdruf i. Th., Oberreichenbach i. W., Augsburg, Raumburg, Kreis Nieder-Barnim, Magdeburg, Mülhausen i. El., Quedlinburg, Reichenbach i. W., Stralsund, Kreis Teltow-Beeslow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel:

Die Reichstags-Fraktion möge energisch eintreten für:

1. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für alle erwachsenen Arbeiterinnen, der durch eine sukzessive Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn beziehungsweise neun Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann;

für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximal-Arbeitszeit auf vier beziehungsweise sechs Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf achtzehn Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungs-Unterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungs-Unterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind;

für alle Arbeiterinnen die Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Freigabe des Sonnabendnachmittags.

2. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.

3. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.

Gesetzliche Förderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten

Sämtliche Anträge finden ausreichende Unterstützung.

Berichterstatter Stadthagen:

Genossen! Es liegt ja ein so umfangreicher Bericht vor, daß ich mich auf einige Ergänzungen beschränken kann. Auf Seite 84 des Berichts wird unter den Fällen, die beweisen, wie gering der Schutz Deutscher im Auslande ist, wenn sie nicht das Glück haben, wohlhabend zu sein, folgendes mitgeteilt: „Ein Seemann mußte wegen schwerer Erkrankung in Sao Paolo zurückgelassen und sollte mit der ersten besten Gelegenheit nach § 48 der Seemanns-Ordnung kostenfrei zurückbefördert werden. Der mit 25 000 M. Jahresgehalt besoldete Konsul Schale in Sao Paolo gab dem Kranken folgende Anweisung an den Kapitän eines Hamburg-Altamerika-Dampfers: „Können Sie Ueberbringer gegen Erstattung der Futterkosten mit nach Hamburg nehmen oder eventuell als Steward oder sonst was beschäftigen?“

Es liegt hier eine Verwählung vor. Der genannte Konsul hat erklärt, er habe mit der Heimschaffung von Seeleuten nichts zu thun. Es handelt sich hier nicht um Konsul Schale, sondern um

Schäfen. Erlaß gesundheitsgefährlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.

4. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie entsprechend der Resolution des vierten Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart.

5. Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren.

6. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbeämtern.

7. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.

8. Verbot der Beschäftigung von Frauen acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen nach der Niederkunft bei Tot- und Fehlgeburten oder im Fall des Ablebens des Kindes.

Recht der Schwangeren auf kündigungsfreie Einstellung der Arbeit, soweit im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren.

Vereinfachung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgesetzten Schutzfrist gestatten.

Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch:

Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitgliederei.

Die Möglichkeit für die Durchführung dieser Bestimmungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung. Zusammenfassung der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat.

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

85a. Parteigenossen des Kreises Frankfurt-Lebus: In der nächsten Legislaturperiode dem Reichstage einen Antrag vorzulegen, der die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts auf die Frauen fordert.

87. Parteigenossen in Bromberg: Die Fraktion wird ersucht, den jüngsten Bromberger Landfriedensbruch-Prozeß mit seinem harten Urteil, sobald sich eine Gelegenheit bietet, im Reichstage zur Sprache zu bringen.

88. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Zur Bekämpfung der Lungenkrankheiten bringt die sozialdemokratische Partei im Reichstage nachstehenden Antrag ein:

Da die Seelust erwiefernermaßen von Salz geschwängert ist und dadurch desinifizierend auf die Lunge wirkt als Landluft, auch eine Kur in einem Seebade eine schnellere Besserung, auch nach Genesung größerer Widerstandskraft verleiht, — stellt die Reichsregierung die entsprechenden Mittel bereit zur Errichtung von Heilstätten auf den Inseln der Nord- und Ostsee sowie zum Bau von Krankenschiffen.

89. Parteigenossen im neunten badischen Wahlkreis, Berlin II, III, Radeburg, Würzen, Stettin, Hannover, Düsseldorf, XVII. sächsischen Wahlkreis, Stuttgart: Die Fraktion hat den Anspruch auf den Sitz im Präsidium des Reichstages zu erheben, jedoch nur ohne jede Uebnahme konventioneller Pflichten.

100. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Der Wahlsieg vom 16. Juni verpflichtet die Sozialdemokratie zu gesteigerten und vertieften Anstrengungen, um positiven Einfluß auf das Geschick der deutschen Politik zu gewinnen. Nicht nur in der Kritik der herrschenden Klassen und ihrer Politik, nicht nur in der Abwehr der volksfeindlichen Angriffe der Reaktion, auch nicht in der bloßen Verbesserung von Regierungsvorlagen und antegenden Anträgen erschöpft sich unsere Aufgabe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist durch das Vertrauen der Wähler zur beruflichen Gesetzgeberin des deutschen Volkes geworden. Je mehr die bürokratische Regierung für die Interessen der herrschenden Klassen in unfruchtbarer Hülfsarbeit oder dreisten und sinnlosen Angriffen wider die im Proletariat sich vollziehende notwendige geschichtliche Entwicklung versteinert, um so größer ist die Pflicht der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, die unermehliche Schöpferkraft des demokratischen und sozialistischen Prinzips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Eine solche Thätigkeit erzielt dreierlei: Sie bewirkt nützliche und bedeutsame Reformen, sie beugt die geistige Armeligkeit und gehässige Beschränktheit der Sachwalter der kapitalistischen Klassen und ihrer regierenden Agenten auf, sie zeigt endlich die Grenze und die Schranke, wo innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung entscheidende Verbesserungen unmöglich werden, und wirkt dadurch aufklärend über und für das sozialdemokratische Programm. Bis zu dieser Grenze und Schranke, von der wir noch weit entfernt sind, zu gehen und alles Mögliche wirklich zu machen, ist unsere Aufgabe in der Tagespolitik. — In diesem Zweck und zugleich im Interesse der Stärkung des Parlamentarismus selbst wird die sozialdemokratische Fraktion beauftragt, in Gestalt von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Situation in Angriff zu nehmen. Den einzelnen Gesetzentwürfen sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben, und es ist zu veranlassen, daß auch diese Begründungen, dem Branch anderer Parlamente gemäß, in die amtlichen Drucksachen des Reichstages aufgenommen werden; zugleich sollen Reichstags-Drucksachen zu möglichst billigen Preisen jedermann zugänglich gemacht werden, etwa nach dem Vorgange des „Reichs-Arbeitsblattes“. Von den Gegenständen, die in erster Linie durch solche positiven, eingehend begründeten sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Reichs-Finanzreform, Arbeiterfrage, Koalitionschutz-Gesetz, systematische Militärreform, Minister-Verantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz und Revision des Strafrechts.

121. Die Kreisversammlung des Wahlkreises Rolsberg-Röslin-Buhlig ersucht die sozialdemokratische Fraktion, dahin zu wirken, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Wahlkommissare angewiesen werden, die Wahlbezirke, namentlich auf dem Lande, nicht unter 300 Wähler einzuteilen.

Begründung: Durch die jetzt auf dem flachen Lande vorhandenen kleinen Wahlbezirke (oft 15 bis 20 Wähler) ist es den Durchbrechern des Wahlgeheimnisses mit bestimmter Sicherheit möglich, festzustellen, wie jeder Wähler abgestimmt hat. Infolgedessen wagen es namentlich die ländlichen Arbeiter nicht, so zu wählen, wie sie in Wirklichkeit wohl möchten, um nicht brotlos zu werden oder andre Unannehmlichkeiten zu haben. Durch das Zusammenlegen mehrerer kleiner Ortlichkeiten oder durch Angliederung an große Ortlichkeiten ist diese Möglichkeit wenn auch nicht ganz aufgehoben, so doch etwas abgemindert.

August Horn.

131. Zusatzantrag der Leipziger Parteigenossinnen zu Antrag 85a der Berliner Genossinnen: Die Reichstags-Fraktion möge mit derselben Energie eintreten: 1. für das vollständige Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren und 2. für eine Verkürzung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe der Forderungen der Münchener Frauen-Konferenz.

Dielle Vaader und 23 Genossen.

Einem Herrn Bonin aus Santos. Das macht aber nichts aus, da die Sache selbst vorgetragen ist. Ich habe diese Wichtigkeit der im Reichstag geführten Verhandlungen hier vorzunehmen. Es ergibt sich aber auch hieraus, daß unsere Seelen die im Auslande nötigen Schutz nicht erhalten.

Das trifft auch zu auf unsere Deutschen in den Kolonien. Mir ist hier eine Photographie eines deutschen Pflanzers zugefandt worden, die ihn zeigt, unmittelbar nachdem er ein Polizeigefängnis verlassen hat. Der Mann war in Samoa von Polizisten mißhandelt und geprügelt worden, wie auch Arbeiter in Deutschland von den Behörden in der ärgsten Weise drangsaliert werden. Wir sehen auf dem Bilde an dem Körper des Mannes noch die Spuren der erlittenen Behandlung. So geht es deutschen Reichsangehörigen in deutschen Kolonien. Im übrigen erfordert der Bericht keine weitere Ergänzung. Es ist ja für jeden fünfjährig und die ganze Gesetzgebung und Verwaltung zeigt in immer unerbittlicher Weise, wie der Kapitalismus bestrebt ist, das gesamte Staatsleben sich immer mehr dienstbar zu machen. Das haben ganz besonders deutlich die letzten Zollverhandlungen gezeigt, die Ihnen ja allen noch im Gedächtnis sind, wo man weder Recht noch Gesetz achtete, wenn man nur seine Zwecke durchsetzte. Aus diesem Streben des Kapitalismus rührt auch die fortgesetzte Verneinung von Militär und Marine her. Es ist ein Widerspruch, wenn andere Parteien auf der einen Seite für Militär und Marine schwärmen, auf der anderen Seite scheinbar Gegner der Volksunterdrückung sind. Das gilt auch für die Rechtspflege. Es wird verlangt, daß das Bromberger Urteil im Reichstag zur Sprache gebracht werden soll. Selbstverständlich wird das geschehen. Das Bromberger Urteil ist übrigens gar nichts Aussergewöhnliches, sondern nur ein Glied in einer langen Kette ähnlicher Urteile.

Wenn ich mich darüber verbreiten darf, was in der nächsten Session geschehen soll, so möchte ich vor allem vor der furchtbaren Ueberfälligkeit des Parlamentarismus warnen, wie sie in manchen Anträgen zum Ausdruck kommt. Das Wesentliche für uns muß immer die Revolutionierung der Geister bleiben. Ueberwachen wir nicht den Parlamentarismus! Bedenken wir, daß selbst wenn ein Gesetz zu Stande kommt, damit noch nichts erreicht ist, sondern daß es auf die Anwendung des Gesetzes ankommt! (Sehr richtig.)

Der nächste Reichstag wird sich vor allem mit den neuen Handelsverträgen zu beschäftigen haben. Ein Handelsvertrag, wie wir ihn verlangen müssen, darf keine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel enthalten und darf die Arbeitsgelegenheit nicht erschweren. Es fällt uns gar nicht ein, den Zolltarif als ein Instrument zu betrachten, das zur Verdrossung des Auslandes gebraucht werden kann; die Sätze sind so unsinnig, so unvernünftig, so zusammenhangslos, so brutal hoch, daß jede Regierung, wenn sie auch von dem Recht, unverständlich zu sein, noch viel mehr Gebrauch macht, als wir es sonst in Deutschland gewohnt sind (Weiterkeit), den Tarif außer Kraft setzen muß. Der Tarif ist eine Bedrohung des Inlandes in der krassensten Weise. Hand in Hand damit geht die Bedrohung der Arbeiterschaft, des Koalitionsrechts. Wir haben nicht nur abzureden, sondern zum Angriff vorzugehen, insbesondere den Maximal-Arbeitsvertrag und den Kaufmännischen zu verlangen, in der Art, wie wir es früher getan haben. Ich halte es aber nicht für richtig, der Fraktion vorzuschreiben, welche Punkte sie zuerst in Angriff nehmen soll. Die in dieser Hinsicht überflüssigen Anträge bitte ich deshalb abzulehnen. Ich gehe nun zu den einzelnen Anträgen über. Antrag 69 ist überflüssig. Ich warte ab, ob der Fraktion der Vorwurf gemacht werden wird, daß sie nicht überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unserer Partei in ihrem Verhalten im Reichstage entgegengetreten hat. Sollte das nicht gemeint sein, so wäre es besser, wenn der Antrag zurückgezogen würde.

Antrag 70 verlangt von der Fraktion, daß sie dem Reichstage thunlichst bald einen Antrag auf Ausbau des Koalitionsrechts einreichen soll. Das ist längst geschehen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Genossen uns mitgeteilt hätten, ob und was sie von untrer Thätigkeit zum Schutz des Koalitionsrechts anzusehen haben.

Was den Antrag 71 anbelangt, der von der Fraktion verlangt, daß sie unverzüglich die Anträge auf Vereinfachung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphe und auf Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes wiederholt, so muß ich sagen, daß die Fraktion auch ohne bestimmte Anregung diese Anträge von neuem eingebracht hätte. „Unverzüglich“ sind natürlich alle Anträge einzubringen.

Was Antrag 72 anlangt, so bedauere ich, daß er unterliegt ist. Sowie er vorliegt, bin ich ein entschiedener Gegner. Es ist mir unverständlich, warum wir die einjährige Dienstzeit verlangen sollen. Wir verlangen ein Mißverhältnis als einziges Mittel gegen die brutalen Mißhandlungen im Heere, wie sie selbst die launischste Phantasie kaum erfinden kann. Von dieser Forderung wollen wir nicht abgehen. (Zustimmung.) Die Soldatensoldatensoldaten sind ein Anker des bestehenden Systems, das das Militär zur Stütze der Klassenherrschaft gebraucht. Die eine reaktionäre Masse, mag sie nun freisinnig, konservativ sein oder zum Centrum gehören, benützt die Militärmacht zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ungerechtigkeit und der Ausbeutung. Die weiter verlangte Anerkennung des Rechts auf Nothwehr gegen Mißhandlungen ist überflüssig, weil ja dem Namen nach dies Recht im Strafgesetzbuch bereits anerkannt ist, allerdings in der Praxis ist es damit etwas anders. Die Forderung der Abschaffung der Militärjustiz und des Militärstrafrechts ist so selbstverständlich, daß ich mich wundere, daß dieser Antrag besonders gestellt ist.

Daß, wie Antrag 73 verlangt, eine Reichs-Eisenbahngesellschaft geschaffen werden soll, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren.

Die Anträge bezüglich der Wahl enthalten ja allerlei nette Wünsche. Nur täuschen Sie sich nicht in der Erwartung, daß unsere Fraktion die Macht habe, alle diese Anträge durchzusetzen. Sie sehen ja z. B., wie durch die Obstruktion der bürgerlichen Parteien die Wahlprüfungen immer mehr bis zum Schluss der Session verschoben werden. — Wie wir Antrag 79 erfüllen sollen, weiß ich nicht.

Dann sind dieselben Anträge über die Versicherungs-Gesetzgebung wiederholt, über die wir schon früher verhandelt haben. Auch die Forderungen der Frauen sind nicht neu. Seite 106 des Berichts ergibt, daß wir diese Forderungen im Reichstage schon gestellt haben. Ebenso erinnern die Anträge über Aenderung offene Thüren ein; das sind alles alte Forderungen von uns. Die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Frauen steht schon in unrem Programm. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir in Sinne dieses Programmpunktes agitatorisch vorgehen werden. Geben Sie sich aber nicht der Täuschung hin, daß wir da unsere Wünsche durchsetzen könnten. Der von dem Seeluckschwärmer gestellte Antrag 88 ist so doch nicht gut acceptabel. Selbstverständlich werden wir stets dafür eintreten, daß seitens der Regierung alles geschieht, was im Interesse der Volkshygiene notwendig ist. Mit solchen einzelnen herausgerissenen Punkten empfiehlt es sich für die Partei aber nicht, sich zu beschäftigen. Der Antrag 100, der von Tellow-Beckow gestellt ist, gehört ja auch hierhin. Der Antrag enthält sehr Vieles; auch hier ist aber zu sagen, daß wir schon bisher solche Gesetzentwürfe ausgearbeitet und als Initiativanträge eingebracht haben.

Ich möchte dringend bitten, falls Sie nachher diesen oder jenen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen, daß große Ziel niemals aus dem Auge zu lassen und auch die Agitation nicht zu vergessen. Verlieren wir uns nicht in Einzelheiten! Ich glaube, Sie können mit der Thätigkeit der Fraktion zufrieden sein. Nochmals betone ich: Ueberwachen wir nicht den Parlamentarismus! Erlahmen wir nicht in der Agitation und Organisation! Je mehr man versucht, das Wahlrecht durch einen Versuch der Verfassung trocken zu legen, den Reichstag herabzuwürdigen auf das Niveau einer Ständeverammlung, in der lediglich über den Profit der Besitzenden gesprochen und geschätzt werden darf, je mehr wir sehen, wie die nationale Arbeitskraft unterwühlt wird, die Ausländer herangezogen werden, um als Streikbrecher zu dienen, wie Polizei und Gerichte wüten, die Ausübung des Koalitions- und Vereinsrechts als etwas Strafbares, wo möglich mit Rückhalt zu bestrafen, desto mehr ist es Pflicht jedes einzelnen, auf die Agitation den Hauptwert zu legen. Konzentrieren wir unsere Kräfte, um zu zeigen, wie die Kapitalisten die Staatsgewalt an sich

reißen im Interesse des Profits und gegen das Interesse der Arbeiterklasse. Suchen wir fortzuführen in der Revolutionierung der Köpfe, suchen wir die Millionen und Leiber noch fernstehenden Arbeiter zu kassenbewußten Kämpfern zu erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet. Nichts giebt folgende Erklärung zu Antrag 69 ab: Die Marburger Genossen haben mit ihrem Antrag durchaus keinen Vorwurf gegen die bisherige Haltung der Fraktion beabsichtigt. Die Resolution sollte nur ein Wegweiser, ein Schild, aufgehängt vor der Vicepräsidenten-Kammer, sein mit der Aufschrift: Hier ist kein Eintritt! (Weiterkeit.) Da die Frage aber bei der Vicepräsidenten-Debatte behandelt werden wird, ziehe ich hier meinen Antrag zurück. (Bravo.)

Reit-Stuttgart: Ich bin mit der bisherigen Thätigkeit der Fraktion ebenso wie mit dem Programm ihrer künftigen Thätigkeit, das Städtischen eben entwickelt hat, durchaus einverstanden. Wenn ich trotzdem zu einer Specialfrage spreche, so thue ich es keineswegs in der Meinung, daß die Fraktion nur einen Antrag im Reichstag zu stellen braucht, um alle Fragen in unserem Sinne zu lösen. Ich will zu Antrag 73 sprechen, der sich auf die Reichs-Eisenbahngemeinschaft bezieht. Städtischen hat zu diesem Antrage nur ganz kurz gesprochen. So selbstverständlich, wie er sagte, ist die Sache aber wohl doch nicht. Wenn die Fraktion bisher in dieser Hinsicht keine entschiedener Thätigkeit entwickelt hat, so wohl deshalb, weil die Meinungen in der Fraktion über die Frage wesentlich auseinandergehen. Schon auf dem Parteitag in Mainz zeigte sich das. Es ist kein Zufall, daß die Anregung, diese Frage auf einem Parteitag zu behandeln, 1899 von Stuttgart ausgegangen ist. Seit einer Reihe von Jahren haben wir uns mit Fragen der Eisenbahnpolitik zu befassen. Eine Lösung dieses Problems können wir nur in der Reichs-Eisenbahngemeinschaft oder sei es auch nur in der Reichs-Betriebsgemeinschaft erblicken. Seit 1896 ist das heftige Dagegen dem preussischer angegeschlossen und eine Betriebsgemeinschaft geschaffen. Seitdem haben wir in Süddeutschland eine immer stärker werdende Agitation für die Ausdehnung dieser Gemeinschaft auf die andern süddeutschen Staaten. Unterstützt wird diese Agitation durch die rücksichtslose Eisenbahnpolitik Preussens gegenüber den süddeutschen Staaten. In Württemberg hatten wir kürzlich eine große Eisenbahndebatte, in der diese Dinge besprochen wurden. Besonders wurde auf die die süddeutschen Eisenbahnen schädigenden Verkehrsleitungen hingewiesen. Am weitesten ausgebildet sind diese Verkehrsüberleitungen in Baden, wo sie ja einfach zu machen sind, da die Lüge leicht über eisenbahnsicheres Gebiet geführt werden können. Es heißt denn auch schon, daß Baden müde sei und sich der preussisch-heftigen Eisenbahngemeinschaft anschließen wolle. Ich glaube noch nicht daran; wenn aber der Anschluss Badens an die preussisch-heftige Eisenbahngemeinschaft erfolgt, so ist Württemberg, wahrscheinlich auch Bayern und Sachsen, der preussisch-heftigen Gemeinschaft total ausgeliefert. Wollen wir das verhindern, so müssen wir eine Reichs-Betriebsgemeinschaft fordern. Da ich kein Klopffuß bin, so trete ich nicht dafür ein, daß die Fraktion die Ueberführung der Eisenbahnen in Reichsbefehl fordern soll. Der Vertrag der Eisenbahnen bei einer Reichs-Betriebsgemeinschaft mühte verteilt werden nach Maßgabe des Besitzanteils. Es wäre auch fraglich, ob wir die Zulassung der enormen Betriebsmaßnahmen aller Eisenbahnen an den Reichsadel fordern könnten, weil sie dann direkt zur Stärkung des Militarismus und Maximalismus dienen würden. Dies Bedenken fällt weg bei Schaffung einer Reichs-Betriebsgemeinschaft, wie sie der Antrag 73 will. Den Anschluss an Preussen müssen wir entgegenstellen, zumal im preussischen Landtage das Proletariat bis jetzt von jeder Vertretung ausgeschlossen ist. Die Verkehrspolitik muß im Reichstage entschieden werden, in demselben Parlament, das auch über die Handelspolitik entscheidet. Eine Reichs-Betriebsgemeinschaft würde dem Reichstage auch einen bedeutenden Einfluß auf Tariffragen usw. einräumen. Bisher ist in Verkehrsfragen eine Minderheit unserer Fraktion für die sogenannte „Süddeutsche Politik“ eingetreten. Infolge dessen ist wohl in dieser Angelegenheit seither innerhalb untrer Fraktion nichts geschehen. Einen Anschluss Württembergs an die preussisch-heftige Gemeinschaft können wir nur durch eine Reichs-Betriebsgemeinschaft vermeiden. (Beifall.)

Müller-Glauchau: Ich überschätze die Thätigkeit der Fraktion nicht, ich unterschätze sie auch nicht. Wenn der Referent die Notwendigkeit des Ausbaues des Koalitionsrechts betont hat, so glaube ich, daß das am besten durch den Antrag 85 geschieht. In erster Linie muß die Arbeiterschaft-Gesetzgebung auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Gerade bei uns im 17. sächsischen Wahlkreise hat die Hausindustrie großen Umfang angenommen, wir können da beobachten, wie schulplos die Hausindustriellen sind. Notwendig ist ferner die Vereinheitlichung der Krankenversicherung. Die Decentralisation der Krankenkassen, wie sie von konservativer Seite angestrebt wird, schadet der Arbeiterschaft nur. Besonders schädlich sind die Betriebs-Krankenkassen, die Arbeiter werden, sobald sie erkranken, aus der Mitgliederliste gestrichen. Redner führt einen Fall aus Glauchau an. Eine in der Textilindustrie beschäftigte Frau mußte ausziehen, sie hat drei Monate hindurch ihre Beiträge entrichtet, aber als sie kurz vor ihrer Entbindung stand und ihre Beiträge zahlen wollte, sagte man ihr, sie hätte einen Tag früher zahlen müssen. Bis dahin durfte sie ruhig auch an späteren Terminen Beiträge zahlen. So gehen die Arbeiter ihrer Rechte verlustig. Deshalb sollte die Fraktion bestrebt sein, auf eine Vereinheitlichung der Krankenkassen hinzuwirken und den Kassemitgliedern ihre Rechte zu sichern. Bisher ist eine solche Sicherung nicht vorhanden. Die Möglichkeit einer Vereinheitlichung ist vorhanden. Steter Tropfen höhlt den Stein: eine Fraktion von 81 Personen wird da gewiß eine Einwirkung ausüben können.

Krahn-Konstan: Auch diesmal sind wir wie in früheren Jahren mit der Thätigkeit der Fraktion durchaus zufrieden, ja diesmal, nach den Zollverhandlungen, sind wir es in erhöhtem Maße. Wer den Bericht durchliest, muß einsehen, daß man der Fraktion den Vorwurf mangelnder Initiative nicht machen kann. Nach den Ausführungen Städtischens wäre dieser ganze Punkt der Tagesordnung eigentlich überflüssig; wir haben hier aber doch das Recht und die Pflicht, der Fraktion neue Anregungen zu geben. Ich möchte Antrag 85 Nummer 3 empfehlen. Bei diesen bei diesen schädlichen Fabrikationen in erster Linie an Weinreich. So gut es möglich war, das Phosphorverbot zu erlassen, so gut müssen hier gesetzliche Maßnahmen möglich sein. Es braucht da ja keine übertriebene Mäßigkeit auf die Schonung der Untermittelklasse genommen zu werden.

Trilke-Ebersfeld: In den Anträgen 71, 80 und 83, die ich kurz begründen will, finden Sie alte Bekannte. Antrag 71, wonach die Fraktion beantragt wird, im Reichstag unverzüglich die Vereinfachung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphe zu fordern, ist ja von früheren Parteitagen wiederholt angenommen worden. Die Fraktion ist ja diesem Antrage auch stets ausgiebig nachgekommen. Die Möglichkeit, die Majestätsbeleidigungs-Frage bei der Staatsberatung vorzubringen, ist ja durch das eigenartige Verhalten des Präsidenten Grafen Ballestrem so gut wie ganz ausgeschlossen worden. Um so notwendiger ist es, diese Frage durch einen besonderen Initiativantrag zu erörtern. Ich erinnere nur an die Reden von Essen und Breslau, an die großen Razzien gegen politische Redakteure, denen man den dolus eventualis unterzusehen sucht, und an die Verstärkungen, den Begriff der Majestätsbeleidigung zu erweitern.

Auch die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes muß von neuem gefordert werden. Ein bezüglicher Antrag untrer Fraktion ist in der letzten Session leider nicht erledigt worden.

Antrag 80 verlangt, daß bei weiteren Versicherungs-Novellen die sozialen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten sollen. Durch die bisherige Praxis werden diejenigen, die vor Inkrafttreten des betreffenden Gesetzes dem Kapitalismus zum Opfer gefallen sind, gestraft für die politische Einfichtlosigkeit der herrschenden Klassen und ihrer parlamentarischen Vertreter. Städtischen bemerkte, daß wenn ein Antrag berechtigt sei, so sei es der Antrag 83, der den Kaufmännischen verlangt. Das ist ja eine alte Forderung, die wir immer erhoben haben. Die Fraktion hat in der letzten Session als Uebergang den Kaufmännischen beantragt.

Dabei müssen wir aber immer im Auge behalten, daß das Ziel die allgemeine Einführung des Kaufmännischen ist. Ich möchte dann noch die Frage an die Fraktion richten, weshalb sie nicht die Petition betr. den Heimarbeiterschutz zur Diskussion gebracht hat. Es ist das eine außerordentlich wichtige Frage. Hoffentlich gelingt es ihr, in der nächsten Session eine Erörterung über diesen Gegenstand herbeizuführen.

Trilke-Bader: Daß eine so große Anzahl von Genossen den Antrag 85 unterschrieben und unterschützt haben, ist nur ein Zeichen dafür, wie wichtig die in ihm enthaltenen Forderungen sind und wie richtig wir mit der Einbringung des Antrages gehandelt haben. Gewiß, der Antrag enthält nichts Neues; verschiedene Parteitage haben sich schon mit diesen Forderungen beschäftigt und auch im Reichstage sind sie schon zur Sprache gebracht worden. Aber gesehen ist so gut wie nichts. Deshalb meinen wir, daß die Forderungen im neuen Reichstag wieder erhoben werden müssen. Infolge der jetzigen Stärke untrer Fraktion, wird unsere Macht im neuen Reichstag doch größer sein als bisher. Es ist auch zu berücksichtigen, daß hinter untrer Abgeordneten anher den drei Millionen Wählern auch noch Hunderttausende von Frauen stehen, die, wenn sie wahlberechtigt wären, ebenfalls für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben würden. Sicherlich wird es auch möglich sein, wenigstens das eine oder andere im Reichstage durchzusetzen. Es kommt uns dabei die Furcht der besitzenden Klassen vor einem weiteren Answellen der sozialdemokratischen Stimmen zu statten. Auch das Centrum wird uns entgegenkommen müssen, um seine katholischen Arbeiter zu halten und sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben. Was uns bis jetzt zugestanden ist, ist ja so wenig, daß man das nicht als Arbeiterschutz, sondern nur als Arbeiterausbeute bezeichnen kann. Das mindeste, was wir verlangen, ist in dem Antrag 85 niedergelegt; das ist das Minimum der Forderungen, die wir aufstellen müssen. Auf die einzelnen Forderungen brauche ich nicht einzugehen, sie sind Ihnen bekannt und es ist ja auch schon davon gesprochen worden. Städtischen meint, wir müßten die Gedanken der Massen revolutionieren. Gerade dieser Antrag ist geeignet, die Agitation von neuem zu beleben. Er wird zur Klärung der Massen beitragen; es wird sich dann ja zeigen, an wen es liegt, wenn diese Forderungen nicht durchgeführt werden. Die gesamten organisierten deutschen Frauen stehen hinter dem Antrag; ich bitte, ihn einstimmig anzunehmen. (Bravo.)

Tatow-Berlin: Ich habe eine Erklärung zu dem Antrag 72 abzugeben. Ich bitte Sie, denselben abzulehnen, wir werden ihm keine Thäne nachweihen. Sie wissen ja, wie solche Anträge zu Stande kommen, sie werden in Partei-Versammlungen gestellt ohne Vorbereitung und ohne daß man ihre Tragweite übersehen kann. So ging es auch mit diesem Antrag; Genosse Kagenstein, dem es ja niemals an gutem Willen fehlt, ist sein Urheber. Ich wende mich entschieden gegen die Tendenz des Antrages, namentlich gegen die allgemeine einjährige Dienstzeit, denn ich halte diese Forderung für einen Verstoß gegen unser Programm. — Nun kurz zur parlamentarischen Thätigkeit! Die Marschroute ist uns gegeben, es ist von keiner Seite eine Einschränkung untrer parlamentarischen Thätigkeit gefordert, im Gegenteil, jetzt, wo wir verstärkt in den Reichstag einziehen, werden wir zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen unsere Stellung präzisieren müssen. Das gilt besonders für die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, und namentlich darf dabei der Schutz der Heimarbeiter nicht zu kurz kommen. Die Fraktion muß danach streben, daß der einjährige Arbeiterschutz, den andere Arbeiter haben, auch auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird. Immer von neuem muß auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden. Wir haben zu untrer Reichstags-Abgeordneten das volle Vertrauen, daß sie in demselben Sinne wie bisher wirken werden, nur in vermehrter Zahl und mit größerer Schärfe. (Beifall.)

Strohmeyer-Essen: Daß Sie untrer Antrag 81 annehmen, steht außer Zweifel. (Weiterkeit.) Die Barmkrankheit, die in ihrem Entstehen von den Unternehmern und der bürgerlichen Presse stets abgelehnt wurde, hat heute einen furchtbaren Umfang angenommen; 70-80 Proz. aller Gruben sind verunreinigt. Von oben freilich wird natürlich immer alles in bester Ordnung gefunden! Die ärztliche Behandlung der Barmkranken ist einfach lächerlich; der eine Arzt konsultiert die Barmkrankheit, der andere sagt, der Patient sei gesund. So lange der Arbeiter aber keine Atteste bringt, darf er gesund sein, wird er nicht mehr zur Reche zugelassen. Die Behörde hätte schon längst sanitäre Untersuchungsanstalten an den Grenzen und auf den einzelnen Zechen schaffen sollen. Aber nichts ist geschehen, jetzt ist das Unglück da. Wie soll die Seuche bekämpft werden? Neben den Untersuchungsstationen sind Grubenbeamte notwendig, die aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden. So wie heute kann es auf den Zechen nicht weitergehen. Nehmen Sie deshalb untrer Antrag einstimmig an. (Beifall.)

Sering-Breslau empfiehlt den Antrag 79. Wir haben uns allerdings nicht der Illusion hingeeben, daß der Parteitag so ohne weiteres die Fraktion beauftragen würde, einen diesbezüglichen Gegenvorschlag dem Reichstage zu unterbreiten. Wir in Schleswig-Holstein hatten im Wahlkreise Hohenberg-Openrade bei der letzten Wahl nur sechs Versammlungskollegen zur Verfügung. Besonders auf dem Lande gab es Mangel an Sälen. Daran sind weniger die Wirte schuld, als vielmehr diejenigen Organe, die eigentlich die Verfassung unparteiisch durchzuführen berufen wären. Die Wirte erklärten uns fortwährend, daß sie, wenn sie uns ihre Lokale zur Verfügung stellen, den schärfsten Drangalierungen seitens der Behörden ausgesetzt sein würden. Auch die Dänen haben darunter schwer zu leiden. Redner weist auf das Verhalten des Landrats von Hlar gegenüber dem dänischen Reichstags-Kandidaten Andersen hin, von Hlar forderte seine Unterbeamten auf, genau zu registrieren, welche Wirte ihre Lokale zu Versammlungen hergeben. An denselben Tage hatte er anderen den Bescheid gegeben, er kümmere sich überhaupt nicht darum! Das ist doch etwas harter Tabak! Wenn Sie diese Geschichten bedenken, können Sie untrer Antrag überlegen. Bei der Staatsberatung sollte der Minister des Innern einmal gefragt werden, wie er sich dazu stellt, wenn seine Unterbeamten in dieser Weise die Verfassung illusorisch machen. Ich bitte um Annahme untrer Antrages.

Es ist ein Antrag Adolf Braun auf Schluß der Debatte eingegangen. Ferner ein Antrag Hoffmann-Kotowies, die Anträge 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 89, 121 der Reichstagsfraktion zur Erwägung zu überweisen und über die Anträge 72, 85a und 88 zur Tagesordnung überzugeben; endlich ein Antrag Kagenstein, die Anträge 42, 56 (Militarismus betreffend) zusammen mit Antrag 72, sei es unter „Parlamentarisches“, sei es gesondert, zu beraten.

Alle drei Anträge werden genügend unterstützt.

Adolf Braun: Auf die Gefahr hin, daß ich den Epitheton „der Valentin des Parteitages“ bekomme (Weiterkeit), möchte ich doch bitten, meinen Schlußantrag anzunehmen. Ueber die parlamentarische Fähigkeit der Fraktion herrscht einmütig die größte Zufriedenheit. Dokumentieren wir das durch den Schluß dieser Debatte, damit wir nachher die großen theoretischen Fragen ausgiebig diskutieren können. Gegen den Schluß spricht:

Kagenstein: Ich würde es für ganz unerhört halten, eine Reihe wichtiger Anträge, die überhaupt noch nicht begründet sind, einfach tot zu machen. (Sehr richtig.) Es handelt sich doch hier nicht nur darum, einige theoretische Kleinigkeiten (Zurück: Kleinigkeiten!) zu erledigen, sondern um Fragen konkreter Art, während wir nachher nur noch im stilleren Raum schwelgen werden. (Weiterkeit.)

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Frau Köhler-Dresden: Den Antrag 85a, so gut er gemeint ist, bitte ich abzulehnen. Unser Programm enthält ja eine Reihe von Forderungen zur Reform des Wahlrechts; neben dem Frauen-Wahlrecht sind da noch eine ganze Anzahl anderer Forderungen aufgestellt. Ich glaube nicht, daß es sich empfiehlt, die Frage des Frauen-Wahlrechts herauszugreifen und das Augenmerk besonders auf sie zu richten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden die Reaktionen, die nach dem letzten Wahlsiege vielfach in ihrem Überschüligen etwas verstört waren, im neuen Reichstage bald verjagen, das Wahlrecht etwas zu verschlechtern. Dann wird die Fraktion die

Beste Gelegenheit haben, die Frage der Wahlreform im Zusammenhange zu behandeln. Aus praktischen Gründen bitte ich Sie also, den Antrag 85 abzulehnen.

Streifel-Bromberg: Ueber das Lötstauer Urteil waren seiner Zeit die Arbeiter entrüstet. Das Bromberger Urteil weicht von dem Lötstauer nicht sehr ab, die Tage des Prozesses waren die schwersten Tage der Bromberger Arbeiter. Am 2. Juli sind zwei Jahre Zuchthaus, sieben Jahre ein Monat Gefängnis verhängt worden, am 9. Juli 14 Jahre Zuchthaus, 17 Jahre Gefängnis, 81 Jahre Ehrverlust und Politexilhaft (Hört! hört!) Die Entlastung darüber war gewaltig, das Gefühl der Verzweiflung hat die Angeklagten gepackt. Die Verteidigung hat sich die größte Mühe gegeben, aber es hat nichts genützt. Der Staatsanwalt befragte jeden Angeklagten nach seiner Zugehörigkeit zur Organisation, aber den Verteidigern wurde nicht gestattet, ähnliche Fragen an die Unternehmer, die moralisch Verantwortlichen, zu richten, um sie zu charakterisieren. Bei uns im Osten ist eben vieles möglich. Auf dem Dresdener Städtetag wurde die legendäre Tätigkeit der Einigungsämter gepriesen, aber bei uns wollten die Unternehmer nichts von Einigung wissen, obwohl die Arbeiter erklärt hatten, sich bedingungslos dem Urteil des Einigungsamtes zu fügen. Die Unternehmer wollten die Arbeiter provozieren, sie fragten, wie man eigentlich dazu kommt, sie vor das Einigungsamt zu laden, und leisteten der Aufforderung, zu erscheinen, keine Folge, weil diese Aufforderung der gesetzlichen Grundlage entbehre. Die Arbeitergelehrten kümmerten sich einfach nicht um das Gesetz. Ist es da ein Wunder, wenn die Arbeiter in die größte Erregung geraten, zumal wenn zum Schutz der herbeigeholten ausländischen Arbeiter Polizei und Militär bereit gehalten wird? Ein Streikender hat um die Erlaubnis, mit den Ausländern zu sprechen, dies Recht wurde ihm verweigert. So beschneidet man die Rechte der Arbeiter in einer Weise, die ihres Gleichen sucht. Die Fraktion muß das im Reichstage zur Sprache bringen, sie muß den Justizminister zwingen, einmal Farbe zu bekennen. Das bezweckt unser Antrag 87, um dessen Annahme ich Sie aus Gründen der Gerechtigkeit bitte. (Weifall.)

Kauf-Zimmer: Der Antrag 78 weicht sich gegen den kolossalen Unfug, daß man bei den letzten Wahlen versucht hat, festzusetzen, wie die einzelnen Wähler gestimmt haben. Wir schlagen deshalb vor, für alle Wahlkreise einheitliche verschließbare Urnen einzuführen; dieser Antrag allein wird allerdings nicht ausreichen, um das Wahlrecht zu sichern, aber er wird immerhin die jetzigen Umstände etwas bessern. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Kagenstein: Der Verichteratter hat den Antrag 72 der Parteigenossen von Berlin I bekämpft unter Hinweis darauf, daß die darin erhobenen Forderungen teils selbstverständlich seien, teils wie die Forderung auf allgemeine einjährige Dienstzeit nicht weit genug gingen. Was das letztere betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir damit nicht einen Zubehör abgeben wollen von unserer Forderung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Es handelt sich um eine sofort durchführbare, vollständige Maßregel bei der Forderung auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit, die in das bestehende Militärsystem wie das spitze Ende eines Keils eindringen und es auf diese Weise sprengen würde, so daß der Übergang zur Volkswehr unvermeidlich wäre. Diese Forderung liegt auf dem Wege zum Militärsystem. Ich kann mich hierbei auf einen Gefinnungsgegenstand berufen, der im allgemeinen nicht in dem Verdacht steht, das Prinzip abzuschwächen. Kautsky weist in seinem Artikel zum Parteitag u. a. die Aufgabe zu, für eine Abkürzung der Dienstzeit einzutreten. So ist Genosse Kautsky in demselben opportunistischen Sumpf versunken (Weiterleit), in den die Genossen des ersten Berliner Wahlkreises gerieten sind, die auch nicht im allgemeinen in einem solchen Rufe stehen. Unser Antrag ist besonders wichtig für die Agitation unter der Landbevölkerung. (Sehr richtig!) Die von uns aufgestellten Forderungen sollen verächtet werden zu einem Gesetzesentwurf, bei dessen Begründung eine allgemeine antimilitaristische Propaganda einzuleiten wäre. Die Zeit zum Kampf gegen das bestehende Militärsystem ist günstig. Die Entziehung über Militärsystemhandlungen ist allgemein, die manövalmäßig milde von Militärgerichten beurteilt werden, während man mit Blut zu schreiben versteht, wenn es sich um Vergehen Untergebener gegen Vorgesetzte handelt. Was schließlich die dritte Forderung unseres Antrages betrifft, so handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage von allererster Bedeutung. Weh! hat seit Jahren mit unermüdlichem Eifer gegen die Soldatenmishandlungen gekämpft. Ueber erst im letzten Winter hat er im Reichstage das Wort ausgesprochen, das auf uns alle wie eine Wehrung gewirkt haben wird, das Wort vom Recht der gesetzlich gewährleisteten Volkswehr. (Weh! habe ich vor zehn Jahren schon einmal im Reichstage gesagt!) Um so besser! Hierin liegt der Kernpunkt. Die Verpflichtung zu blindem Gehorsam züchtet die Mishandlungen, und so lange der Soldat ungegesetzliche Handlungen seiner Vorgesetzten nicht zurückweisen darf, so lange ist er meiner Ansicht nach ein blindes Werkzeug, das zu jedem Unrecht und Verfassungsbruch mit Erfolg gebraucht werden kann. Der Fahnenstab bedeutet aber nichts anderes als eine Verpflichtung auf die bestehende Verfassung und setzt voraus, daß der Soldat nicht zur Verletzung der Verfassung gebraucht werden darf. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrages 72. (Weifall.)

Auf Anfrage des Vorsitzenden Raden zieht Kagenstein seinen oben angeführten Antrag zurück.

Frau Ihrer-Panlow: Wenn auch die im Antrag 85 enthaltenen Forderungen im allgemeinen zum eisernen Bestand gehören, so sind doch einige darunter, über die durchaus noch keine volle Uebereinstimmung und Klarheit herrscht. So sind einzelne dieser Genossen gegen die spezielle Forderung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen; man sagt, dadurch werde der allgemeine Arbeiterschutz gefährdet. Die Nachtarbeit hat nun aber doch für Frauen eine ganz andre Bedeutung als für den Mann. Die Frau, die nachts in der Fabrik arbeitet, kann nicht wie der Mann am Tage ausruhen, sondern sie muß dann ihr Hauswesen versehen und für die Kinder sorgen. So lange die Arbeiterin zugleich Hausfrau ist, ist die Nachtarbeit für die Frau viel schädlicher als für den Mann, und so lange ist es zweifellos durchaus berechtigt, speziell die Forderung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen zu erheben. Bisher hat man auch immer die Beobachtung gemacht, daß solche Schutzmaßnahmen für Frauen eine günstige Rückwirkung auf den Männerarbeiterschutz hatten. Ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen würde sehr bald eine allgemeine Einschränkung der Nachtarbeit auch für Männer nach sich ziehen. Ein anderer Punkt ist die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Bisher haben wir nur Assistentinnen, die keinerlei Selbstständigkeit haben. Damit diese Beamten die nötige Selbstständigkeit erhalten, ist die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren unbedingt erforderlich. Unsere Petition an den Reichstag für Arbeiterschutz ist ja in vielen Punkten dem Reichstag zur Berücksichtigung überwiesen worden. Nur über Punkt 9, der für Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbeberichts-Wahlen fordert, ging der Reichstag zur Tagesordnung über. Dadurch dürfen wir und nicht abschrecken lassen; es handelt sich hier um eine der dringlichsten Forderungen, die immer wieder erhoben werden muß. Mit dem Arbeiterschutz-Gesetz ist ja niemand recht zufrieden, die Gesetzgebung selbst wohl auch nicht. Das Gesetz muß unbedingt auf die ausgebeuteten werden, für die es jetzt noch nicht gilt, auf die Kinder, die in der Landwirtschaft und in der Heimarbeit tätig sind. Das sind die drei Punkte, über die ich spreche; treten Sie in der Agitation für diese Forderungen ein. Wenn wir sie einheitlich und geschlossen vertreten, so werden wir sie allmählich auch durchdrücken können. (Weifall.)

Ein Schlußantrag wird ohne Debatte angenommen. Eingegangen ist noch ein Antrag Haberland-Barmen, die Anträge 71, 73, 74, 75, 77, 80, 81, 83, 85, 85a, 121 und 131 der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen, über die Anträge 70, 72, 76, 78, 79, 84 und 88 zur Tagesordnung überzugehen.

Verständlich bemerkt
Kautsky: Ich möchte ein Mißverständnis beseitigen. Kagenstein hat gemeint, daß ich in meinem Artikel mit der Forderung der Verletzung der Dienstzeit gegen unsere Programmforderung auf Einführung des Militärsystems verstoßen habe. Ich gebe zu, daß die Fassung der Stelle nicht glücklich war, aber Kagenstein hätte sich sagen müssen, daß gerade

ich am allerwenigsten die Forderung des Militärsystems aufgeben würde. Ich spreche in dem Artikel von den Fragen, in denen wir die Aggressive zu ergreifen haben, und ich nannte darunter z. B. auch den Zolltarif. Niemand wird verlangen, daß wir für den Zolltarif eintreten, und doch bezeichnete ich den Zolltarif als eines der Gebiete, auf dem wir die Aggressive zu ergreifen haben. In demselben Sinne, meinte ich auch, daß wir auf dem Gebiete des Militarismus aggressiv vorzugehen haben. Ich gebe zu, daß die Fassung zu einem Mißverständnis Anlaß geben konnte, ich lege aber Wert darauf, zu erklären, daß auch ich der Ansicht von Kagenstein bin.

Kagenstein (persönlich): Ich habe Kautsky natürlich nicht vorgeworfen, daß er auf die Forderung des Militärsystems verzichtet, sondern nur betont, daß auch wir Antragsteller auf dem Boden stehen, daß wir die Einführung der einjährigen Dienstzeit nur für einen ersten Schritt halten. Und zum Beweis für die Richtigkeit unseres Antrages bezog ich mich auf den Artikel von Kautsky.

Das Schlußwort erhält

Stadthagen:
Die Differenz zwischen mir und einigen Genossen besteht nur darin, daß diese Genossen übersehen, daß die Einführung von Gesetzesentwürfen allein noch nicht genügt, sondern daß wir bei jeder Gelegenheit die betreffenden Fragen anzuschneiden haben. Wir haben seit 1000 15 Initiativ-Anträge eingebracht, doch nur ein einziger davon ist zur Verhandlung gelangt, weil nicht wir, sondern die Mehrheit die Geschäfte leitet, die das Initiativrecht des Reichstages immer mehr einschränken sucht. Diese Ueberhäufung des Wertes der Einbringung eines Gesetzesentwurfs seitens der sozialdemokratischen Fraktion zeigt sich auch in einigen hier gestellten Anträgen. Daß die Petition des Schneiderverbandes nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist, ist nicht unsere Schuld, wir haben es versucht, aber es ist uns nicht gelungen. Beim Etat aber haben wir uns keine Mühe um Reichstag und im Sinne der Petition ausgesprochen.

Ich bitte Sie nun, dem Antrage stattzugeben, der dahin geht, eine Anzahl von Anträgen der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen, aber mit Ausnahme der Anträge 72, 85a und 88. Nur noch wenige Worte zu Nr. 72. Kagenstein irrt, wenn er von seinem Antrag die Möglichkeit einer besonderen Propaganda gegen den Militarismus erwartet. Unsere Fraktion hat diese Verhältnisse schon bisher im Reichstag in ausgiebigster Weise vorgebracht. Wir sind darüber einig, daß gegen die Soldatenmishandlungen mit aller Energie vorgegangen werden muß. Unser Artikel hat selbst das Centrum veranlaßt, in seiner Presse neuerdings mehr und mehr gegen die Mishandlungen Stellung zu nehmen. Einen Gesetzesentwurf, wie ihn Kagenstein wünscht, hätten wir keine Möglichkeit, zur Beratung zu bringen. Die einjährige Dienstzeit können wir nur als Amendement verlangen, wenn innerhalb des bisherigen Systems von den Gegnern Anträge eingebracht werden; es wird ja eine neue Militärvorlage kommen. Ueber Opportunismus will ich hier nicht sprechen; es ist einfach eine Frage der praktischen Zweckmäßigkeit. Ganz und gar bin ich dagegen, daß ein besonderer Gesetzesentwurf eingebracht werden soll, der die Anerkennung des Rechts auf Nothwehr gegen Mishandlungen verlangt. Dieses Recht besteht ja formell schon jetzt. Als ich als Einjähriger vom Leutnant gefragt wurde, was ich thäte, wenn jemand mich mishandelte, erwiderte ich: „Ich würde ihm festnehmen und als verächtlich abführen!“ (Weiterleit.) Da sagte mir der Offizier: „Das lassen Sie lieber bleiben; da könnten Sie doch Zuchthaus kriegen.“ Ich erwiderte: „Das kann ich mir nicht vorstellen.“ Damals war ich noch weniger mißtraulich gegen Verächte, als ich es später geworden sein soll. (Weiterleit.) Das Recht auf Nothwehr steht im Gesetz und ist neuerdings in einem besonderen Falle auch anerkannt worden. Solange aber die bestehenden Instanzen nicht geändert werden, solange können wir nichts machen. Ich erinnere nur an das Bromberger Urteil, wo Leute, die nach dem allgemeinen Rechtsbewußtsein nicht einmal etwas Strafbares gethan haben, zu den höchsten Strafen verurteilt worden sind. Deshalb bitte ich Sie, den Weg des Antrages 72 nicht zu betreten.

Aus der Debatte über die parlamentarische Thätigkeit ergibt sich, daß wir alle einig sind über die Art und Weise, wie die Fraktion im Parlament vorzugehen hat, und ich möchte Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen, der den größten Teil der Anträge der Fraktion zur Erwägung überweisen will. Ich fasse es so auf, daß wir nicht Gesetzesentwürfe à tout prix (um jeden Preis) zu machen haben, sondern daß wir die betr. Gegenstände, wie z. B. die Bromberger Angelegenheit, bei der ersten möglichen Gelegenheit zur Sprache bringen sollen. (Weifall.)

Der Antrag Hoffmann-Romanow wird angenommen; danach werden die Anträge 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 121, 131 der Reichstags-Fraktion zur Erwägung zu überweisen und über die Anträge 72, 85a und 88 zur Tagesordnung übergegangen.

Die Resolution 100 wird von Jubel im Einverständnis mit den Genossen in Kelton-Charlottenburg zurückgezogen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Der Parteitag tritt darauf in Punkt 6 der Tagesordnung:

„Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904“ ein.

Dazu ist ein Antrag Mollenhuth eingegangen: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei dem internationalen Bureau dahin zu wirken, daß die Arbeiterversicherung mit als Gegenstand auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu Amsterdam gesetzt wird, damit dieser gemeinsame Forderungen festsetzt, die die Arbeiter aller Länder an die Gesetzgebung zu richten haben.“

Der Antrag wird genügend unterstützt.
Das Referat erstattet

Singer:
Ich werde sehr kurz sein können, da es mir natürlich nicht einfällt, bei diesem Punkt längere Ausführungen darüber zu machen, daß die deutsche Partei die Internationalität des Proletariats aller Länder zu fördern bereit ist. Wir haben es immer als unsere Ehre angesehen, unsre Schuldigkeit auch in Bezug auf die internationale Bewegung im vollsten Maße zu thun. Wir haben bereits im vorigen Jahre beschloffen, den Kongreß in Amsterdam möglichst zahlreich zu beschicken. Der Kongreß war für dieses Jahr in Aussicht genommen, und wir danken es den Vertretern unserer Bruderparteien im internationalen Bureau, daß sie, zum Teil auch in Rücksicht auf die besonders große Arbeit, die der deutschen Partei gerade in diesem Jahre obliegt, einem Wunsche von deutscher Seite zugestimmt haben, den internationalen Kongreß um ein Jahr zu versetzen. Ich glaube, daß die Vertreter Deutschlands im internationalen Bureau mit diesem Wunsche im Sinne der Partei gebandelt haben. Der Kongreß wird nun im nächsten Jahre in Amsterdam stattfinden. Das internationale Bureau hat seine Aufgabe, die ihm der vorige internationale Kongreß gestellt hat, nach besten Kräften zu erfüllen gesucht. Ich habe Ihnen im vorigen Jahre darüber berichtet. Ich kann heute noch hinzufügen, daß auch inzwischen Konferenzen des internationalen Bureaus stattgefunden haben und daß alle Fragen, die das Proletariat aller Länder betreffen, dabei zur Verhandlung gekommen und, wie wir glauben, im Interesse der Sozialdemokratie aller Länder behandelt worden sind.

Wir haben uns jetzt mit der Frage zu beschäftigen, ob die deutsche Partei Veranlassung hat, noch irgend welche Anträge auf die Tagesordnung zu stellen. Vor einigen Wochen hat das internationale Bureau den provisorischen Entwurf der Tagesordnung für den Kongreß verhandelt, er ist auch in unserer Presse veröffentlicht worden. Unsere Vertreter haben dieser provisorischen Tagesordnung zugestimmt, und bisher haben sich auch, abgesehen von einigen Anträgen, innerhalb der Partei keine Wünsche für die Verabstufung dieser Tagesordnung geltend gemacht. Die Parteileitung ist dem auch der Meinung gewesen, daß die provisorische Tagesordnung zu billigen sei.

In unserer Tagesordnung befinden sich die Anträge 4 und 4a. Ich kann natürlich in diesem Augenblick nur für meine Person sprechen, möchte aber meinen, daß sich auf dem Parteitag keinerlei

Widerspruch gegen diese Anträge erheben wird. Die Frage des Frauen-Wahlrechts steht in unserem Programm; wir sind verpflichtet für das gleiche Recht aller einzutreten; wir sind verpflichtet, sowohl in Deutschland wie auf den internationalen Kongressen diesen Standpunkt zu vertreten. Die Frage, inwiefern sich eine Agitation auf diese Forderung zu knüpfen hat, kann ja der Zukunft vorbehalten bleiben. Hier handelt es sich nur darum, die Frage auf dem internationalen Kongreß zur Erörterung zu bringen und zu untersuchen, auf welchem Wege wir der Erfüllung dieser Forderung näher kommen können. Auch den Antrag Mollenhuth kann ich für meine Person zur Annahme empfehlen. Die Frage kann, wie ich glaube, nur aus dem Gesichtspunkt behandelt werden, daß die internationalen Kongresse ja bereits die Erörterung der Frage des Arbeiterschutzes in ihren Bereich gezogen haben und daß es, nachdem dies geschehen ist, ein ganz selbstverständlicher Wunsch ist, auch die Arbeiterversicherung auf diesen Kongressen zur Erörterung zu bringen. Ich verhehle mir nicht, daß gerade auf diesem Gebiet eine internationale Regelung vielleicht schwierig sein wird. Aber wir sind ja nie vor Schwierigkeiten zurückgeschreckt, und daß es wünschenswert ist, die Frage auf dem internationalen Kongreß zu erörtern, kann nicht zweifelhaft sein. Der Antrag bezweckt ja nicht, daß wir von uns aus jetzt bestimmte Vorschläge formulieren — das würde besondere Vorarbeiten erfordern —, sondern lediglich eine allgemeine Aussprache zu veranlassen, in der Hoffnung, daß dieser Versuch dazu führen möge, für die Arbeiterklasse vorteilhafte Bestimmungen zu finden, für deren Einführung dann in allen Ländern die sozialistischen Parteien zu kämpfen haben. Ich empfehle Ihnen also auch diesen Antrag. Damit kann ich mein Referat schließen. Ich sage nochmals, daß wir es nicht nötig haben, hier auf die Bedeutung der internationalen Kongresse für unsere Sache hinzuweisen. Das Wort unseres großen Führers Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ findet seinen praktischen Ausdruck in den internationalen Kongressen, wo die Parochroute gegeben werden soll für den Weg, auf dem wir die Befreiung des Proletariats zu erringen haben. Ich kann mir also daran genügen lassen, daß ich Ihnen die Annahme der Anträge empfehle und ich knüpfe daran den Antrag, daß wir heute, ebenso wie in München beschließen mögen, daß es in unserm Interesse liegt und unsre Pflicht ist, den nächsten internationalen Kongreß so zahlreich als möglich zu beschicken. (Weifall.)

Die Debatte wird eröffnet.
Mit zur Debatte stehen die Anträge 4, 4a*) und der Antrag Mollenhuth.

Klara Zeffin: Der Zweck des Antrages 4 ist ein praktischer. Wir erstreben damit keineswegs, eine Principienklärung darüber herbeizuführen, wie das internationale Proletariat zur Frage des Frauen-Wahlrechts steht. Das hieße offene Thüren eremmen, und wir haben wichtigeres zu thun als das. Zwei internationale Kongresse haben sich bereits reichhaltig principiell für das Frauen-Wahlrecht erklärt. Was wir mit unserem Antrag sagen wollen, ist, daß in der Praxis in allen den Fällen, wo das Proletariat gezwungen ist, den Kampf für die weitere demokratische Ausgestaltung des Wahlrechts überhaupt aufzunehmen, auch die Forderung des Frauen-Wahlrechts die ihr gebührende Bedeutung zuerkannt wird. Gerade in der gegenwärtigen Situation hat aus rein praktischen Rücksichten das Proletariat aller Kulturländer im eignen Interesse die Pflicht dazu. In allen Kulturländern, wo das Proletariat politisch aufgekärt und organisiert kämpft auf den Plan tritt, da verläßt mehr oder weniger offen die Reaktion die Rechte des Volkes zu schmälern. Das Proletariat wird geradezu herausgefordert, alle Versuche, seine politische Bewegungsfreiheit zu hindern und zu mindern, dadurch zu beantworten, daß es der Ausgestaltung des Wahlrechts in demokratischem Sinne mehr und mehr praktische Bedeutung beimißt. Wir haben die Kämpfe um die Erweiterung des Wahlrechts in Norwegen, Schweden, Belgien, wir haben sie vor allem in nächster Zeit hier in Sachsen, im Lande des Dreiklassenwahl-Rechts, wir haben sie in Preußen, dem Lande des Dreiklassenwahl-Rechts, und dabei darf die Forderung des Frauenwahlrechts nicht, sei es in Rücksicht auf sogenannte bürgerliche Verbände wie in Belgien, sei es in Rücksicht auf den Unverstand der Massen in den eignen Reihen, hintangestellt werden. Wir wollen weiter nichts, als daß der internationale Kongreß auf die Bedeutung der Frage hinweist und den Genossen erklärt: es genügt nicht, auf der principiellen Stellungnahme auszuschlafen, sondern wir müssen handeln.

Aber wenn wir auch dieser Auffassung sind, so sind wir doch gegen den Antrag 4a, das Frauenwahlrecht als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Mit diesem Antrag würden Sie sich in Widerspruch setzen zu einem vorher abgelehnten Antrage. Sie haben vorher beschloffen, daß wir die Forderung des Frauenwahlrechts nicht herausgreifen und einzeln vertreten wollen, sondern im Zusammenhang mit den Forderungen, die wir auch noch zu Gunsten der Männer auf dem Gebiet des Wahlrechts zu erheben haben. Halten wir den allgemeinen Zusammenhang fest, so erreichen wir weit mehr. Wir verfallen dann nicht, unbestimmt um alle Stichelehen von frauenwahlrechtlicher Seite, in eine einseitige Frauenrechtlererei, und wir gewinnen dadurch praktisch, indem wir der Agitation eine kräftigere Grundlage geben als heute. Ich würde es durchaus begrüßen, wenn auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses gesetzt würde: der Kampf um die Eroberung des demokratischen Wahlrechts überhaupt. Aber die Forderung einzeln als Punkt der Tagesordnung zu behandeln, finde ich so wenig der Bedeutung des Kongresses angemessen, als wollte man auf die Tagesordnung eines internationalen Kongresses die Forderung unseres Programms setzen, den Beginn des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr zu normieren. Ich möchte Sie also bitten, die Resolution 4 anzunehmen, dagegen den Antrag 4a abzulehnen. (Lebhafter Weifall.)

Mollenhuth: Parteigenossen! Wenn ich beantragt habe, einen vielleicht etwas nichtern Gegenstand auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu setzen, so bin ich dazu veranlaßt durch den ersten internationalen Arbeiterkongreß zu Paris. Dort haben wir seiner Zeit die Forderungen formuliert, die wir auf dem Gebiete der Arbeiterschutz-Gesetzgebung stellen. Dadurch ist ein einheitliches internationales Aktionsprogramm auf diesem Gebiete geschaffen worden, das ausgebeutet werden muß durch die Einbeziehung der Arbeiterversicherung. Dieses Thema beschäftigt schon jetzt von Zeit zu Zeit internationale Kongresse, von denen der letzte in Düsseldorf getagt hat. Auf diesen Kongressen erfährt die Welt, welche Forderungen Versicherungstechniker und Regierungsmänner auf diesem Gebiete erheben. Auch die Arbeiter müssen sich mit dieser Frage international beschäftigen, da der Gegenstand bald in diesem, bald in jenem Lande auftaucht. So sind in Frankreich, in Belgien, in Holland Arbeiterversicherungs-Gesetze beraten worden. Dabei zeigte sich eine eigentümliche Unklarheit.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

*) 4. Die Genossinnen von Altona, Berlin, Dresden IV., V. und VI. Kreis, Eberfeld, Ehlingen, Eichlingshausen, Glauchau, Gölzig, Marienheide, G. Halberstadt, Jerslohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Außem, Leipzig, Ohrdruf i. Th., Ober-Reichenbach i. S., Augsburg, Gumburg, Raumburg, Kreis Nieder-Barnim, Magdeburg, Rühlhausen im Elsaß, Quedlinburg, Reichenbach i. S., Stralsund, Kreis Teltow-Weeslow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel beantragen:
Zu Punkt 5 der Tagesordnung. Der Parteitag erklärt: Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauen-Wahlrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.
4a. Parteigenossen von Frankfurt-Debus: Bei dem internationalen Bureau zu Brüssel, das den Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam für das Jahr 1904 vorbereitet, zu beantragen, daß die Frage der Eroberung des Frauen-Wahlrechts auf seine Tagesordnung gesetzt werde.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Das gilt vor allem für Frankreich und von dem Entwurf einer Alters- und Invaliditätsversicherung, der von Millerand herrührt. Genosse Millerand hat das Gefühl für die internationale Solidarität so verloren, daß er darin Ausländer, die in Frankreich wohnen, wohl Beiträge zahlen läßt, aber ihnen keine Rechte dafür giebt. (Hört! hört!) Dies eine Beispiel zeigt, wie notwendig es ist, gewisse internationale Grundsätze aufzustellen. Die bismarckischen Geheimräte sind ja erheblich weiter gegangen als Genosse Millerand. Es giebt bestimmte Mindestforderungen, die international erhoben werden müssen, z. B. bei der Bekämpfung sozialer Krankheiten. Ich habe es wiederholt erlebt, wenn in andern Ländern Arbeiterversicherungs-Gesetze erlassen, daß die dortigen Genossen an mich schreiben, ich solle ihnen sagen, wie ich dazu stehe.

Für uns in Deutschland hat die Sache auch eine gewisse praktische Bedeutung. Man sagt uns so oft: wir würden ja weiter gehen, wenn die andern Länder uns nur folgen wollten. Diesen Leuten muß der Wind aus den Segeln genommen werden, wir müssen zeigen, daß die Arbeiter international weitestgehende Forderungen erheben. Ich will mich daran erinnern, daß ein belgischer Arbeiterkongreß, der sich mit der Unfallversicherung beschäftigte, mit seinen Forderungen zurückgeblieben ist hinter der deutschen Unfallgesetzgebung. (Hört! hört!) Deshalb ist es notwendig, daß sich der nächste internationale Kongreß mit dieser Frage der Arbeiterversicherung beschäftigt und damit die notwendige Ergänzung zu den Beschlüssen des internationalen Kongresses zu Paris über die Arbeiterversicherung-Gesetzgebung liefert. (Bravo!)

Heinrich Braun: Nur ein kurzes Wort zur Empfehlung des Antrags 4a. Genossin Jettin, die gegen diesen Antrag eintretet, sagt, man solle nicht offene Thüren einstoßen. Aber gerade der von ihr empfohlene Antrag enthält nur die Aufforderung, einen Punkt unseres Programms geltend zu machen. Gerade das heißt doch offene Thüren einrennen. (Sehr richtig!) Dagegen zeigen uns Antrag 8ba, über den man zur Tagesordnung übergegangen ist, und Antrag 4a einen praktischen Weg zur Erlangung des Frauenwahlrechts. Klara Jettin meinte, wir sollten uns durch die Wortworte und Eticheln der Frauenrechtlerinnen nicht beeinflussen lassen. Gewiß, das wollen wir nicht, aber wir sollen auch die Aktion der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für das Frauenwahlrecht nicht allzu geringfügig behandeln. Für dies Recht treten sehr einflussreiche Parteien in verschiedenen Ländern ein. Im englischen Parlament fehlten bei der letzten Debatte nur wenige Stimmen zur Annahme des Frauenwahlrechts; in England treten die liberalen Parteien dafür ein im Gegensatz zu unsren dortigen Genossen. (Hört! hört!) Darin liegt eine große Gefahr. Wir sollten uns auch hier nicht den Wind von den bürgerlichen Parteien aus den Segeln nehmen lassen. Deshalb empfehle ich in Uebereinstimmung mit Singer den Antrag 4a.

Kiewer-Gandung tritt der Annäherung Rollensbührs bei. Wir dürfen aber nicht etwa für die Uebertragung der deutschen Versicherungen auf andre Länder eintreten, sondern müssen Reformen erstreben, in der Richtung, daß etwa die Verträge bei der Krankenversicherung von den Arbeitern, bei der Unfallversicherung von den Unternehmern, bei der Invaliditätsversicherung vom Staat auszubringen sind. Entsprechend möchte die Verwaltung reformiert werden. Bei der Invaliditätsversicherung würde es sich empfehlen, als Altersgrenze das 60. Lebensjahr festzusetzen.

Klara Jettin: Nur einige Bemerkungen gegen Braun! Es handelt sich hier nicht um die Aufstellung einer theoretischen Forderung, sondern um die Erzielung praktischer Resultate. Daß wir die Agitation der Frauenrechtlerinnen nicht unterstützen dürfen, ist gewiß richtig. Aber in Deutschland stehen wir leider vor der Thatsache, die frauenrechtlerische Agitation für das Frauenstimmrecht gar nicht hochschätzen zu können. (Sehr richtig!) Der Verein für Frauenstimmrecht hatte bei den letzten Wahlen nichts Eiligeres zu thun, als die Forderung des Frauenstimmrechts aus seinem Programm zu streichen, als für die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei (Sehr wahr!) und gegen die socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, obgleich die Socialdemokraten für das Frauenwahlrecht kämpfen, während sich die freisinnige Volkspartei gar nicht darum kümmert. Es trifft zu, daß in England aus bürgerlichen Kreisen für das Frauenwahlrecht lebhaft agitiert wird. Unrichtig aber ist es, daß die englischen Genossen gegen das Frauenwahlrecht eingetreten seien; sie sind nicht gegen das Frauenwahlrecht im allgemeinen eingetreten, sondern nur dagegen, daß es als beschränktes Wahlrecht zur Einführung gelangen sollte. Ich verweise auf das Material, das Genossin Lily Braun hierüber in trefflicher Weise im Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik veröffentlicht hat. Gewiß wäre es Thorheit, wenn wir uns in der Frage des Frauenwahlrechts von der bürgerlichen Frauenbewegung den Wind aus den Segeln nehmen lassen wollten. Je mehr es der Socialdemokratie gelingt, die Männer aus dem Proletariat um ihre Fahne zu scharen, um so mehr werden die Reaktionen dazu gedrängt, die Forderung des Frauenwahlrechts in ihr Programm aufzunehmen, weil sie hoffen, auf diese Weise die unangeführte Frau gegen den aufgelaufenen Mann auspielen zu können. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde ist in Belgien ein großer Teil des Centrums für das Frauenwahlrecht, aus diesem Grunde konnte bei uns Herr v. Kardorff erklären, er fürchte das Frauenwahlrecht nicht. Um diesen Zweck, und den Wind nicht aus den Segeln nehmen zu lassen, zu erreichen, genügt es vollständig, daß der internationale Kongreß der Resolution 4 zustimmt. Eine besondere Debatte über die Frage ist aber auf dem Kongreß nicht notwendig, da die socialistischen Parteien aller Länder in dieser Frage grundsätzlich übereinstimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Persönlich bemerkt

Heinrich Braun: Der Schluß der Debatte hindert mich, die Ausführungen der Genossin Jettin in einem tatsächlichen Punkte zu widerlegen. Im übrigen hat ja die Genossin Jettin lediglich für den Antrag 4a gesprochen.

Das Schlusswort hat

Singer: Selbstverständlich kann sich der Parteitag auch mit der Frage des Frauenwahlrechts beschäftigen, die Frage die bürgerliche Frauenbewegung aber, glaube ich, geht uns hier nichts an. In der Bewertung dieser Bewegung können wir durchaus mit der Genossin Jettin überein; es kann nicht Aufgabe der Socialdemokratie sein, Forderungen zu propagieren, die einzelnen Klassen oder Ständen der Frauenwelt Vorteile verschaffen. Wir haben die Frauenfrage im Sinne unseres allgemeinen Programms zu behandeln, das und verpflichtet, für die gleichen Rechte aller, der Männer wie der Frauen, einzutreten. Ich habe es für nötig gehalten, dies vorauszusagen, weil ich im übrigen der Genossin Jettin nicht zustimme. Der internationale Kongreß kann ganz die Frage der Organisation des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung setzen. Wir würden den internationalen Kongreß beleidigen, wenn wir etwa die Vermutung aufsprächen wollten, daß er in dieser Frage anders entscheiden könnte, als in Uebereinstimmung mit unsren programmatischen Forderungen. Klara Jettin befürchtet wohl zu Unrecht, daß sich da Meinungsverdächtigkeiten ergeben könnten. Wenn sie gemeint hat, die Frage dürfe deshalb nicht auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt werden, weil wir noch andre Forderungen, die die Frauen betreffen, vertreten und weil mit der Frage des Frauenwahlrechts für uns die Frauenfrage noch nicht erschöpft sei, so schießt sie mit dieser Bemerkung doch sehr über das Ziel hinaus. Wir stellen sehr

oft Anträge, die nicht die ganze Materie erschöpfen, sondern nur einen Punkt betreffen, nämlich den Hauptpunkt. Sonst dürfen wir auch den Achtstundentag nicht fordern, weil außerdem noch andre Forderungen der Arbeiter vorhanden sind. Eine solche Praxis, wie sie hier die Genossin Jettin empfiehlt, haben wir nie befolgt und können wir nicht befolgen. Ich glaube also, daß die Diskussion nichts ergeben hat, was gegen die Annahme des Antrages 4a spräche. Uebrigens machen wir ja nur einen Vorschlag für die Tagesordnung des weiteren Kongresses. Ob die Frage dann wirklich zur Verhandlung kommt, darüber hat der Kongreß selbst zu entscheiden. Ich bitte Sie also, alle drei Anträge anzunehmen und bezüglich der Bescheidung des Kongresses den Münchener Beschluß zu wiederholen. (Zustimmung.)

Persönlich bemerkt zum Schlusswort

Klara Jettin: Ich konstatiere, daß Singer gegen eine Rede gesprochen hat, die ich gar nicht gehalten habe. (Weiterleit.) Ich habe nicht gesagt, daß wir die Frage des Frauenwahlrechts von den andern Frauenforderungen nicht lösen könnten, sondern, daß wir sie nicht von unsren allgemeinen demokratischen Forderungen, die wir für Männer und Frauen erheben, losstreifen sollten. (Sehr richtig!) Der Antrag 4a wird abgelehnt, Antrag 4 sowie der Antrag Rollensbührs angenommen. Entsprechend dem Antrag Singer wird der Münchener Beschluß betreffend die Bescheidung des internationalen Kongresses erneuert.

Dankt ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Anden verliest folgende Sympathie Kundgebung:

Der Parteitag spricht den im den Achtstundentag kämpfenden Textilarbeitern in Grimnitzsch, die unter unglaublichem Polizeidruck und unter Verungung der in Bezug auf das Koalitionsrecht bestehenden Bestimmungen ihren Kampf mit einem rücksichtslosen Fabrikantenthum kämpfen, seine volle Sympathie aus. (Bravo!) Der Achtstundentag bildet eine Etappe auf dem Wege zur Erlangung des Achtstundentages. Deshalb ist den im Vordertreffen stehenden 7000 Textilarbeitern die volle moralische und materielle Unterstützung von seiten der Arbeiter eine Pflicht. (Bravo!) Den kämpfenden Brüdern wünscht der Parteitag vollen Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

Koben: Ich stelle fest, daß der Parteitag sich einmütig dieser Sympathiekundgebung anschließt. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

In einer Erklärung erhält das Wort

Peus-Deffau: Ich war gestern verhindert, an der Abstimmung über Antrag 7 teilzunehmen, da ich wegen einer Versammlung abreisen mußte. Ich erkläre daher, daß ich für den Antrag 7 gestimmt haben würde. Allerdings bin ich überrascht, daß ein solcher Beschluß überhaupt nötig war. Ich befürchte, daß durch den Beschluß mancher unter die Räder kommen kann, der nicht gepakt werden soll. (Muntere. Auf: Das ist doch keine Erklärung zu Protokoll.) Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1 1/2 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

1 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Es ist folgende Resolution eingelaufen:

Der Parteitag spricht einmütig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Wuchertarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, in besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion.

Grundwald, Jonas, Bergmann, W. Friedländer, Köcker, Passch, A. Jähle-Berlin II, K. Barthel, Rothe, S. Werner, Frick, Rob. Müller, Storch, J. Höpfer, Pohl, Rohleder, Langenstein, Leonhardt, W. Gewehr, K. Quenisch, Gustav Lehmann.

Diese Resolution gehört zu dem bereits erledigten Punkt „Parlamentarische Thätigkeit“ und würde jetzt nur noch unter den sonstigen Anträgen zur Verhandlung kommen können. Ich schlage aber vor, sie jetzt gleich zu erledigen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. — Das Wort wird nicht verlangt — und so darf ich wohl annehmen, daß der Parteitag diese Resolution angenommen hat (Beifall: Einstimmig angenommen hat! Sonst bitte ich um Abstimmung!)

Es ist kein Widerspruch erfolgt und ich konstatiere, daß der Parteitag einmütig diese Resolution angenommen hat. (Bravo!)

Wir kommen nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Taktik der Partei.

Die ersten drei Hauptpunkte: Reichstagswahlen, Vicepräsidenten-Frage, die revisionistischen Bestrebungen sind darin zusammengefaßt. Auch die Diskussion erstreckt sich über alle drei zugleich.

Für zur Verhandlung stehen die Anträge 80—91, 101—111, 113 B, 129 und 130.*)

*) 80. Parteigenossen im neunten badischen Wahlkreis, Berlin II, Magdeburg, Würzen, Stettin, Hannover, Düsseldorf, XVII sächsischen Wahlkreis, Stuttgart: Die Fraktion hat den Anspruch auf den Sitz im Präsidium des Reichstages zu erheben, jedoch nur ohne jede Uebernahme konventioneller Pflichten.

90. Parteigenossen in Mannheim: Es hat unsre Fraktion ihren Anspruch auf die Besetzung des Vicepräsidentens im Reichstag unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie setzt in das Taktgefühl und Selbstbewußtsein des eventuell Gewählten das Vertrauen, daß er bei Ausübung der ihm auferlegten Pflichten die Würde der Volkvertretung und die Machtstellung seiner Partei zu wahren weiß.

91. Parteigenossen in Köln-Stadt wünschen, daß der Fraktion die Lösung der Vicepräsidenten-Frage überlassen bleibt. Sie haben zu den gewählten Vertretern der Socialdemokratie das Vertrauen, daß sie die Frage in einer das Interesse und die Ehre der Partei währenden Weise entscheiden werden.

101. Parteigenossen in München-Gladbach erklären sich einmütig für das Festhalten an unsren Principien und für die Vertheidigung der bisherigen Taktik.

102. Parteigenossen Berlin V erklären sich mit der bisherigen Taktik der Partei einverstanden. Sie erblicken in dem Ausfall der Reichstagswahlen eine gewaltige Kundgebung und Aufforderung, den Kampf gegen die Reaction in allen ihren Schattierungen weiter zu führen ohne jede Konzession an bürgerliche Anschauungen und Staatsmännereien und erwarten angelegentlich, daß sich immer mehr verschärfenden Massengegenstände auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete eine scharfe und energische Vertretung der Klassenforderungen des Proletariats.

103. Parteigenossen in Berlin I erklären, daß für die Partei immer der Grund vorliegt, zur Zeit in irgend einer Form oder bei irgend einer Frage von ihren alten proletarisch-revolutionären Grundsätzen und tatsächlichen Maßnahmen abzugehen. Die Parteiversammlung erwartet vom Dresdener Parteitag, daß er dieser Anschauung in nicht mißzuverstehender Weise unabweisend Ausdruck giebt.

104. Parteigenossen in Berlin IV sehen in der Art, wie Genosse Bernstein die Vicepräsidenten-Frage in der Offenheit behandelt hat, bevor er seine Meinung in der Fraktion, deren Mitglied er ist, vertreten hat, eine Taktlosigkeit, welche der Partei mehr schadet als nützt, und erwarten, daß Genosse Bernstein sich künftig bei Wahrung aller Meinungsfreiheit mehr dem Interesse der Partei, als dem Sensationsbedürfnis anpöht. Die Parteiversammlung spricht ihre Mißbilligung in schärfer Form allen den Genossen aus, welche in dieser Sache sich zu Mißthätigen Eduard Bernsteins gemacht haben.

105. Parteigenossen in Berlin II und VI: Die Parteigenossen des zweiten und der Wahlverein des sechsten Berliner Kreises stehen auf dem Standpunkt, daß unsre Reichstags-

Fraktion das parlamentarische Recht für sich in Anspruch nimmt, die erste Vicepräsidentenstelle zu besetzen, es aber ablehnt, dafür die Bedingung zu erfüllen, zu Hofe zu gehen. Der II. und IV. Kreis ist der Ueberzeugung, daß die Anregung der ganzen Frage aus einer maßlosen Ueberhöhung des Parlamentarismus entstanden ist, daß die Frage wohl für bürgerliche Kreise ein so großes Interesse haben könnte, nicht aber für die socialdemokratische Partei. Im übrigen erwartet der II. und VI. Kreis, daß die Genossen endlich aufhören, sich in allerlei Phantasieereien zu erganzen, und daß sie mehr den notwendigen praktischen Aufgaben der Partei ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

106. Parteigenossen in Leipzig-Stadt: Die heutige Versammlung des Wahlvereins des zwölften Reichstags-Wahlkreises (Leipzig-Stadt) erwartet, daß der Parteitag zu Dresden in der aufgeworfenen Vicepräsidentenfrage die Entscheidung trifft und unterbreitet zu dem Zwecke dem Parteitag folgenden Antrag:

Der Parteitag protestiert gegen die Zulassung irgend welcher Beteiligung von Parteivertretern an monarchischen Quidbildungen; er mißbilligt entschieden die seit Jahren wiederholt zu Tage getretenen revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und bestimmter Richtungen in tatsächlichen und parteigrundsätzlichen Fragen; der Parteitag lehnt es bestimmt ab, den Klassenkampf-Charakter unsrer Partei aus Gründen vermeintlicher politischer Vorteile jemals zu verlassen.

107. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Parteiversammlung des 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises spricht sich mit Entschiedenheit gegen die von Bernstein, Vollmar und andern vertretenen Ansichten in Bezug auf die Vicepräsidenten-Frage im Reichstage aus. Die Versammlung wendet sich vor allem dagegen, daß solche Fragen von der Fraktion entschieden werden sollen, sie hält vielmehr den Parteitag als die einzig richtige Instanz, derartige Fragen zu klären. Im weiteren erwartet die Versammlung, daß der Parteitag gegen die immer deutlicher auftretenden Bernsteinereien in der Partei ein entscheidendes Wort spricht.

108. Parteigenossen im vierten hannoverschen Wahlkreis: Der Parteitag erwartet von der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß diese getreu der bisherigen Gesinnung im Anspruch erhebt auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstags-Präsidium. Er hegt zur Fraktion aber auch das Vertrauen, daß diese an der seitherigen Taktik festhält, indem sie es mit Entschiedenheit zurückweist, Verpflichtungen zu übernehmen, die weder von der Verfassung noch von der Geschäftsordnung des Reichstages gefordert werden. Ohne die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei antasten zu wollen, bedauert aber dennoch der Parteitag die Art und Weise, wie der Genosse Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein Stellung zu der obigen Angelegenheit genommen hat.

109. Parteigenossen für Neuh. J. L. und Krefeld: Der Parteitag für Neuh. J. L. und die Parteigenossen in Krefeld halten es für das parlamentarische Recht unsrer Reichstags-Fraktion, entsprechend ihrer Stärke einen Sitz im Präsidium des Reichstages zu beanspruchen; sie weisen es aber ganz entschieden zurück, daß dabei andre als durch die Geschäftsordnung des Reichstages vorgeschriebene Bedingungen erfüllt werden.

Die Parteigenossen erblicken in dem Vorschlage Bernsteins über die Besetzung der Vicepräsidenten-Stelle eine Aenderung unsrer bisherigen allbewährten Taktik und erwarten vom Parteitag, den immer wieder auftretenden Tendenzen auf Änderungen derselben gegenüber ein entschiedenes abweisendes Wort. Die Parteigenossen mißbilligen ferner auf das schärfste die Art und Weise des Vorgehens des Genossen Bernstein in der Vicepräsidenten-Frage.

109a. Kreis-Konferenz Rieders-Barnim: Die Versammelten erklären sich entschieden gegen die Bestrebungen einzelner Parteigenossen, welche dahin gehen, die Partei von ihrer bewährten Kampfweise abzubringen und durch Konzessionen an die bürgerlichen Parteien aufsehenerfolge zu erringen, die sich nicht als Scheinerfolge erweisen werden. Die Kreis-Konferenz spricht weiter die Erwartung aus, daß der Parteitag die gleiche Stellung nehmen werde gegen diejenigen Parteigenossen, die es mit ihrer Parteigenossenschaft vereinbar halten, ihre Geisteserzeugnisse in bürgerlichen Blättern niederzulegen, die der Kontrolle der Partei nicht unterliegen, bezu. von den Parteigenossen nicht verfolgt werden können. Die Konferenz erwartet, daß unabweisend ausgesprochen wird, daß solche Genossen für Vertrauensstellungen innerhalb der Partei nicht in Frage kommen können.

110. Parteigenossen des Kreises Frankfurt a. D. - Lebus: Die Kreis-Konferenz spricht den Wunsch aus, daß die vollkommene Einheit und Uebereinstimmung der Parteigenossen, die im Wahl-

Soeben wird noch ein Amendement zur Resolution 130 gestellt, das erst in Druck gegeben werden soll.

Alle diese Anträge werden in ihrer Gesamtheit zur Unterstützung gestellt. Die Unterstützung reicht aus.

Auf Anregung Ewalds wird auch noch Antrag 17, der die nötige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Singer: Bemerken will ich, daß auch bei diesem Punkte, wenn der Parteitag meinem Vorschlage folgen will, die Beschränkung der Redezeit aufgehoben ist. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Gemeldet haben sich zu diesem Punkt bisher 55 Redner. (Weiterleit.) Es hat sich eine gewisse Zustimmung unter den Delegierten darüber geltend gemacht, daß sich die Redner, bevor noch dieser Punkt zur Verhandlung kam, in die Rednerliste haben einzeichnen lassen. (Sehr richtig!) Es ist das eine Gewohnheit aller bisherigen Parteitage. Nirgends besteht ein Zwang, sich erst dann zum Wort zu melden, wenn der Gegenstand herankommt. Es ist immer so gehandelt worden, daß die Genossen sich zu der ihnen angemessen erscheinenden Zeit vormerken lassen.

Es entwickelt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte. Peus verweist auf § 1 der Geschäftsordnung und schließt daraus, daß sich die Redner lokalweise nur in dem Augenblick zum Wort melden dürfen, wo der Gegenstand auf die Tagesordnung kommt. (Zustimmung.) Sonst ist eine Bestimmung in der Geschäftsordnung darüber nötig, wieviel Wochen vorher sich die Redner einschreiben lassen dürfen. (Weiterleit.) Sonst ist keine Gerechtigkeit möglich. Wie die Schwierigkeit im Augenblick zu beseitigen ist, weiß ich nicht. Vielleicht empfiehlt es sich, eine neue Rednerliste aufzustellen. (Zustimmung und Widerspruch. Beifall: Das wäre ein schönes Wettrennen!)

Hoffmann-Berlin schließt sich der Ansicht des Vorredners an. In Zukunft müsse die bisher beliebte Praxis geändert werden. Jetzt läßt sich freilich nichts mehr ändern, denn sonst würde das Bureau von den Rednern attackiert werden. (Weiterleit.)

Singer: Daß Peus sich über unsre Praxis wundert, hätte ich kaum erwartet, da er doch mit der gleichen Praxis parlamentarischer Körperschaften vertraut sein dürfte. Wir wollen die Verhandlungen nach Möglichkeit abkürzen, wir würden sie aber aufhalten, wenn jetzt die Redner herankommen und sich von neuem zum Wort melden wollten. Die geltende Geschäftsordnung enthält kein Verbot der vorherigen Wortmeldung. Wenn die Genossen darin einen Mangel sehen, können sie ihn ja künftig ändern. Sollte aber in dieser Aufassung ein Vorwurf gegen das Bureau liegen, so würde er durchaus ungerechtfertigt sein, weil wir genau so gehandelt haben, wie die früheren Parteitage. Der Parteitag hat jedoch in dieser Frage die Entscheidung. Sollte aber die Aufstellung einer neuen Rednerliste verlangt werden, dann würde ich doch empfehlen, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Aufmarsch der Redner sich vollziehen kann. (Weiterleit.) Ich glaube aber, das richtigste wäre, die alte Liste bestehen zu lassen. (Zustimmung.)

Obert-Bremen: Ich habe gehört, daß beabsichtigt wird, außer der Reihe zwei Genossen, die verschiedener Meinung sind, an erster Stelle sprechen zu lassen. Wenn der Parteitag das vorher gewußt hätte, dann hätte er der Aufhebung der Beschränkung der Redezeit

110. Parteigenossen des Kreises Frankfurt a. D. - Lebus: Die Kreis-Konferenz spricht den Wunsch aus, daß die vollkommene Einheit und Uebereinstimmung der Parteigenossen, die im Wahl-

nicht zugestimmt für die nachfolgenden Redner. Ich beantrage die Beschränkung der Redezeit wieder auszusprechen und damit den zuerst gefassten Beschluß wieder aufzuheben.

Der Antrag wird abgelehnt.
Singer: Ich mache nunmehr folgenden Vorschlag: Ich glaube, es ist im Interesse der Diskussion wünschenswert, daß umschwebel der Rednerliste zwei Genossen, von denen der eine seine Auffassung, der andere eine entgegengelegte zu verteidigen hat, das Wort nehmen und gleichsam die Grundlage für unsere Diskussion liefern. Es sind die Genossen Bebel und Vollmar. Es handelt sich nicht eigentlich dabei um die Aufstellung von Referenten, der Parteitag bindet sich nicht. Um einer Regendenbildung vorzubeugen, stelle ich noch fest, daß die erste Wortmeldung zu diesem Punkte erst gestern nachmittags erfolgt ist.
Engler-Freiburg i. Br. regt an, Bebel und Vollmar auch das Schlusswort zu geben.
Singer: Das wollen wir uns vorbehalten.
Der Parteitag ist mit dem Vorschlag Singers einverstanden.

Bebel:

Parteigenossen, bevor ich in meine Rede eintrete, muß ich Ihnen mitteilen, daß die Antragsteller Ihnen eine Aenderung der von mir, Kautsky und Singer vorgeschlagenen Resolution Nr. 130 vorschlagen. Wir drei hatten, ehe wir uns verständigten, jeder eine Resolution ausgearbeitet. Wir sind vorgestern abend spät, nachdem eine Vorstandsitzung vorausgegangen war, um 1/2 10 Uhr in eine Beratung eingetreten, die bis Mitternacht dauerte. Dabei hat derjenige, der die Resolution zur Meinungsübernahme übersehen, daß der Satz 1, der hier steht, von uns allen dreien, auch von dem Verfasser, abgelehnt worden war und man sich auf einen andern Satz geeinigt hatte und zwar folgenden, den ich Ihnen hiermit vorschlage: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vicepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, häßliche oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind.“

Nun ist ja mit Ihrer aller Einverständnis beschlossen worden, daß, wenn auch der offizielle Titel des jetzigen Punktes lautet, dabei doch insbesondere die Reichstagswahl, ihr Verlauf und ihre Bedeutung für die künftige Haltung der Partei beziehentlich der Fraktion mitberücksichtigt werden sollen. Dieser Beschluß rechtfertigt sich auch dadurch, daß nach den Wahlen nicht allein innerhalb der Partei, besonders auch bei den Parteigenossen des Auslandes, bei denen ungeheure Freude über den Ausfall der Wahlen herrschte, als auch bei unsern Gegnern die Frage aufgeworfen wurde: Was wird denn nun nach diesem weit über Erwartung großen Erfolg der Socialdemokratie thun? In dieser Frage schon äußerste sich die Meinung, daß diese Resultate in bezug auf die künftige Tätigkeit der socialdemokratischen Fraktion im Reichstag von solcher Bedeutung seien, daß sie wahrscheinlich eine Aenderung des ganzen Verhaltens der Fraktion beziehungsweise der Partei herbeiführen würden. Besonders ein Blatt, das in den letzten Tagen hier viel genannt wurde, die „Zukunft“, war es, erörterte in einem Leitartikel unmittelbar nach den Wahlen durchaus objektiv die Frage, ob in der That die Fraktion die bisherige angeblich neugierige Haltung im Reichstage auch fürderhin beibehalten würde. Kautsky schrieb sofort in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit“ einen Artikel: Was nun?, in welchem ebenfalls diese Frage aufgeworfen wurde. Der Artikel enthielt für mich ganz brillante Stellen, aber am Ende desselben war ich doch nicht viel klüger, als vorher, was mir sonst eigentlich bei Kautskyschen Artikeln nicht passiert.

Kampf zu Tage getreten ist, auch in den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages zur Geltung kommen möge, und daß in erster Linie die wichtigen, für die Interessen des Proletariats bedeutsamen Forderungen erörtert werden, nicht aber die im Verhältnis dazu ganz unbedeutende Frage der Vicepräsidentschaft und dergleichen einen großen Teil der löblichen Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen möge.

111. Parteigenossen im zweiten sächsischen Wahlkreis: In Erwägung, daß die Kampfesweise unserer Gegner in den Landgemeinden eine scharfe wird, in fernerer Erwägung, daß unsere Gegner in der großen Mehrzahl über Verstummen, als Häußer, Wirtschaftler oder Bauerngüter, verfügen und unsere Genossen, welche sich an der Agitation öffentlich beteiligen oder als Vertrauensmänner usw. die Partei vertreten, sehr schwer schädigen, indem die Herren Hausbesitzer ihren Reichthümern einfach kündigen, dieselben dann aber sehr schwer eine neue Wohnung im Orte bekommen können, beantragen wir, daß die Partei bestrebt sein muß, überall, wo sich solche Mißstände zeigen, Häuser zu erwerben oder Bauerngüter in eigene Regie zu nehmen.

113 B. Da die Parteipresse zu sehr eventuellen Schwankungen der Papierpreise unterworfen ist, erhält der Vorstand die Direktive, entweder selbst oder mit Hilfe von Genossenschaften in rüchständigen Wahlkreisen, vornehmlich in Domänen des Centrums, eigene Papierfabriken zu errichten, um dadurch der Parteipresse teilweise zweckmäßigeres Papier zu liefern und mehr Unabhängigkeit zu verschaffen. Im weiteren, um zu zeigen, daß ein Teil der Forderungen des Programms für die Arbeiter schon heute durchzuführen ist, und den einen oder andern Wahlkreis sicherer zu stellen.

129. In der Präsidialfrage erklärt die Konferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde folgendes: „Es ist selbstverständlich, daß die Fraktion den Posten des ersten Vicepräsidenten zu fordern und alle sich auf dieser Stellung ergebenden geschäftsmäßigen Verpflichtungen zu übernehmen hat. Dagegen weist die Konferenz mit Entschiedenheit die Zuzunahme zurück, diesen Posten durch die Übernahme hiesiger Verpflichtungen zu erlangen. Ist jede Teilnahme an monarchistischen Demonstrationen für die Partei schon an sich ganz unzulässig, so ist sie das doppelt nach den Reden von Essen und Breslau. Die Konferenz erklart in diesen Vorschlägen einen neuen Ausbruch jener revisionistischen Strömung, die darauf hinausläuft, die Partei zu verbürgerlichen und von dem Boden des proletarisch-revolutionären Kampfes abzubringen. Die Konferenz verurteilt diese Bestrebungen aufs schärfste und erwartet eine gleiche Stellungnahme vom Parteitag.“

130. Der Parteitag fordert die Fraktion auf, es in der Frage der Befehung der Vicepräsidenten- und Schriftführerposten im Reichstage bei ihrer bisherigen Stellung — Ablehnung aller nicht durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen — zu belassen.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und siegreiche, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Gegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die socialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Massenengpässe zu vertiefen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundzügen unseres Programms dazu benützt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kräftigste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.

Bebel, Kautsky, Singer.

Ich sage mir: Er hat die Frage „Was nun?“ aufgeworfen, aber doch keine rechte Antwort gefunden. Aber auch namentlich die Parteipresse des Auslandes, insbesondere die Wiener „Arbeiter-Ztg.“, die ich stets mit größtem Interesse lese, hat ähnliche Gedanken diskutiert. Es wird auch meine Aufgabe sein, in erster Linie die Frage zu behandeln: Welcher Art sind die Veränderungen, die durch die Wahlen des letzten Sommers herbeigeführt worden sind, und welchen Einfluß können sie auf die Haltung der Partei und speciell die Taktik der Fraktion im Reichstage ausüben? Bei den letzten Wahlen sind unsere Stimmen von rund 2107 000 Stimmen, die wir 1898 hatten, auf ca. 3 010 000 — die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor — gestiegen. Das ist ein Stimmenzuwachs von über 900 000 oder ca. 43,7 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung seit 1898 um 8 Proz. sich vermehrt hat. Die Zahl der Wahlberechtigten wird sich etwas stärker vermehrt haben, da die durchschnittliche Lebensdauer des deutschen Volkes zugenommen hat. Uebrigens war die Wahlbeteiligung allgemein reger als 1898; fast alle Parteien haben mehr Stimmen auf sich vereint als 1898, allerdings ist der Zuwachs bei keiner Partei ähnlich groß wie bei uns. Wir hatten 1898 58 Abgeordnete; 1903 ist die Zahl auf 81 gestiegen; d. h. die Fraktion zählt 1898 14,8 Proz. aller Reichstags-Abgeordneten, 1903 30,4 Proz. Die Erfolge der Socialdemokratie sind in der Hauptfache erlungen auf Kosten der linksstehenden bürgerlichen Parteien. Wir haben ja auch eine Anzahl von Centrumsleuten erobert, ja sogar konservative Kreise, und wir würden das in erheblich größerem Umfang gethan haben, wenn das Wahlschild uns etwas günstiger gewesen wäre. Auf der andern Seite hatten die bürgerlich-liberalen Parteien sehr erhebliche Ausfälle, die in der Hauptfache uns zu gute kamen. Im ganzen also hat sich die Linke nicht erheblich geändert, aber die Halb- und Viertelmänner sind ausgeschieden und wir an die Stelle getreten. Es ist also insofern eine erhebliche Aenderung zu Gunsten der Linken eingetreten, als die Zahl der Männer, die in Bezug auf Vollsorderungen sowohl im Sinne der bürgerlichen Freiheit, wie insbesondere im Interesse der Arbeiterklasse künftig im Reichstage zu sprechen haben, erheblich größer geworden ist, aber in Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen des Reichstages, und namentlich bei wichtigen, ist so gut wie keine Aenderung zu erwarten. Auch in diesem Reichstage hat das Centrum zwei Mehrheiten zur Verfügung. Gest das Centrum mit der Rechten und den Nationalliberalen, auf die es ja in fast allen Fällen zählen kann, so hat es die Mehrheit, und macht es, was im nächsten Reichstage noch seltener als früher vorkommen wird, mit der Linken gemeinsame Sache — dabei wird es sich nie um Haupt- und Kardinalfragen handeln — so giebt es eine linke Mehrheit, bei der die Entscheidung ruht.

Auf der andern Seite wird man sich infolge des Ausfalls der Wahl auf der rechten Seite weit mehr als bisher zusammenschließen. Die Angst des Bürgertums, die schon bei den engeren Wahlen zum Ausdruck gekommen ist und die meisten Anhänger der bürgerlichen Parteien veranlaßt, gegen die Socialdemokraten zu stimmen, selbst wenn der ärgste Reaktionsär in Frage kam — diese Angst wird in Zukunft bei den Parteien des Reichstages, speciell beim Centrum, noch mehr zum Ausdruck kommen (Sehr richtig). Das Centrum wird nach meiner festen Ueberzeugung, und mit ihm die Parteien der Rechten, in Zukunft im Reichstage noch reaktionärer zu stimmen geneigt sein. (Sehr richtig!) Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Es ist sehr charakteristisch, daß die „Kreuz-Zeitung“ unmittelbar unter dem Eindruck des Resultats der Hauptwahl schrieb: „Die Not der Zeit gebietet und zwingt, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus dem politischen Leben auszuschalten trotz aller Bedenken.“ Ein Kampf, der nahezu vier Jahrhunderte das christliche Deutschland gespalten hat, ein Kampf, der in seiner Totalität einen ungeheuren unheilvollen Einfluß auf die ganze geistige und kulturelle Entwicklung des Deutschen Reichs bis zu diesem Tage ausgeübt hat, dieser Kampf soll jetzt mehr und mehr zurücktreten; es soll mehr und mehr eine Geschlossenheit eintreten, aber nicht um die Rechte und Freiheiten der Nation zu fördern, sondern umgekehrt zu ihrer Unterdrückung und Hintanhaltung. Das ist also das Resultat, das dieser Wahlkampf für die bürgerlichen, namentlich die rechtsstehenden Parteien zur Folge gehabt hat. Daß das so kommen mußte, konnte dem aufmerksamen Beobachter schon seit Jahren nicht mehr verschlossen bleiben. In vielen Richtungen ist ja gerade in dieser Beziehung der deutsche Kaiser mit seinem impulsiven Wesen eine sehr willkommene Persönlichkeit auch für uns. Wir können an seiner Haltung in hohem Grade abmessen, wie die Stimmung an den entscheidenden Stellen ist. Wir können an seiner Stellungnahme ganz genau merken, wie der Wind weht, und die Art, wie der Repräsentant des einzigen protestantischen Kaiserthums in der Welt sich schon seit einer Reihe von Jahren zu dem Oberhaupt der katholischen Kirche und der höheren und niederen katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war im höchsten Grade symptomatisch und hat gezeigt, wohin die Strömung geht: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Das ist vielleicht ein nicht ganz unbedeutendes Moment der Thatfache, daß gerade unsere Partei in einem so bedeutenden Maße an Stimmen gewonnen hat.

Wir wissen ganz genau und haben es nie gesehnet — ist es doch keine Schande, sondern eine Ehre für uns — daß bei allen Wahlen, vielleicht mit Ausnahme der ersten Wahlen unter dem Socialistengeis, wo es eine Gefahr bedeutete, socialdemokratisch zu wählen, eine erhebliche Stimmenzahl auf unsere Kandidaten entfallen ist von Leuten, die sich zunächst nicht als Socialdemokraten bekamen. Das sind die sog. „Mittläufer“. Die Motive, die diese Leute bewegen, sind sehr verschiedenartig, aber natürlich nicht im einzelnen festzustellen. Aber wir haben solche Mittläufer, wir dürfen auch zugeben, daß in dem Maße, wie die Partei in ihrer Totalität wächst, auch prozentual die Zahl der Mittläufer gewachsen ist. Auf der andern Seite steht aber fest, daß, mag die Zahl der Mittläufer bei den einzelnen Wahlen größer oder kleiner gewesen sein, die Socialdemokratie selbst in steigendem Maße mit der Sicherheit eines Naturgesetzes an Stimmenzahl gewachsen ist, daß, mochte auch der eine oder andre Mittläufer bei künftigen Wahlen abfallen, neue an seine Stelle traten und mit der Zahl der Mittläufer zugleich die Zahl der Socialdemokraten gewachsen ist, die bei der Partei geblieben sind. Das ist das Entscheidende und das außerordentlich Erreichte. Wie immer die Dinge kommen mögen, so können und dürfen wir nach dieser Richtung fest auf unsere Anhängerschaft bauen. Es konnte keinem unserer Genossen, wie auch keinem dieser Mittläufer, Anhänger und Gefühlsgegnossen, wie wir die Nichtorganisirten nennen, zweifelhaft sein, wen er wählte, als er einem Socialdemokraten seine Stimme gab. Denn wenn unsere Kandidaten und Flugblätter verläumt haben sollten, das zu sagen, so haben unsere Gegner die Agitationsarbeit für uns übernommen, sie haben uns in einem Lichte dargestellt, so schwarz, so gefährlich, daß ich mir schon oft gesagt habe: solche Vogelscheuchen hat man aus euch gemacht, und doch haben diese Vogelscheuchen so viel Stimmen bekommen. Alle Abschwenkungsmethoden haben nichts genützt bei diesen Männern, die haben gesagt: schwaht und schimpft, verleumdet nur, soviel ihr wollt, wir wählen doch einen Socialdemokraten.

Freilich dürfen wir uns auch weiter fragen: Welche verschiedenen Momente haben dazu beigetragen, die Zahl unserer Anhänger in diesem Maße zu vermehren? Da ist kein Zweifel, daß in immer weitere Kreise des deutschen Volkes der Unwille, die Unzufriedenheit, ja die Empörung über unsere vollständig zerfahrenen inneren Zustände dringt. Die vollständige Kopfstöckigkeit unserer inneren wie äußeren Politik macht immer weitere Kreise der Bevölkerung bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf, klar und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Es ist die vollständige Stagnation, wenn nicht der offene Rückschritt in der Befriedigung der notwendigsten Kulturbedürfnisse nicht allein im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, der zahlreiche Elemente der Socialdemokratie zuführt; es ist die traurige Finanzwirtschaft in Staat und Reich, die Plan- und Ziellosigkeit unserer Handelspolitik. Man hat, was man immer den Agrariern von seiten der Regierung vorgeworfen hat, doch nicht den Mut gehabt, ganz

agrarisch aufzutreten, aber noch viel weniger den Mut, antiagrarisch aufzutreten, und so ist eine Situation eingetreten, die in der That für das Wirtschaftsleben der Nation in den nächsten Jahren von den verhängnisvollsten Folgen sein muß, weil alles, was wir in dem sogenannten Obstruktionskampf, wo wir nach der Ansicht der freisinnigen, selbst der bürgerlich-demokratischen Blätter wie der „Frankfurter Zeitung“ eine so völlig unglückselige Taktik verfolgt haben sollen, vorausgesetzt haben, bis auf dem Tischelchen über dem i eingetreten ist. Sie haben ihren Rollstuhlfelkommen! Jetzt sollen sie an die Arbeit gehen. Sie sind an die Arbeit gegangen, und da stellen sie sich in den Ministerien hin, und müssen sich erst, wie ein russisch-österreichisches Blatt sich ausdrückt, gegenseitig beriechen (Heiterkeit), weil sie sich nicht trauen. Während in der letzten Session des Reichstages unmittelbar nach Annahme des Rollstuhlfelcomes hier die agrarische Mehrheit verlangte, daß die Regierung die Handelsverträge unbekümmert um die Wirkung kündige, und während man damals hoffte, daß der im Herbst zusammentretende Reichstag neue Handelsverträge zu beraten haben werde, ist heute die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der nächste Reichstag, mag die Session auch bis in das Frühjahr dauern, kaum einen Handelsvertrag zu beraten in der Lage ist.

Es besteht eine vollständige Führerlosigkeit in der inneren und äußeren Politik, eine Pflöckigkeit, ein ewiges Schwanken. Heute hüß, morgen hott, einmal nach rechts, einmal nach links, heute vorwärts, morgen rückwärts! Ich weiß ja, es giebt Leute in den oberen Regionen, die jeden Morgen mit der Frage aufwarten, ob nicht selbst während der Nacht ein Pulverfaß in die Luft gegangen ist (Heiterkeit), ob nicht Entscheidungen von großer Tragweite erfolgt sind, bei denen man sie hätte fragen müssen, in Wirklichkeit aber nicht hinzugezogen hat. Weiter haben die Militär- und Flottenpolitik und die daraus hervorgegangenen kolossalen Lasten in weiten Kreisen des Volkes die höchste Unzufriedenheit hervorgerufen. Es ist ferner die Weltpolitik, in der wir uns fortgesetzt Vamagen geholt haben, wie China, in Venezuela usw. Wo immer die stolze Flotte und teilweise auch die stolze Armee zu thun gehabt hat, da haben die ungeheuren Kosten den Resultaten in keiner Weise entsprochen. Alles das muß jetzt selbst dem einfachsten Mann im Bolke einleuchten. Er hört immer und immer wieder von einer neuen Militärvorlage, einer neuen Flottenvorlage, neuen Kolonialplänen. Wir wollen ja überall in der Welt, wo ein Nagel einzuschlagen ist, unseren Schild daranhängen. Von alledem hört der Bürger. Er weiß, daß er es ist, der in der Hauptfache seine Söhne für Heer und Marine zu opfern hat; er weiß, daß die Steuern erhöht werden müssen, daß das alles Kosten sind ohne irgend welchen Vorteil, und daß in dem Maße, wie das alles wächst und steigt, nicht etwa ein Zustand größerer Ruhe und Sicherheit eintritt, sondern daß im Gegenteil dieser ganze Zustand der Unruhe und Zerfahrenheit erhöht wird. Die Gefahr einer Gewaltkatastrophe wächst in demselben Maße, wie alle diese Rüstungen steigen. Er weiß weiter, daß die breiten Massen des Volkes in erster Linie die Kosten aller dieser Unternehmungen zu tragen haben, daß auf der andern Seite aber gerade die Klassen, die diese Rüstungen und diese Politik unterstützen, von den Lasten für diese Politik vollständig befreit sind. Alle diese Kosten werden auf die arbeitenden Klassen abgewälzt. Das wird so bleiben trotz aller schönen Versicherungen des Centrums, daß es bei künftigen Steuern verlangen würde, daß die breiten Massen des Volkes nicht weiter herangezogen werden. Alles das ist nur Phrasen, nur Schein. Darin gipfelt auch das Resultat des letzten Beschlusses im Staatssekretariat des Reichs-Schayamuis. (Schluß im Hauptblatt.)

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Gärtler. Bewilligt haben jetzt 62 Firmen mit 427 Gärtlern. Streikbrecher sind nur in wenigen Betrieben und nur einzelne vorhanden. Der Streik gewinnt immer noch an Ausdehnung. In der Verammlung der Streikenden am Donnerstag wurde eine ganze Anzahl von Betrieben genannt, wo teils die Gärtler erst jetzt in den Zustand getreten sind, teils die Arbeiter der verwandten Branchen, wie Schleifer und Dreher zwecks Unterstützung der Gärtler die Arbeit eingestellt haben. Mit dem Fortgang der Bewegung sowie mit der Haltung der Streikenden kann man vollkommen zufrieden sein. Die Situation ist sehr günstig für die Streikenden. Alle Versuche der Unternehmer, die Streikenden wanden zu machen, bleiben erfolglos. Der Inhaber der Firma Babisch, Wittenerstraße, hat, wie der Referent Cohen mitteilte, am Mittwochabend ganz bestimmt erklärt, er werde die Forderungen unterschreiben, falls ihm nachgewiesen würde, daß sein größter Konkurrent ebenfalls unterschrieben habe. Nun brachte Cohen dem Herrn an andern Morgen den Beweis. Aber Herr Babisch unter-schrieb doch nicht und sagte: das hätte er wohl am Mittwoch versprochen, jetzt wäre Donnerstag, da gelte das nicht mehr.

Die nächste Streikversammlung der Gärtler findet am Montagvormittag statt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß auch in Mainz die Gärtler wegen Lohnforderungen in den Streik getreten sind. Zugug nach dort ist fernzuberufen.

Die Lohnbewegung in der Kartonindustrie. Auf den Beschluß der Versammlung vom Montag, der dem Vorsitzenden der Fabrikanten-Vereinigung sofort zugelandt wurde, ist — wie Brüdner in der Versammlung am Mittwoch mitteilte — noch keine Antwort eingelaufen. Wie verlautet, hat sich die Vereinigung für infompetent erklärt, da ihr nur ein oder zwei der für die Bewegung in Betracht kommenden Firmen angehören. Es handelt sich bei dieser Lohnbewegung bis jetzt nur um Forderungen der Metzler, derjenigen Kartondarbeiter, die das Zusammenstimmen von meist zu Verkaufszwecken bestimmten Kartons besorgen. Nun haben am Mittwoch nachmittag sieben der bedeutendsten Firmen dieser Branche im Bureau des Buchbinder-Verbandes um eine Verhandlung über die Forderungen nachgehakt, die am Freitag stattfinden soll. Unter diesen Umständen erklärte der Referent es für zweckmäßig, wenn mit der Arbeitsüberlegung noch gewartet wird. — Die Versammlung beauftragte die Tarifkommission, unter Heranziehung des Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin des Buchbinder-Verbandes, diese Verhandlungen zu führen. Die Versammelten erwarten, daß die minimalen Sätze des Tarifs voll und ganz anerkannt werden. Zweck Berichterstattung und Beschlußfassung über das Ergebnis der Verhandlungen soll am Montag eine weitere Versammlung stattfinden, die beschließt, ob die Arbeit niedergelegt werden soll oder nicht.

Achtung! Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen. In der Deutschen Buch- und Buchbinderarbeit in Posen sind sämtliche Kollegen und Kolleginnen heute wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Zugug ist streng fernzuberufen! Streitarbeit eruchen wir streng zurückzuweisen!

Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes.

Achtung! Eisenerbeiter. Bei der Firma Gebauer, Eisen-gießerei, Paulstraße (früher Rudolf u. Köhne), haben sämtliche Buch-pieger wegen Preisdifferenzen die Arbeit eingestellt. Vor Zugug wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Berchande findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

2. 36. Sie müssen auf Zahlung lazen. — D. S. Die Verjährungsfrist beträgt 3 Jahre. Bestreiten Sie. — A. S. 64. Ihre Schadensersatzpflicht hängt davon ab, ob das Vergehen Ihres Sohnes als großes Verbrechen zu erachten ist. Die Frage dürfte zu Ihren Gunsten zu verneinen sein. — G. S. 24. Wenn Ihr Mietvertrag nicht das Gegenstand betagt: ja. — M. C. 1. Rein 2. Ja. — H. S. 1. Durch Weiter-leben. 2. 5. 2. 60. Hg. gebunden, 6. 2. 35. Hg. mit Nachtrag. — H. S. 101. Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Zahlung der Alimente lazen. — W. S. 204. Rein. — J. M. 72. Ihre Anträge

Unberühmlich. Besuchen Sie die juristische Sprechstunde. — **H. Herz.** 1. Sie können, wenn nichts vereinbart ist, angemessenen Lohn verlangen. 2. Ja. — **G. K. G.** Sie können bei dem Landgericht Beschwerde einlegen. Ob diese Erfolg hat, läßt sich nicht voraussagen. — **M. M. 34.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Nein. 4. und 5. Sie brauchen eine andre Wohnung sich nicht aufdrängen zu lassen. Verlangen Sie, daß die Wohnung Ihnen in völlig brauchbarem Zustand übergeben wird, und teilen dem Vermieter mit, daß Sie von dem Vertrag zurücktreten, wenn nicht innerhalb 3 Tagen die Wohnung von dem Vermieter hervorgehobenen Mangel befreit wird. — **H. R.** Die Ansicht des Flugblattes ist nach dem Gesetz die zutreffende. — **Glender.** 1. Ja. 2. Das wäre möglich, aber strafbar. — **H. S. 50.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Wenn nichts andres vereinbart ist, so besteht 14 tägige Kündigungsfrist. Da der Vermieter aber mit Niederlegung der Arbeit einverstanden war, so können Sie auf Lohnzahlung klagen. **S. M.** Uns unbekannt. — **G. 98** und andre Petitionsfragen. 1. Zur Beschleunigung ist für die Frau Zurücklegung des 16., für den Brautigam Volljährigkeit (Zurücklegung des 21. Lebensjahres oder Volljährigkeitserklärung nach vollendetem 18. Lebensjahre) erforderlich. Das Ehefähigkeitsalter muß bei der Anmeldung zum

Aufgebot vorhanden sein. 2. Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres bedürfen eheliche Kinder der Einwilligung des Vaters, ehehehe der Mutter. 3. Beim Aufgebot werden verlangt: die Geburtsurkunde beider, die Militärpapiere des Brautigams, eine beglaubigte Ehemäßigkeitserklärung des Vaters (oder der Mutter) für die etwa noch vorhandenen Kinder, wo die Verlobten ihren Wohnsitz haben, ferner wenn ein der Verlobten seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb seines gegenwärtigen Wohnortes hat, auch in der Gemeinde seines jetzigen Aufenthalts und endlich, wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz innerhalb der letzten sechs Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnortes. Es ist daher zweckmäßig, dem Standesbeamten eine polizeiliche Anmeldung über den Antrag mitzubringen. Der Antrag erfolgt zwei Wochen lang. 5. Vor der Heirat müssen mindestens 200 Karten geliebt sein, wenn die junge Frau den Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für sie geliebten Karten geltend machen will. Sie verlieren dann aber alle Ansprüche aus der Versicherung. Nicht sie selbst (mindestens 40 Karten in je zwei Jahren), so behält sie ihre oft wertvolleren Ansprüche, die Möglichkeit, eine Heirat zu bezeugen. 6. Rückständig die

Wohlfahrt der Bruderschaft dem Verschwiegeren gegenüber besteht kein fester Brauch; in der Regel bietet der Verschwiegerer das Duzen an. 7. Eine kirchliche Trauung ist für die Rechtsbedingtheit der Ehe völlig unerheblich. Die Ehe wird durch das Ja der Verlobten vor dem Standesbeamten geschlossen. Dieser Heirat kann sich ein Hochzeitsmann, ein Gang in die Kirche, eine Hochzeitsreise anschließen; irgendwelche Rechtsfolgen sind an solche Ceremonien nicht geknüpft. **H. S. 14.** Diese Manipulation kann als Beweis dafür angesehen werden, daß es sich nicht um eine geschlossene Gesellschaft handelt, deren Veranlassungen polizeilicher Genehmigung nicht unterliegen. — **Kummel 23.** Bis zum dritten Tage des letzten Quartals kann gekündigt werden. Liegt die Sache so, wie Sie schildern und ist ein schriftlicher Vertrag nicht geschlossen, so geht der Vertrag ohne weiteres mit dem 1. Oktober zu Ende. — **Gesundbrunnen 42.** Das Vorgehen der Behörde entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Sie können einen Antrag auf Erlass an die Steuerdeputation richten. — **G. K. 120.** Soweit ersichtlich, liegt eine Verpflichtung der Berufsgenossenschaft nicht vor. Um Ihnen ausreichende Antwort zu erteilen, müssen Sie darlegen: wo? in welcher Fabrik? für welchen Unternehmer? ist gearbeitet? Ferner: wie lautet das Krankenkasstatut?

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 18. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Goldenes Kreuz. Zauberoper.
Schauspielhaus. König Heinrich IV. 1. Teil.
Wesien. Dollborn.
Verding. Aufseherung.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Reichens. Das beste Mittel.
Neues. Pelleas und Melisande.
Deutsches. College Grampton.
Central. Die Hebräer.
Thalia. Der Hochzeits.
Anfang 8 Uhr:
Niederbühlhaus (Kroll). Liebes- und Idyllen. Wilson nach dem Galle.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Rind auf d. Ehr.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Der Bibliothekar.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Liebeskugel.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiß. Amor in Wachs.
Kaisers. Einer von unsrer Leut'.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Renettes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Urania. Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte Invalidenstrasse 57/52. **Caolano Panopticum** Friedrichstraße 165. **Lebend!!** für gesammelte Gesammelte Schwestern. 20 Jahre alt. Violin-Virtuosinnen!
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Mylone, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr. Eintritt: Spierraitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schwan in 3 Akten von H. Wilson. Bearbeitet von H. Jacobsen. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Winter-schlaf.
Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Barnes Theat.), Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte. Billets 4 Wochen im voraus.
Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid. Rosa Maria. Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Ballets. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. — Sonntag, den 19. September: Zum 250. Male: **Neuestes! Allerneuestes!**
Reichshallen
Stettiner Sängers (Reich, Petro, Britton, Steib, Böhm, Hofmann, Wäntner, Schrader u. Oberino.)
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 10. **Maria Stuart.**
Ein Trauerspiel von J. v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Geschlossen.

Urania.
Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte Invalidenstrasse 57/52.

Caolano Panopticum
Friedrichstraße 165.
Lebend!!
für gesammelte Gesammelte Schwestern. 20 Jahre alt. Violin-Virtuosinnen!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Mylone, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr. Eintritt: Spierraitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schwan in 3 Akten von H. Wilson. Bearbeitet von H. Jacobsen. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Winter-schlaf.

Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Barnes Theat.), Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte. Billets 4 Wochen im voraus.

Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid. Rosa Maria. Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Ballets. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. — Sonntag, den 19. September: Zum 250. Male: **Neuestes! Allerneuestes!**

Reichshallen
Stettiner Sängers (Reich, Petro, Britton, Steib, Böhm, Hofmann, Wäntner, Schrader u. Oberino.)
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 10. **Maria Stuart.**
Ein Trauerspiel von J. v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Geschlossen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Was ihr wollt. Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespear. Sonnabendabend 8 Uhr: Zum erstenmal: **Der Flock auf der Ehr'.** Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Der Tallisman.** Sonntagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadt'sches Theater). Freitagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.** Schwan in 4 Akten von G. v. Moser. Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Tallisman.** Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Die Räuber.** Sonntagabend 8 Uhr: **Im weissen Rössl.**

Apollo-Theater.
Zum 135. Male: **Die Liebes-Insel** mit dem grandiosen Post-Ballett. **Miss Mildred de Grey** Original-Barfuss-Tänzerin. Montrel. — Clermonts Circus. Pöttingers Schwed. Damen-Quintett. Neu! **Messers Biophon.** leb. u. sprech. Neu! **Messers Biophon.** Photographie. In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Das Moto-Mädchen.
Laut Urteil des kgl. Kammergerichts **Siegerin** über das Motogirl.
Mensch oder Maschine? Das neue Rätsel für Berlin!
LONA
in ihrer Scene „Im Boudoir“. 14 erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132. Die größte Lustspielungs-Operette Berlins in 7 Bildern:
Amor in Wachs.
200 Mitwirkende. Glänzendes Ballett. Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Fort. Sonntag nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148. Inhaber: **Wilhelm Fröbel.** Sonntag, den 20. September cr.: Erstes Auftreten der beliebten **Norddeutschen Sängers.** Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr: Um 10 Uhr: **Großer Extra-Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. des Vorstellungs 5 Uhr. d. Tages Punkt 10 Uhr. Entree 30 Pf. Diese Vorstellungen und Ball finden jeden Sonntag statt.

Palast-Theater Feen-Palast.
Burgstr. 22. Heute: **Grosse Extra-Elite-Vorstellung.** **Die goldene Spinne.** Schwan in 4 Akten von Schönhan. Theodor. . . Dir. Rich. Winkler. Ehrenarten und Vortugsbillets gültig. Sonnabend, den 19. September cr.: **Geniehet das Leben.** Lebensbild in 2 Akten mit Gesang. Das vornehme Septemberprogramm. Anfang 8 Uhr.

Sanssouci.
Köpenickerstr. — Stat. der Hochbahn. **Hoffmanns Norddeutsche Sängers** Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Solire: **Tanzkränzen. Theaterabend.** Sonntag, den 19. September: **Die Heber des Musikanten.** Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kiesel. Nach der Vorstellung: **Extra-Tanzkränzen.** An diesem Abend kommen Vortugsbillets für die Winterjaisson zur Ausgabe.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
Hauptgewinne: 100 000 Mark, 50 000 Mark, 25 000 Mark. Ziehung 28. Sept. bis 2. Oktober. Originallose a Mk. 3.50. Porto und Liste 30 Pf.
J. Eisenhardt, Neustrelitz.
Nur bestellte Lose, kein Ersatz, worden versandt. [24/11]

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
Ziehung: 28. Sept. — 2. Okt.
16 870 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinn: Mark
100 000
50 000
25 000
etc. etc. etc.
Originallose a Mk. 3.50
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bank-Geschäft.
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46a.
SO. Oranienstr. 177.

Achtung! 24762*
Handwerkern, Arbeitern empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollgarn-Preissteigerung meine
Kammgarn-Sweater
Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50. Reinwoll Kammgarn a 4,80 u. 5,30. Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30.
Theodor Fricke
1. Geschäft: Oranienstr. 174.
2. Geschäft: Oranienstr. 198.

Die Papsbilder des Biographen und das diemantliche Sensations-Programm.
Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich: **Streichkonzert.** Dienstag und Donnerstag: **Harburger Sängers.** Nach d. Bort.: **Tanzkränzen.** Boranzeige! Vom 1. Oktober ab jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Schaus' Künstler-Ensemble „Nordsterne“.** Nach jed. Bort.: **Tanzkränzen.**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Bobitzstr. 58. Freitag: **Keine Vorstellung.** Sonntag, den 20. September 1900, nachmittags 3 Uhr: **Robert und Bertram.** Abends 7 Uhr: **Mensch, ärgere dich nicht.**

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
Hauptgewinne: 100 000 Mark, 50 000 Mark, 25 000 Mark. Ziehung 28. Sept. bis 2. Oktober. Originallose a Mk. 3.50. Porto und Liste 30 Pf.
J. Eisenhardt, Neustrelitz.
Nur bestellte Lose, kein Ersatz, worden versandt. [24/11]

Scheruchs Festsäle
Rüdersdorferstrasse 45 (am Rastiner Platz).
Neu renoviert! Empfehle meine Säle und Vereinszimmer, von 50—2000 Personen fassend, für Vereine zu Versammlungen, Festlichkeiten, Hochzeiten zu den billigsten Bedingungen. **Anerkannt gute Küche, Weine erster Häuser und gutgepflegte Biere.** Um günstigen Zuspruch bittet
Albert Scheruch, Oekonom.

Unserm Bezirksführer 26422
Fritz Bergmann
zum heutigen Biensfest ein dreimaliges donnerndes Hoch!!!
Freie, sei nicht künstlich!
A. H. G. M. Fr. B. F. R. I.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 15. d. Mts., verstarb unser Mitglied, Oberer **Robert Krüger** Kreiswalderstr. 22. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Pflügensee aus statt. Gleichfalls am 15. verstarb unser Mitglied, der Vollerer **Hermann Thom** Schilkenstr. 10. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gesehmans-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 249/5 **Der Vorstand.**

Socialdemokratisch. Wahlverein für den Bezirk Rummelsburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 15. d. Mts., unser Mitglied, der Cigarrenmacher **Wilhelm Pohlmann** (Neue Prinz Albersstraße 65) im 57. Jahre verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute, Freitag nachmittag 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Kirchhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Kopfläuse nobst Brut verschwinden sofort! Unschädlich. Erfolge überraschend. In Drogenen 50 Pfg. „Puffi“
Stenographie
Stolze-Schrey.
Neue Unterrichtskurse in der vereinfachten Stenographie beginnen im Arbeiter-Stenographenverein: **Dienstag, 22. September,** bei Lehmann, Schulstr. 29. **Freitag, 25. September,** bei Grube, Annenstr. 16.

Album und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckaschen zu bill. Preisen.
Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut, Horn und Frauenleiden. Seydelstr. 9. **Freitag, 25. September,** bei Grube, Annenstr. 16.

Scheruchs Festsäle
Rüdersdorferstrasse 45 (am Rastiner Platz).
Neu renoviert! Empfehle meine Säle und Vereinszimmer, von 50—2000 Personen fassend, für Vereine zu Versammlungen, Festlichkeiten, Hochzeiten zu den billigsten Bedingungen. **Anerkannt gute Küche, Weine erster Häuser und gutgepflegte Biere.** Um günstigen Zuspruch bittet
Albert Scheruch, Oekonom.

Scheruchs Festsäle
Rüdersdorferstrasse 45 (am Rastiner Platz).
Neu renoviert! Empfehle meine Säle und Vereinszimmer, von 50—2000 Personen fassend, für Vereine zu Versammlungen, Festlichkeiten, Hochzeiten zu den billigsten Bedingungen. **Anerkannt gute Küche, Weine erster Häuser und gutgepflegte Biere.** Um günstigen Zuspruch bittet
Albert Scheruch, Oekonom.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen: Potsdamerstr. 25, Tauentzienstr. 7a u. b. Lützowstr. 18, Belle-Alliancestr. 107, Oranienstr. 31, Reinholdendorferstr. 20, Gummensstr. 92, Frankfurtstr. 115.
8, 10, 15—60 M. Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene. von 20,00 M. an. Teilzahlung gestattet. Lieferant des Post-Spar- und Vorkauf-Vereins

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Ortsverwaltung Charlottenburg.
Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

bei Hagen, Bismarckstr. 50.
Tages-Ordnung: Verbands-Angelegenheiten. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschl.

Bureau: Berlin O., Dragonerstr. 15. — Telefon: Amt III, 5028.

Sonntag, den 20. September 1903, vormittags 10 Uhr, in den
Industrie-Behältern, Beuthstr. 20:

Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 257/17
1. Was verlangen wir von der Stadt? Referent: Genosse Waldeck
Manasse. 2. Bericht über den VI. Kongress der Freien Vereinigung
deutscher Gewerkschaften. 3. Vereins-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Tischlerverein zu Berlin.

(G. S. 89.)
Sonabend, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Unterstützungsgeld. Vereinsangelegenheiten. Bezahlung der Beiträge.
Aufnahme neuer Mitglieder. 190/10
Unter 32. Stiftungsfest findet am 3. Oktober in Sans-
souci, Kottbuserstr. 4a, statt, bestehend im Soliree der Nord-
deutschen Sänger und Ball. — Billets a 30 Pf. sind in der Ver-
sammlung und bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Fachverein der Bretterträger, sowie Brett-
schneider Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 20. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-
Kafé, Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom 6. Kongress. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur
Centralisation unserer Berufsvereine? 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Auf-
nahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. 19/13
Da die Tagesordnung so wichtig ist, ist es Pflicht eines
jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen!
Der Vorstand.

Oderbrucher und pommersehe Gänse
Sowie Gänsefleisch, Lebern, Linsen u. Gänsefleisch
empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Grüner Weg 57,
im Keller.

Central-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr, im großen Saale der Branerei Königsstadt,
Schönhäuser Allee 10/11:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Im Auftrage der örtlichen Verwaltung: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr:

Sitzung der Orts-Verwaltung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15.

Sonabend, 19. Sept. 1903, in Kellers gesamten
festsaalen, Kopenstr. 29:

1893 • Stiftungsfest • 1903

Sinfonie-Konzert. Gesang. Festrede.

Grosser Ball. (Tanz frei.)

Am der Konvokale werden keine Billets verkauft, dieselben sind auf allen
Zahlstellen und auf dem Bureau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, zu haben.
Anfang präzis 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf. Programm gratis.

Das Komitee.
Auf den Zahlstellen wird am 19. September von 7-9 Uhr laffiert.

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“.

Sonabend, 19. Septbr.:

Stiftungs-Fest

in der Branerei Friedrichshain
(früher Klipp). Billets sind zu haben
bei R. Krehmann, Gartenstraße 39.
Sonntag 2 Uhr: Koppelnach nach
Tegel zu Krause. 13/12

Zurückgekehrt.
Dr. Hamburger, Kussitenstr.,
prakt. Arzt und Augenarzt.

Charlottenburg

Krummestrasse 5

Herrn-Garderoben nach Mass
von Karl Ehring, Schneidermeister.
Stofflager, englische u. deutsche Stoffe.
Solide Preise. 20082*

Dr. Simmel, Priazon-

Spezialarzt für
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,

am Kottbuser Thor.

26072*
Gardinen
Specialhaus
Berlin S., 156. Emil Lefèvre
Damenstr. 156. Emil Lefèvre
Wunderbare Neuheiten, Gar-
dinen, Stores, Stripes im Ge-
schmack- und Jugendstil. Preise
2 bis 6 Fenster spottbillig.
Special-Katalog mit circa
600 Illu-
strationen
gratis und franco.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Guthausen, Berlin, Brin-
genstr. 46, versendet gegen Nachnahme
gratis neue Bettfedern d. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u

Lohnbewegung der Berliner Omnibusangestellten.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag fand im großen Saale von Buggenhagen eine Versammlung der Schaffner, Kutscher, Stallente und Hofarbeiter von allen Depots der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft statt, die von über 1000 Personen besucht war und einen Beweis bildete für den Ernst der Bewegung, die gegenwärtig unter den Omnibusangestellten herrscht und nun zur Entscheidung drängt. Der Referent A. Berner schilderte die unmenseliche Ausbeutung und rigorose Behandlung, der die Angestellten ausgesetzt sind. Sie müssen täglich 16 bis 17 Stunden Dienst thun für ganz erbärmliche Bezahlung, die für Schaffner 2,50 M. pro Tag beträgt und nach zwei Dienstjahren auf die Höchstsumme von 2,80 M. steigt, und für Kutscher 2,90 M. und nach drei 3,50 M.; und das für eine Arbeit, die, namentlich was die Kutscher anbelangt, die höchste Anspannung der Aufmerksamkeit erfordert. Tritt irgend ein Verkehrshindernis ein, so daß der Wagen mittags nicht zur rechten Zeit auf der Station eintrifft, dann ist dem Kutscher nicht einmal vergönnt, sein Mittagessen einzunehmen, und die Frau, die ihm das Essen bringt, muß abwarten, ob der Mann vielleicht bei Veranlassung der nächsten Tour Zeit zum Essen gewinnt. Geringfügige empörend sind manche Bestimmungen der Dienstordnung. Für jeden Schaden, den er anrichtet, soll der Kutscher in vollem Maße aufkommen. Wird ein Wagen durch seine „Schuld“ verhindert zu fahren, so muß der Kutscher für den ganzen Ausfall an Einnahmen aufkommen. Nimmt ein Schaffner auf einer Strecke zu wenig ein, so wird ihm deswegen Entlassung angedroht und tatsächlich sind schon deswegen Entlassungen vorgenommen worden. Als ob der Schaffner im Stande wäre, das Publikum heranzulocken wie ein Marktstrolcher! Angehlich haben die Kutscher und Schaffner vier freie Tage im Monat. Aber für jeden sogenannten freien Tag werden ihnen noch 30 bis 80 Pfennig abgezogen und, was noch sonderbarer ist, auch an freien Tagen müssen sie antreten und haben mehrere Stunden zu thun, so daß ihnen von dem Tag nur wenig freie Zeit übrig bleibt, die sie dazu benutzen müssen, einmal einermüdet auszuschlafen. Dann müssen sie sich auch noch in den freien Stunden in ihrer Wohnung aufhalten, damit sie jederzeit, wenn es notwendig werden sollte, zum Dienst gerufen werden können. Soll ein neuer Wagen der Polizei vorgeführt werden, so wird auch dazu der freie Tag der Angestellten verwandt.

Die Stallente haben eine Arbeitszeit von morgens 5 bis abends 9 und 10 Uhr. Auch ihnen wird der freie Tag, den sie alle acht Tage haben sollen, verdoberd, nämlich dadurch daß sie vorher die Nachtwache auszuüben haben, die bis morgens 7 Uhr dauert. Dann erst beginnt ihr „freier Tag“. Auch ihre Löhne sind erbärmlich, wie die der anderen Angestellten. Nachdem jetzt die Direktion der Gesellschaft die Unzufriedenheit, die unter den Angestellten herrscht, spürt, sucht sie durch allerlei billige Mittel einem Konflikt vorzubeugen. So hat sie besonnenlich im Verein mit dem Aufsichtsrat den Angestellten die Dividende einer auf 300 Mark lautenden Aktie zugesichert. Jedenfalls meint man, daß die Angestellten sich nun als Aktionäre fühlen sollen. Die Erwähnung dieser Schenkung durch den Referenten rief starkes Hohnlachen unter den Versammelten hervor. Berner sagt die Direktion dem Publikum durch Artikel im „Lokal-Anzeiger“ die Meinung beizubringen, als müsse die Gesellschaft unbedingt zu Grunde gehen, wenn die Arbeitsverhältnisse der Angestellten verbessert werden. Bedenkt man aber, daß noch im stillen Monat Juli dieses Jahres 385 000 M. Einnahmen erzielt wurden, und daß die Strafzahlung, die doch mit weit größeren Einlagen- und Betriebskosten zu rechnen hat, bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen bietet, so wird man dem leinen Glauben schenken können. Der Referent wies nun auf den hohen Wert einer starken Organisation der Angestellten hin und brachte folgende Resolution in Vorschlag, die einstimmig angenommen wurde:

Die versammelten Angestellten der Berliner Omnibus-Gesellschaft sind mit den Ausführungen des Referenten Berner einverstanden und der Ueberzeugung, daß der Lohn für die Angestellten nicht ausreicht, ein menschenwürdiges Dasein zu führen und daß auch die übrigen Arbeitsbedingungen ebenfalls als menschenunwürdig bezeichnet werden müssen. In Erwägung dessen erklären die Angestellten, daß sie nicht länger ihre Arbeitskraft in dieser Weise ausbeuten lassen wollen, sondern ernstlich gewillt sind, gemeinsame Schritte zu thun, daß bessere Bedingungen im Arbeitsverhältnis für alle geschaffen werden. Die Versammelten sind darüber einig, daß dies nur durch eine straffe Organisation zu erreichen ist, und geloben daher feierlich einig Mann für Mann an dem Verband festzuhalten.

Sodann legte Berner der Versammlung den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnkatalog vor, an dem 60 Vertrauensmänner von den verschiedenen Depots mitberaten haben. Der Tarif wurde vor der Versammlung nach einigen Änderungen einstimmig gutgeheißen. Er enthält folgende Hauptforderungen: Statt der Tagelöhne sollen Monatslöhne eingeführt werden, und diese sollen betragen für Schaffner Anfangslohn 80 M., nach halbjähriger Dienstzeit 85 M., nach 3 Jahren 90 M., nach 5 Jahren 95 und nach 10 Jahren 110 M.; für Kutscher Anfangslohn 95 M., nach einem Jahre 100, nach 2 Jahren 105, nach 5 Jahren 110 und nach 10 Jahren 115 M.; für Stallente Anfangslohn 90 M., nach einhalbjähriger Tätigkeit 95 und nach einem Jahre 100 M. Die Arbeitszeit soll für Kutscher und Schaffner zwölf Stunden einschließlich einer einstündigen Pause betragen; für Stallente ebenfalls zwölf Stunden mit einer vollständigen Mittagspause und je einer viertelstündigen Frühstückspause. Ueberstunden sollen im allgemeinen nicht geleistet werden, wenn sie aber unbedingt notwendig sind, mit 50 Pf. pro Stunde extra bezahlt werden. Ferner wird jede Woche ein freier Tag um für die mindestens ein Jahr im Dienst befindlichen Angestellten jedes Jahr ein zehntägiger Urlaub verlangt und zwar ohne Lohnabzug. Außerdem soll eine Besatzkommission eingeführt werden, die alle Differenzen zwischen Angestellten und Vorgesetzten zu prüfen hat. Dann wird eine vierzehntägige Kündigungsfrist für sämtliche Angestellte verlangt; jetzt besteht nur eine dreitägige; ferner freie Fahrt auf allen Linien der Gesellschaft für Angestellte, die die Dienstanzug tragen. Jetzt müssen sie nämlich auch noch bezahlen wie jeder andere Fahrgast.)

In der Diskussion über den Tarif wurden noch eine Reihe anderer Forderungen aufgestellt und von der Versammlung gutgeheißen, die ebenfalls erlernen lassen, wie die Angestellten ausbeutet und behandelt werden; z. B. die Forderung, daß den Kutschern der Gut, den Schaffnern die Geldtasche unentgeltlich geliefert wird, die sie sich jetzt auf eigene Kosten anschaffen müssen. Dann fordern die Kutscher Regenmüchlinge, die Schaffner für den Sommer Drillschmüchlinge, und außerdem verlangen sie, daß, wenn sie einen neuen Anzug erhalten, ihnen der alte nicht, wie es jetzt der Brauch, abgenommen wird, damit sie bei schlechtem Wetter den neuen Anzug schonen können. Mit dem Fahrpersonal soll auf den verschiedenen Linien oft getauscht werden, damit nicht immer die schlechtesten der Vorgesetzten die eintäglichen Linien, die Mißliebigen die schlechtesten erhalten. Die Versammlung faßte hierzu die folgende Resolution:

Die zahlreich versammelten Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft erklären sich mit dem vorliegenden Tarif einstimmig einverstanden und beauftragen die Verhandlungskommission, ihn der Direktion zurzeitellen mit dem Bemerkten, daß die Lohnkommission bereit ist, auf Wunsch in mündliche Verhandlungen mit der Direktion einzutreten. Falls bis zum Dienstag, den 22. September, eine Einigung mit der Direktion nicht erreicht ist, soll sofort eine weitere Versammlung einberufen werden, um über die dann zu unternehmenden Schritte zur Durchführung des Tarifs Beschlüsse zu fassen.

Die Versammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß

die Angelegenheit eventuell dem Einigungsamt des Gewerbegerichts vorgelegt wird. — Wie der Vorsitzende bekannt machte, sind jetzt über 1000 Omnibusangestellte organisiert. In der Versammlung wurden über 200 Neuaufnahmen vollzogen.

Der Wahlkrawall in Laurahütte.

Deutschland, 16. September.

Es sind noch etwa 25 Zeugen zu vernehmen. Die Mutter Wagnias wird noch einmal als Zeugin unbedeutend vernommen, sagt aber nichts Wesentliches aus. — Zeuge Walroscy, ein Bruder des Angeklagten Walroscy, sagt aus: Vor dem Gasthause Ludwig sah ich, wie ein mir unbekannter Mann einen Wasserstrahl ins Auge schickte. Er wuschte sich das Auge, es schien ihm sehr weh zu thun. — Vorsitzender: Haben Sie gesehen, daß der Mann die Feuerwehre angriff? — Zeuge: Nein! — Vorsitzender: Wo hat der Mann gestanden? — Zeuge: Rechts in der Menge. Sonst habe ich nichts gesehen. — Der Vorsitzende läßt den Angeklagten Söllik aufstehen. War er das? — Zeuge: Einen Vollbart hat er auch gehabt. Aber genau erkenne ich ihn nicht. Der Angeklagte Söllik verzichtet daraufhin auf eine Anzahl weiterer Zeugen.

Frau Bednorz und fünf andere Zeugen behaupten übereinstimmend, daß der Angeklagte Lehner an dem Krawallabend von 8-11 Uhr an der Haustür gestanden hat. Es ist dieselbe Behauptung, wegen der gestern der Staatsanwalt dem Zeugen Kiergisch die Einleitung des Verfahrens wegen Verleitung zum Meineid angeklagt hat.

Der Vorsitzende versucht die Entlastungszeugen — wie schon gestern die Entlastungszeugen für Korsantj — durch scharfe Vorhaltungen, Schreien und Argumentationen, die dem Niveau der Zeugen absolut nicht angepaßt sind — in die Enge zu treiben.

Dazu sei noch eins bemerkt: Beim Aufruf der Zeugen hat der Vorsitzende dieselben darauf aufmerksam gemacht, daß sie berechtigt seien, die Antwort auf solche Fragen zu verweigern, deren Verantwortung ihnen selbst nebst ihren Angehörigen die Gefahr einer strafgerichtlichen Verfolgung zuziehen könne.

Es wäre sehr am Platze gewesen, wenn der Vorsitzende diese Vernehmung vor der Vernehmung jedes einzelnen Zeugen wiederholt hätte, zumindest aber bei denjenigen Zeugen, welche auf die sich stets wiederholende erste Frage des Vorsitzenden: „Sind Sie am 21. Juni abends außerhalb Ihres Hauses gewesen?“ mit „Ja“ antworteten. Das ist aber bisher nicht geschehen. Heute ist sie wieder bei dem allgemeinen Aufruf der Zeugen wiederholt worden und es sind nicht wenige Zeugen, welche nach ihren Aussagen genau so schuldig oder unschuldig sind als die Angeklagten, mit denen sie an dem verhängnisvollen Abend gingen und über die sie sprachen. Man hat recht oft den Eindruck, daß die Zeugen sich belasten, ohne in ihrer Naivität etwas hierdron zu merken. Bei einem Zeugen hat der Staatsanwalt bereits gegen die Vererdigung mit der Begründung gesprochen, daß der Zeuge sich nach seinen eigenen Aussagen des Aufstaus schuldig gemacht habe. Trotzdem hat der Vorsitzende auch nach diesem Vorfall es nicht für nötig gehalten, die Zeugen auf ihre aus dem § 4 der Strafprozedurordnung sich ergebenden Zeugnisverweigerungsrechte auch einzeln aufmerksam zu machen.

Ein weiterer Zeuge ist der 58-jährige Arbeiter Joh. Popfisch. Der Vorsitzende stellt an den Zeugen die Frage: „Wodurch wurden Sie veranlaßt, abends noch aus Ihrer Wohnung zu gehen?“ — Der Zeuge versteht die Frage absolut nicht. Er sagt dann: „Ich wohne Hugelkolonie — ein Teil von Laurahütte — und nicht in Laurahütte.“ Der Vorsitzende fährt den Zeugen an, daß die Hugelkolonie doch zur Laurahütte gehöre. — „Nein, ich wohne Hugelkolonie“, antwortet der alte Mann und wird mit allseitiger Zustimmung entlassen.

Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Dr. Neumann wird der elfjährige Belastungszeuge Tomanel — über dessen Vernehmung wir gestern ausführlich berichteten — noch einmal vorgelesen. Er verweigert sich wieder in Widersprüche. Der Angeklagte Andreas Korsantj steht auf. — Vors: Was wollen Sie eigentlich? Es handelt sich doch jetzt nicht um Sie. — Rechtsanwalt Neumann: Ich möchte bitten, den Angeklagten auszusprechen zu lassen, vielleicht sagt er uns etwas über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Tomanel. — Korsantj erzählt, daß der elfjährige Junge heute am Bahnhof in verschnitzter Weise verurteilt hatte, mit einem Kinderbillet durchzukommen. — Ein anderer Zeuge erklärt, der Junge habe geweiht, daß die Mutter ihm das Geld nur für ein Kinderbillet gegeben habe. — Staatsanwalt: Wie kommt Korsantj dazu, uns das zu erzählen, der Junge hat doch ein richtiges Bilet gehabt. — Korsantj: Nein, er hatte ein Kinderbillet. — Tomanel: Das hatte ich für einen andren Jungen nach Kattowich gekauft. — Vorsitzender: Na, wollen Sie zu dieser „wichtigen“ Sache noch etwas sagen?

Rechtsanwalt Steinig wiederholt seinen Antrag auf Haftentlassung Lehners. Nach Vernehmung von im ganzen 144 Zeugen will der Vorsitzende die Verweissnahmen für geschlossen erklären. Da erhebt sich der Angeklagte Czapska und beantragt die Vernehmung weiterer vier Zeugen.

Das Gericht hat beschlossen, nachfolgende Zeugen nachträglich zu vererdigen: Johann Kallit, Paul Bierjorek, Johann Brechner, Franz Sieja, Josef Olszyna, Franz Wlarski, Karl Latta, Alexander Smilarski (16 Jahre), Paul Dyrtyel, Frau Franc. Rastel, Victor Emirek, Josef Loyel und Valt. Stelze. Der Vorsitzende giebt noch den Zeugen Gelegenheit, ihre Aussagen vor dem Urtheil — wenn es nötig ist — abzuändern. Der Zeuge Olszyna sagt daraufhin, daß er aber die angegebenen Zeiten nicht ganz genau behaupten könne.

Der 16-jährige Smilarski, der auch vererdigt werden soll, macht nun Abänderungen an seiner Aussage. Vorsitzender: Warum haben Sie nicht gleich diese Aussagen gemacht? — Smilarski: Da war ich erschreckt, jetzt bin ich munter. Der Junge erzählt weiter: Frau Kowoll hat mir gesagt, ich hätte „schlecht“ ausgesagt, ich soll jetzt „gut“ ausagen. Offenbar überlegt der Junge aus dem Polnischen, wo der Satz die Bedeutung hätte: Ich habe aus Schwere nicht der Wahrheit gemäß gut ausgesagt, nun hat mir aber Frau Kowoll gesagt, daß ich wahrheitsgemäß — gut — ausagen soll. Selbstverständlich kann das Gericht der Ueberzeugungstheorie des 16-jährigen Jungen, der in polnischer Sprache denkt und beim Sprechen in Gedanken überträgt, nicht folgen. So entstehen falsche und falsch verstandene Aussagen! Der Zeuge leiert weiter. Schließlich wird er vom Vorsitzenden gefragt: Sind Sie angetrunken? — Zeuge: Nein, ich habe nur ein Glas Bier getrunken. — Vorsitzender: Man hat aber den Eindruck, Sie sind gar im Rausch? — Zeuge: Ja, ich kann deutsch nicht so sprechen, wann es auf polnisch gehen möchte. — Vorsitzender: Dann würden Sie wohl noch mehr reden? Ist das nun alles so wahr? — Zeuge: Ja, ich kann drauf schwören. — Einzelne Zeugen, welche vererdigt werden sollen, sagen noch einzelnes aus. Der einzige Belastungszeuge gegen Lehner, der vor wenigen Tagen sagte, er hätte ganz bestimmt den Lehner mit Steinen werfen sehen, sagt jetzt: Ich weiß nicht bestimmt, ob es Lehner war. — Vorsitzender: Hat Sie jemand beeinflusst? — Zeuge: Nein!

Die Zeugen werden einzeln vererdigt, auch der noch nicht 17-jährige Smilarski.

23 Zeugen bleiben unbedeutend, weil sie vererdigt sind, an den strafbaren Vorgängen selbst teilgenommen zu haben.

Der Antrag auf Haftentlassung Lehners ist abgelehnt worden. Dagegen sollen noch auf Antrag des Angeklagten Czapska zwei Zeugen vernommen werden. Die Beratung wird morgen 9 1/2 Uhr fortgesetzt und dürfte, da weitere Verweissnahmen nicht vorliegen, morgen zu

Ende kommen. Zur Beratung über das Urteil wird dann, wie der Vorsitzende mitteilt, eine längere Pause eintreten müssen.

Rechtsanwalt Steinig stellt zum dritten Mal den Antrag, den Angeklagten Lehner aus der Haft zu entlassen, da der einzige Belastungszeuge seine bestimmte Aussage vorher zurückgezogen hat. Das Gericht lehnt den Antrag zum dritten Mal ab. Dr. Steinig stellt neue Verweissnahmen in Aussicht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der socialdemokratische Wahlverein des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises (Schönhauser Vorstadt) veranstaltet sein am Sonntag, den 20. September, stattfindendes Herbstfest diesmal in Form eines vollständigen Kunstabends unter Leitung des Genossen Dr. Aliberty. Nach einem einleitenden Vortrag über „Kunst und Proletariat“ folgt ein außerordentlich abwechslungsreiches Programm, dessen Ausführung ersten Künstlern übertragen ist. Es gelangen u. a. Kompositionen für Violine von Liszt, Huban, Gerlach, Fieder von Beethoven, Schubert, Mendelssohn, Löwe, Hilbach, Meyer-Helmund, Dichtungen von Heine, Regel, Busch zur Ausführung. Am den Kunstabend schließt sich ein Tanz. Anfang Punkt 9 Uhr.

Kowales. Umständehalber findet die Flugblattverbreitung zur Landtagswahl Sonntag, den 20. September, statt. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr beim Genossen Gruhl, Restaurant zur Markthalle, Priesterstraße Nr. 69. Ehrenpflicht eines jeden Genossen ist es, sich an der Verbreitung zu beteiligen.

Wilmersdorf. Treffpunkt der Genossen zu dem heute stattfindenden Bebrädnis des Genossen Ruben von 4 Uhr ab bei Witte, Berlinerstr. 40. Regge Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntagabend ist bei Reimer, Rudow, Vondaststraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Es findet statt ein Vortrag des Genossen Bruntzel über die Landtagswahlen, ferner erfolgt Bericht von der Generalversammlung zu Charlottenburg.

Grünau. Die Versammlung des Wahlvereins findet morgen abend 9 Uhr in der Grünau Ede, Köpnickstraße 88, statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Eichwalde. Sonntagnachmittag 4 Uhr, findet im Wendischen Lokal eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Es wird pünktlich angefangen. Der Vorstand.

Lokales.

Trionon.

Wenn in Berlin wieder ein socialdemokratischer Parteitag abgehalten wird, so läme als Versammlungsraum vielleicht das Gewerkschaftshaus oder das Lokal von Keller in Betracht. Ein Vergleich mit diesen Sitzungssälen ist in Dresden ausgeschlossen. Die verhältnismäßig glänzende Ausstattung, die elektrische Beleuchtung, ferner der Komfort der Räumlichkeiten, den wir durchweg in größeren Versammlungsräumen getohnt sind, fehlt in dem Dresdener Lokal. Das Etablissement Trionon mag in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erbaut worden sein, und mit seinen hochgewölbten Thorbögen, seiner wintelligen Umgebung, dem ungepflasterten, hofartigen Platz, an dem es steht, ist es aus der Großväterzeit noch ein Ueberbleibsel, wie es deren in der nächsten, unhistorischen Reichshauptstadt nur sehr wenige giebt. Der Georgen-Kirchplatz in seiner Abgeschlossenheit erinnert entfernt an solche in ihrer Stille anheimelnde Winkel.

Mit vielem Geschmack haben die organisierten Tapezierer Dresdens den Saal dieses Lokals hergerichtet; Lannendäume und Guirlanden zieren den Eingang; die Bühne aber, auf der das Bureau seines schweben Antes waltet, ist mit Topfgewächsen, unter denen die Palmen nicht fehlen, prächtig decoriert. Der Saal ist leider ein wenig klein für die Masse der Teilnehmer. Die Delegierten sitzen dichtgedrängt aneinander; es kostet manchmal Mühe, sich durch die Gänge hindurchzuwinden, und auch die Berichterstatter in ihrer großen Zahl vermissen nur über den allernotwendigsten Raum für ihre schwere Arbeit.

Die Dresdener Parteigenossen zeigen in jeder Hinsicht, wie sehr sie die Ehre schätzen, die ihnen durch die Tagung unseres Parteiparlaments zu teil geworden ist, und in dichtgedrängter Schaar stehen Männer und Frauen in dem nicht sehr großen Teil des Raumes, den die Delegierten übrig lassen konnten. Ein Blick beinahe, daß die Witterung kühl ist und die Delegierten die schönen Spätsommerstage, die uns sonst noch recht oft um diese Jahreszeit beschieden sind, entbehren müssen. Denn jetzt schon ist die Atmosphäre drückend und frische Luft kann nur oben vom Seitendach aus durch einige nicht sehr große Fensterklappen dem Saale zugeführt werden.

Der Mittwoch gehörte seinem Wesen nach noch zu den heißen Tagen unseres Parlaments; hart stießen die Meinungen aufeinander und manches Wort wurde gebraucht, das sonst unter Parteigenossen nicht üblich ist. Doch da macht die Mittagspause dem Redelampf ein Ende; „Revisionisten“ und „Kadikale“ fühlen sich eins in der streng materialistischen Aufgabe, die sie jetzt zu lösen haben, und auch aus der Unruhe in gemessener Entfernung vom Verhandlungstisch eine gasliche Stätte finden.

Allerdings drängte sich einem selbst bei dieser Gelegenheit eine Erwähnung auf, von der wir nicht ohne Betrübnis berichten. Wohl war der socialdemokratischen Richtung vorher gebührend der Standpunkt klargestellt worden, wohl hatte die Principienfestigkeit glänzend über die revisionistischen Bestrebungen gesiegt, so daß man meinen sollte, für diesen Tag wäre der Gesellschaft der Appell vergangen. Doch da taucht plötzlich eine Gruppe jener verdächtigen Genossen auf, setzt sich ohne viel Umsände neben uns nieder und haut mit einem Hühnerhahn, wie ihn sonst nur das gute Gewissen dem Sterblichen verleiht, in Fisch und Wrat ein. Wir waren indigniert ob so viel Unverschämtheit.

Die eigentliche Diskussion über die Frage der Mitarbeiterhaft an bürgerlichen Blättern ist jetzt am Nachmittag des dritten Verhandlungstages, zu Ende, aber noch folgt eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen, bei denen es kaum sanfter zugeht als in der Hauptdebatte. Wie sonst im Leben, so mögen auch bei diesen Auseinandersetzungen Erscheinungen und Einflüsse unabweisbarer Art sich geltend machen. Imponderabilien nennt man sie auf alademisch. Wer weiß, ob die Gemüter nicht minder hitzig die Gedanken und Gefühle kundgegeben hätten, die ihr Herz bedrückten, wenn mehr Bequemlichkeit, mehr frische Luft im Versammlungssaal gewesen wäre? Die Hausdiener zünden das Gaslicht an; die Atmosphäre wird noch schwül, doch ist der schwerere Teil der Sitzung vorüber und die Polenfrage wird ziemlich flott erledigt. Wir verlassen den Saal, und ohne daß wir wollen, drängt es uns, nach irgend etwas Ablenkendem Umschau zu halten. Die Simulirische an den Wänden bieten da manches, was in den Wechseljahren des Lebens der Beachtung wert ist. Ueberall hat man diese Entleere

angebracht, wo nur ein Plätzchen zum Einschlagen von Nägeln zu entdecken war, und sinnig ist das Meiste der Situation angepasst. Wer beherzigte nicht den Spruch, der oberhalb der Garderobe die rechte Stätte gefunden hat: „Nicht betteln, nicht bitten, nur müdig gestritten!“ Oder jenes Wort, das am Eingange zu jenem Orte, wo Discretion Ehrensache ist, zu lesen steht: „Durch Kampf zum Sieg!“

Das sind goldene Worte, über deren Befolgung wohl keine Meinungsverschiedenheit besteht. Aber noch etwas andres verführt uns: Gleichviel, wie man sich vorher gegenüber gestanden hat, in einem herrscht abermals Einigkeit unter allen, die aktiv oder passiv am Parteitag teilnehmen. Wer unter den „Mummelgrößen“ in der Partei und denen, die die nächste Antwort auf diesen Titel haben, erwiderte sich nicht mit Vergnügen des geheimnisvollen Glanzes jener Zeit, wo die rote Feldpost ihres Amtes waltete und unbekannte Hände den „Socialdemokrat“ bis in die entlegenste Hütte trugen? Ein Abgang jener Tage dringt durch die matten Fenster des Verhandlungssaals. Wo man hindorht, überall herrscht nur eine Stimme der Befriedigung darüber, daß es auch jetzt den stillen, unbekanntem Geistes gelungen ist, geheimnisvoll etwas Lichtiges zu schaffen: Tendenz und Haltung des „Großen Mißverständnisses“ werden rechts und links nichts andres als Worte der Anerkennung. Und die Einigkeit der Anschauungen in diesem Punkte stärkt in uns die Gewißheit, daß die in Dresden versammelten Delegierten auch in den strittigen Fragen die verbindende Formel finden werden. Gesellt sich zu dem Streben, das Rechte zu finden, nur ein kleines Bißchen gesunder, überlegener Humor, so wird auch „Trianon“ zu den ruhmvollen Etappen auf unserem Siegesmarsch gehören, nicht trotz, sondern wegen des „Großen Mißverständnisses“!

Furcht vor dem „Vorwärts“ quält nicht bloß die Verwaltung der preussischen Staats-Eisenbahnen samt der Direktion der Berliner Hoch- und Untergumbahn, die beide unser Blatt auf seinem ihrer Bahnhöfe zum Verkauf zulassen, um von ihren Jahrgästen socialdemokratische Lektüre nach Kräften fernzuhalten. Auch die Leitung der hiesigen Charité ist ängstlich bemüht, innerhalb ihres Machtbereiches die ihrer Obhut anvertrauten Personen vor der Verührung mit dem „Vorwärts“ zu bewahren. Seit Jahren darf in der Charité kein Patient den „Vorwärts“ lesen. Wenn ihm durch einen Besucher eine Nummer mitgebracht wird, so wird sie mit derselben Gewissenhaftigkeit beschlagnahmt, wie etwa eine verbotene Schwärze, die jemand einzuschmuggeln versucht.

Bezüglich des „Vorwärts“ muß die Berechtigung dieser Maßregel bezweifelt werden — auch dann, wenn sie durch Hausordnung festgelegt sein sollte. Es ist schon schlimm genug, daß staatliche und private Wohnverwaltungen in kleinlicher Eugherrlichkeit auf ihren Bahnhöfen den Pächtern der Zeitungs-Verkaufsstellen Vorschriften machen und Bedingungen stellen, die für die Pächter wie für das Publikum gleichermaßen lästig sind. Daß aber eine Krankenhaus-Verwaltung über die Lektüre aller Patienten, selbst der in der Genesung befindlichen und schon vor der Entlassung stehenden, zu bestimmen haben soll, das ist ein unerträglich Zustand. Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn die Wohnverwaltungen verbieten wollten, daß in ihren Wohnwagen der „Vorwärts“ überhaupt gelesen wird. Bis zu solcher Reiztheit wird sich keine Wohnverwaltung verziehen, aber in der Charité glaubt man sich derartiges leisten zu dürfen.

Man scheint's hier sogar noch ärger zu treiben. Ein Leser unseres Blattes teilt uns mit, wie es ihm in der Charité mit dem „Vorwärts“ ergangen ist. Besucher brachten ihm wiederholt einzelne Nummern mit und er las sie. Eines schönen Tages fielen zwei Nummern dem Arzt in die Hände und wurden unter Hinweis auf das bestehende Verbot beschlagnahmt. Der Patient mußte sich fügen. Als aber der Tag der Entlassung kam, ging er zum Oberwärtler und forderte sein Eigentum zurück. Da war nun freilich guter Rat teuer; denn die beschlagnahmten Nummern waren inzwischen verbrannt worden. So sagte wenigstens der Herr Oberwärtler — oder vielleicht war das nur eine Annahme von ihm, die sich später noch als irrig herausstellen mag.

Der ehemalige Charité-Patient hat sich entschlossen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Zunächst hat er sich brieflich an diejenige Person gewandt, die für die ihm widerfahrene Wegnahme der „Vorwärts“-Nummern verantwortlich ist, an den **Stabsarzt Dr. Neuhaus**. Er hat diesem Herrn mitgeteilt, er könne sich nicht denken, daß man sein Eigentum ohne seine Einwilligung vernichten haben werde, und hat ihm um Rückgabe der Nummern ersucht. Wir nehmen an, daß der Arzt bezw. die Charité-Verwaltung in der Lage sein werden, diesem Ersuchen nachzukommen. Das Eigentum der Patienten, auch das beschlagnahmte, wird in der Charité gewiß so sorgfältig verwahrt, daß selbst ein paar Zeitungsblätter ihrem rechtmäßigen Besitzer unverfehrt zurückgegeben werden können.

Der neue Paketannahme-Raum in dem Erweiterungsbau des Hauptpostamts ist nunmehr dem Verkehr übergeben worden. Gleichzeitig ist die alte Annahmestelle geschlossen, sie wird einem Umbau unterworfen, der jedoch in kurzer Zeit beendet ist. Voraussichtlich mit Beginn des nächsten Jahres werden die beiden Räume vereinigt, und so eine Paketannahmestelle geschaffen, wie sie gleich umfangreich in Europa nicht vorhanden sein soll. Die infolge des Platzmangels notwendig gewordene Trennung der Aufgabestellen wird beseitigt, dafür aber werden in dem einen Raum besondere Abteilungen geschaffen. Nicht weniger als 16 Wagen werden dem Publikum zur Verfügung stehen. An zwei derselben werden ausschließlich die Pakete der „Selbstflieger“ angenommen. Es sind dies die großen Firmen, die täglich hunderte von Sendungen aufgeben und eigene Paketregister führen. 6 Wagen werden ausschließlich zur Annahme für gewöhnliche Zustandspakete Verwendung finden, außerdem werden besondere Annahmestellen für Auslandsendungen, unfrankierte Pakete, Einzelaufgeber d. h. für solche Personen, die nur 1—3 Pakete abliefern usw. eingerichtet werden.

Zugentleistung. Nach amtlicher Meldung sind auf der Anhalter Eisenbahn gestern vom Lutzowzug 23 in der Nähe von Jüterbog zwei Wagen infolge Schienenbruchs entgleist. Menschen sind nicht verletzt, die Materialbeschädigung ist gering. Der Betrieb wird eingeleitet aufrecht erhalten. Die Störung im Geleise Halle—Berlin wird voraussichtlich nur sechs Stunden dauern.

Durch Einkurz eines Teils der Dede im Pflanzsaal der höheren Mädchenschule zu Potsdam wurde am Mittwoch beinahe Unheil angerichtet. Der wissenschaftliche Lehrer Dr. Brand unterrichtete gerade in dem Saal die Seminaristinnen, als mit Donnergeräusch ein zwei Quadratmeter großes Stück der Dede, das etwa einen Centner schwer war, dicht bei dem Lehrer herabfiel. Der Unterricht wurde sofort ausgesetzt. Ansehend haben Erschütterungen, die durch den Anbau eines Schulgebäudes veranlaßt sind, an dem Unfall schuld.

Der Bau des Teltow-Kanals schafft nicht nur eine verkehrreiche Wasserstraße durch zahlreiche Gemeinden, sondern hat auch die Anlage vieler neuer Verkehrsmittel zu Lande im Gefolge. So sind allein im westlichen Teil zwischen Potsdammer und Anhalter Bahn drei elektrische Straßenbahnen nach den Stationen Teltow, Hasen-Anlagen projektiert. Die längste derselben ist die vom Bahnhof Zehlendorf (Wannseebahn) über den Kanal nach der Stadt Teltow und weiter bis Bahnhof Teltow (Anhalter Bahn), wodurch beide Bahnstrecken durch eine Straßenbahn für Personenverkehr verbunden werden. Eine andre Straßenbahn für Personen- und Güterverkehr ist zwischen Teltow und Spandau, mit Verührung des Kreis-

Krankenhauses in Groß-Nichtersfelde, vorgesehen, und eine dritte, nur für Güterverkehr bestimmt, soll von Groß-Nichtersfelde, am Teltower See entlang, nach Teltow führen.

Ein angeblicher Raubmordversuch beschäftigt seit gestern die Kriminalpolizei. In voriger Nacht 2/1 Uhr wurde der Schneider Häusler, Dresdenerstraße 79 wohnhaft, im Tiergarten am kleinen Stern von einem unbekanntem gebliebenen Mann überfallen und seiner Uhr wie seines Regenschirms beraubt. Gleichzeitig schoß der Angreifer einen Revolver zweimal auf ihn ab; die erste Kugel drang in die linke Schulter, die zweite in den rechten Oberarm. Häusler, der 1883 in Klein-Ballstadt geboren ist, wurde nach der Charité geköpft. Die erhaltenen Wunden sind nicht lebensgefährlich. Die Kriminalpolizei hat zwar sofort eine Untersuchung eingeleitet, konnte indessen bis jetzt noch nicht feststellen, inwieweit die Häuslersche Darstellung auf Wahrheit beruht.

Dierzu wird weiter berichtet: Die Raubergeschichte hat sich noch nicht weiter aufklären lassen, da der verwundete Schneidergeselle Häusler immer noch vernunftunfähig ist. Das ganze Gelände in der Nähe des kleinen Stern wurde gestern von Beamten unter Leitung des Kriminalkommissars Banowski nach etwaigen Spuren eines Raubanfalls abgesehen, jedoch ohne ein positives Ergebnis. Aus dem Umstand, daß weder bei Häusler noch im Tiergarten ein Revolver gefunden wurde, darf noch keineswegs auf die „Echtheit“ des Raubanfalls geschlossen werden. Häusler ist nämlich nicht, wie es anfangs hieß, hilflos aufgefunden worden, sondern selbst zur Tiergartenwache gegangen, um den „Raub“ und den Revolveranfall anzuzeigen, unterwegs aber hatte er Gelegenheit genug, sich des Revolvers zu entledigen. Dazu kommt, daß die Beamten, die nachts an jener Stelle im Tiergarten zweimal schießen hörten, übereinstimmend bekundeten, daß die beiden Schüsse nicht unmittelbar hinter einander fielen, daß vielmehr von einem bis zum andern eine erhebliche Zeit verstrich. Bemerkenswert ist ferner, daß die Schüsse beide von der linken Seite fielen. Das ließ aber auf einen wiederholten Selbstmordversuch, als auf einen Zufall bei einem räuberischen Ueberfall schließen. Der Streifschuss traf bei der begreiflichen Aufregung des seines linken Armes in der Gegend des Schultergelenks. Endlich deutet noch der Umstand auf eine Erdichtung des Raubanfalls hin, daß Häusler bei seinen Aussagen auf der Tiergartenwache von der angeblich geraubten Uhr mit der silbernen Kette keine auch nur einigermaßen genaue Beschreibung geben konnte. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei werden noch fortgesetzt. Die Pfandleiher und Trödler wurden benachrichtigt.

Vom Turmwagen abgestürzt ist der Kutscher Krähahn, der in dem Werkschaffsbetriebe der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigt ist. A. der in der gestrigen Nacht in der Frankfurter Chaussee Dienst hatte, blieb an der Ecke der Hubertusstraße an einem Spanndraht der Stromleitung hängen, wurde von seinem Sitz herabgerissen und stürzte zu Boden. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Beim Radfahren vom Schläge gerührt wurde gestern nachmittags in der Dragonerstraße der 80jährige Rentner Otto Weidner aus der Linienstraße 239. W. besitzt zwei Häuser in der Schwerinsstraße und fuhr gestern nachmittags mit dem Zweirad dorthin, um einige Mieter zu besuchen. Auf dem Rückwege merkte er in der Dragonerstraße, daß am Rad etwas nicht in Ordnung war. Als er abstieg, um genauer nachzusehen, fiel er bewußtlos zur Erde. Ein Schuhmann vom 15. Revier brachte ihn mit einer Droschke nach der Unfallstation in der Alten Schützenstraße, wo der Arzt einen Schlaganfall und eine Lähmung der rechten Körperseite feststellte. Von dort wurde er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Kranken ist bedenklich.

Harry Walzen, „Alt Heidelbergs“ Prinz Karl Heinz, soll nun nach mancherlei Irrfahrten in Jmsbruck gelandet sein. Er erklärt jetzt offen, er sei — Alkoholiker und deshalb nervös.

Theater. Im Luisen-Theater geht Freitag die O. F. Bergsche Gesangsposse „Einer von unsre Leut“ in der Bearbeitung von D. Kalisch erstmals in Szene. Die Hauptrollen bekleiden sich in den Händen der Damen Winter, Kurz und der Herren Hüner, Bartels, Ruff und Rajewski. — Im Metropolit-Theater geht Sonnabend die glanzvolle und ergötliche Ausstattungs-Revue „Neuestes Allerneuestes“ zum 250. Male in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Eine Diebstahlschande treibt, wie schon mehrfach berichtet wurde, in der Gegend der Jungfernhöhe und Blößensee seit Monaten ihr Unwesen und hat neuerdings das Feld ihrer Thätigkeit bis nach Tegel ausgedehnt. Dieser Tage drangen die Einbrecher in das Waldrestaurant bei Tegel-Ort ein, erbeuteten jedoch hier nur Cigaretten, Schinken und Wurst und besuchten dann das Schloßrestaurant Tegel. Als sie hier die in dem Park befindlichen Automaten plünderten, wurden sie von einem Wächter überrascht. Leider gelang es den Verbrechern, nach dem Tegelers Fort zu entkommen. Der Wert der Beute, die sie bei den beiden Einbrüchen machten, war jedoch gering und betrug zusammen kaum 30 M.

Einen schaurigen Fund machte der Fischereimeister Rasenack aus Heiligensee vor einigen Tagen beim Köhrenscheiden im Tegelers See. In der Gegend des Tegelers Forsthauses entdeckte er zwischen Rohr und Winsen das Skelet eines Mannes, welches von Kleidung umhüllt, nur noch wenig Fleischreste aufwies. Durch die Kleidung wurde der Tote als der 25 Jahre alte Ingenieur Adolf Friedrich erkannt, welcher vor einem Jahr verunglückt war. J. der in den Vorjahren angestellt gewesen, gehörte mit dem in demselben Stadtkreisement beschäftigt gewesenem Ingenieur Biele dem Tegelers Ruderverein „Germania“ an, und beide hatten am 5. Oktober d. J. eine Ruderpatrie im Tegelers See unternommen. Bei einem plötzlich auftretenden Sturm kenterte das Boot und die Insassen ertranken. Während die Leiche des J. nach wenigen Tagen gefunden wurde, konnte die Leiche des F. trotz sorgfältigen Absuchens nicht entdeckt werden. Die Leiche des Friedrich wurde gestern nachmittags unter außerordentlich starker Beteiligung seitens der Angehörigen der Fischwerke, der Mitglieder des Rudervereins „Germania“ und zahlreicher Bekannte des Dahingegangenen auf dem Friedhof in Tegel beigesetzt.

Ein großer Goldwarediebstahl wird aus Pankow gemeldet. Dort ertrahen Diebe in der letzten Nacht den Schaufenster des Juweliers Köhnen in der Breitenstraße, indem sie die Vorhänge schloßer sprengten und eine schwere eiserne Platte, die zum Schutze des Kastens dient, entfernten. Beim Perforieren der Glasscheiben des Schaufensters schienen die Diebe gestört worden zu sein. Sie begnügten sich mit einer Anzahl goldener und silberner Uhrentellen, während sie alle größeren Silbergegenstände unberührt ließen. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Der Schaufenster wurde schon vor zwei Jahren einmal vollständig ausgeplündert.

Selbstmord eines Polizeiergeanten. In Spandau erschöpfte sich am Mittwochnachmittag auf den „Freiheitsweiser“ der Polizeiergeant Kahmert. Die verlautet, sollen zerüttelte Vermögensverhältnisse die Ursache hierzu gewesen sein. Dem A. soll aus diesem Grunde auch von seiner Behörde zum 1. Oktober d. J. gekündigt worden sein. Am Mittwochvormittag sollte A. zu einem Termin erscheinen, er blieb jedoch aus und zog es vor, seinem Leben ein Ende zu machen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in Weihensee hielt am 14. September eine öffentliche Versammlung ab. In derselben sprach Frau Dr. Gohmann über: „Moderne Entwicklung auf häuslichem Gebiet.“ Die Häuslichkeit, einst das eigentliche Arbeitsfeld der Frau, sei für die heutige erwerbende Frau zur Nebenache geworden, und so sei es dem erstreblich, daß

sich in Frau Bily Braun eine Vorkämpferin für Genossenschaftshaushaltungen gefunden. In warm empfundenen Worten wünschte Mednerin, daß die Idee sich verwirklichen möge, denn das Endziel derselben sei die Entlastung der arbeitenden Frau. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. Ueberth über das Thema „Die Kunst dem Volke“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verfammlungen.

Wilmersdorf. Am 13. d. Mts. fand im Lokal von Witte eine öffentliche Versammlung für sämtliche am Orte beschäftigten Kutscher und Mißfahrer statt. Der größte Teil derselben ist bereits im Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisiert. Gebert hielt einen Vortrag über „Die neuen Bestimmungen der Berufs-genossenschaft“. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen und allseitig wurde betont, daß die Organisation immer mehr am Orte ausgebaut werden sollte, um endlich einmal bessere Zustände herbeizuführen. Durch schlechte Bezahlung sowie durch die überaus lange Arbeitszeit ist es den Kutschern bald nicht mehr möglich, als Menschen ihr Dasein zu fristen; ebenso ist auf den meisten Betrieben noch der alte Jopf vorhanden, die Auszahlung des Lohnes erst am Sonntagmittag vorzunehmen. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen und verpflichteten sich die anwesenden Kutscher, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann dem Verbands beitrete. Nachdem noch darauf hingewiesen worden, daß auch die Kutscher bei den kommenden Landtagswahlen ihre Schuldigkeit thun müssen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29, Hamburg.) Filiale Nummernburg, Sonnabend, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Tempel, Boghagen, Ecke der Dahnholstraße: Mitgliederversammlung.

Centralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin Ost und Südwest. Sitzung Freitag Belle-Alliance-Casino, Belle-Alliancestraße 86. Beginn 9 Uhr. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Unfall beim Leoping the loop. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Mittwochsabend sollte im Hippodrom zum ersten Male in Deutschland die gemeinsame Schleifenfahrt mit dem Tandem von einem Herrn und einer Dame unternommen werden. Als das Rad mit dem Künstlerpaar die Lese der Schleife passierte hatte, erfolgte plötzlich ein Krachen, ein polterndes Aufschlagen und am Boden des Ringes lag unter dem Fahrer und dem Tandem die Begleiterin vergraben. Aus einer Höhe von wenig mehr als zwei Metern waren sie abgestürzt. Der Künstler vermochte sich sofort wieder zu erheben, während die Dame bewußtlos war. Des Publikums hatte sich ein jähes Entsetzen bemächtigt. Die Verletzungen der beiden sind anscheinend nur unbedeutend.

Angesichts solcher häufigen Unfälle muß man fragen, ob das Publikum nicht gut thut, auf die lebensgefährlichen Produktionen zu verzichten. Welchen Zweck haben sie anders als die Nerven zu kitzeln?

Sieben Arbeiter erstickt. Dem „Dresdener Generalanzeiger“ zufolge erstickten auf dem Doninium Oberschlau bei Gutzrau infolge Einatmens von Kohlenoxyd von neun jugendlichen polnischen Arbeitern sieben. Die beiden andren, die noch lebendigen von sich gaben, wurden in das Gutzrauer Krankenhaus gebracht.

New York wurde gestern von einem starken Sturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete. Der Windstärke betrug 60 englische Meilen die Stunde; seit Jahren hexachte kein so gewaltiger Sturm mehr an der Küste von New Jersey. Präsident Roosevelt befand sich, als er sich an Bord der Flottenmacht „Solph“ zur Besichtigung der Einwaander-Einrichtungen nach Ellis Island begab, infolge des Wetters in gefährlicher Lage. In der Nähe der „Solph“ sank ein Schlepptanker bei der Durchfahrt durch das Hüllenthor.

Vom Hochwasser in den Alpenländern. Aus Klagenfurt, 16. September, wird telegraphiert: Die gegenwärtige Hochwasserkatastrophe nahm einen bisher in Österreich noch nicht erreichten Umfang an. Fast alle Täler sind überschwemmt, die Brücken und Verkehrsstrahlen zerstört; zahlreiche Ortschaften sind überschwemmt, mehrere gefährdet, die Ernte ist vernichtet, die Felder sind auf Jahre hinaus verunflutet. Auch in den Wäldern ist großer Schaden angerichtet. Im Riesenthal wurden zwei Leichen gefunden; auf der Lieser treibt ein hölzernes Bauernhaus mit den Besohnern. Militär, Beamte und Ingenieure der Landesregierung leisten Hilfe. — Nach einem Bericht aus Graz wurde Dienstagabend in Raasdorf eine Draubrücke durch das Andrängen der Holzmassen, die von der gestörten Mahrenberger Brücke stammten, weggerissen. Mindestens 15 Personen, darunter zwei Schutzeleute, dürften ertrunken sein.

Ein verunglückter Hochzeitszug. Nach einer Meldung aus Rombo sind sechs Personen eines Hochzeitszuges bei Nablitz ertrunken. Der Brautpaarsbesitzer Wilibald Dose begab sich mit seiner ihm eben angetrauten Frau zu Wagen nach Nablitz. Der Zug nahm die Theil passieren, und die Wagen wurden auf eine Fähre beladen. In der Mitte des Flusses begann die Mühl zu spielen. Ein Gespann Pferde wurde scheu, sprang zur Seite und riß den Wagen ins Wasser. Durch das Geschrei der mit den Wellen kämpfenden wurden auch die andren Pferde scheu und sprangen ins Wasser. Es gelang nur, zwei junge Richten des Brautpaares zu retten, während e selbst und fünf Gäste in den Wellen verschwunden waren, ehe man ihnen Hilfe bringen konnte.

Marktpreise von Berlin am 16. September 1903

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

	15.90	15.86	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	4,00	
*Weizen, gut D.-Gr.	15,82	15,78	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,50	1,20	
„ mittel	15,74	15,70	„ „ „	1,50	1,10	
„ gering	12,95	12,93	Schweinefleisch	1,60	1,20	
*Roggen, gut	12,91	12,89	Rindfleisch	1,80	1,20	
„ mittel	12,87	12,85	Hammelfleisch	1,80	1,20	
„ gering	14,50	14,60	Butter	2,60	2,00	
†Gerste, gut	13,50	13,70	Eier 60 Stück	4,60	3,60	
„ mittel	12,60	11,88	Karphen 1 kg	2,40	2,00	
„ gering	16,00	15,00	Kale	2,60	1,50	
†Hafer, gut	14,90	13,90	Fander	3,00	1,20	
„ mittel	13,80	12,90	Rechte	2,40	1,20	
„ gering	4,16	3,66	Poräge	1,80	1,00	
Nichtstroh	6,00	4,80	Schweine	3,00	1,40	
Heu	40,00	25,00	Fleis	1,40	80	
Erbsen	50,00	25,00	Krebst	per Schof	18,00	3,00
Speisebohnen	60,00	20,00				
Winsen						

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübericht vom 17. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	767	NB	3bedekt	12	Haparanda	778	SB	2wolken	10
Danburg	770	SB	2Rebel	9	Petersburg	785	SB	1wolken	6
Berlin	768	S	1Rebel	11	Cort	765	S	5bedekt	13
Frankf. a. M.	772	S	2bedekt	10	Überberg	—	—	—	—
München	770	SB	2bedekt	9	Paris	770	ED	2wolken	9
Wien	766	NB	2bedekt	12					

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. September 1903. Viellicht heiter, am Tage wärmer bei mäßigen südlichen Winden; sehr erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetter-Bureau.